



8. Heft | 24. April 1913

MAX SCHIPPEL · EIN RÜSTUNGSPOLITISCHES AKTIONSPROGRAMM?

ZU geradezu verblüffender Häufigkeit steigern sich in unserer Parteipresse neuerdings die Stimmen, die (um mit dem Karlsruher *Volksfreund* des Genossen Kolb und in der, früher vom Genossen von Vollmar gern angewandten Sprechweise zu reden) für ein sozialdemokratisches militärisches *Aktionsprogramm* eintreten. Das heißt: für die Aufstellung eines Mindestprogramms, das zwar unsere prinzipiellen Zukunftsforderungen nicht aus dem Auge verliert, das jedoch in erster Linie für die politisch-parlamentarische Gegenwart berechnet ist, das also gegebenenfalls ohne sozialdemokratische Mehrheit, durch Verbindung einer parlamentarischen sozialdemokratischen Minderheit mit nahestehenden bürgerlichen Parteigruppen verwirklicht werden soll. Ein Gegenwartsprogramm, das deshalb noch lange nicht gleich auf heute und morgen zugeschnitten zu sein braucht, das aber im Weiterverlauf aus sich selber heraus hinreichende Werbekraft zu entfalten vermag, um genügend viele zunächst noch widerstrebende Kräfte, sei es der eigenen Partei sei es der Nachbarorganisationen, innerlich umzuwandeln, bis sie zur Mitwirkung und Mehrheitsbildung reif und bereit sind

Leider enthüllt sich bei dieser Gelegenheit sofort wieder die eine, schon so oft beklagte Schwäche der heutigen deutschen Sozialdemokratie. Zu allen diesen Anregungen und Anläufen kommen wir im Drang des letzten Augenblicks: regelmäßig viel zu spät, um einen wirklichen Voll- oder selbst nur Teilerfolg überhaupt noch wahrscheinlich zu machen; ohne genügende Vor-erörterungen im eigenen weitem Parteikreis, die allein eine einmütige Agitation und Taktik, in Presse und Versammlungen, im Parlament, zu sichern vermöchten. So tauchen denn auch jetzt schon wieder die alten bekannten prinzipiellen Verwahrungen unseres weiblichen und männlichen Standpattentums am Neckar und an der Weser auf, von der Pleiße schon gar nicht zu reden. Man hat hier sogar nicht unrecht, wenn man von Inopportunität des ganzen Vorgehens spricht: im Moment der Entscheidung sei die streng geschlossene Front die Hauptsache, nicht die Aufwerfung von Problemen, seien diese auch noch so richtig. Aber von der andern Seite könnte man

mit noch viel größerem Recht erwidern, daß frühere Debatten, für deren Eröffnung eine ruhigere Zeit ausgewählt wurde, gewöhnlich, falls sie nicht in einer wüsten Entrüstung über unerhörten Prinzipienverrat endeten, spurlos im Sand zu verlaufen pflegten, weil eine nicht *aktuelle* Entscheidung keinerlei überflüssiges Kopfzerbrechen lohne und nur die Propaganda für das Endziel beeinträchtige. Dieses Vertrösten von einer Periode auf die andere ist nachgerade bei allen neuen Fragestellungen feste Tradition geworden, und irgendwann einmal muß eine solche, die geistige Fortentwicklung vollkommen lähmende Überlieferung, so oder so, durchbrochen werden.

Doch gleichviel, wie man im vorliegenden Fall über die Wahl des Zeitpunkts urteilen mag: überraschend wirkt die ungeheure Veränderung, die sich offenbar seit Jahren, gleichsam zunächst unter der Schwelle des allgemeinen Bewußtseins, in der Stellungnahme zu dem ganzen Rüstungsproblem in weiten Parteikreisen vollzogen hat, und zwar unter Verwischung aller scharfen Scheidelinien, wie sie sonst zwischen einem rechten und einem linken Parteiflügel auf diesem Gebiet gezogen werden konnten. Wir stoßen heute auf sogenannte *Radikale* und *radikale* Blätter, die mit Lebhaftigkeit und mit unbestreitbarer Sachkenntnis einen Standpunkt verfechten, der noch Mitte der neunziger Jahre als Gipfel der reformistischen *Hineinwachstumsketzerei* feierlichst durch Referat, Korreferat, Resolution und namentliche Abstimmung in Acht und Bann getan worden wäre. Umgekehrt haben wir dafür wieder Reformisten, die über die historische, oft geradezu revolutionierende Rolle der Rüstungen, Konflikte und Kriege im Völkerleben mit Vorliebe reden und schreiben, als ob unser geistiger Stammbaum auf George Fox und Elihu Burritt zurückführe, und nicht auf Karl Marx und Ferdinand Lassalle. Wie konnten wir sonst so tapfer schmählen, wenn einer von uns die einjährige Dienstzeit als immerhin nicht zu verachtende, noch dazu agitatorisch überaus wirksame Übergangsmaßnahme empfahl. Bei den Wahlen von 1877 war beispielsweise im 8. schleswigschen Reichstagswahlkreis ein Flugblatt verteilt worden: »Hartmann will die militärische Dienstzeit nicht nur für die Söhne der Wohlhabenden sondern für jedermann beschränken. Auch der Tagelöhner, der Handwerker soll nur 1 Jahr dienen.« Darauf antwortete man auf dem Parteitag in Gotha mit einer artigen scharflaugigen Kopfwäsche. »Das Parteiprogramm«, heißt es im Protokoll, »wolle Abschaffung des Militarismus überhaupt, und wenn man also nicht für die Volkswehr eintrete sondern nur für die Beschränkung der Wehrpflicht unter dem heutigen System auf 1 Jahr, so verstoße man gegen das Programm. Redner will, daß man unter allen Umständen die Forderungen des Programms unbedingt und unzweideutig erkennen könne.«

Ungefähr das gleiche Schauspiel wiederholte sich, als 1898 die Mainzer Parteigenossen die »allgemeine einjährige Dienstzeit«, in einem Antrag an den Stuttgarter Parteitag, zur sozialdemokratischen Gegenwartsforderung erhoben sehen wollten. Dr. David begründete damals dieses verdächtige Ansinnen. Schon Friedrich Engels habe auf die Bedeutung einer Verkürzung der Dienstzeit hingewiesen; es sei eine taktische Notwendigkeit, daß die Sozialdemokratie einen praktischen Vorstoß unternehme, und man brauche dahinter »keine Kompromisselei« zu befürchten. Die Einführung der einjährigen Dienstzeit sei ein »Weg«, um dem »Endziel« näher zu kommen:

»Die Forderung des Milizsystems ist viel schwerer zu begründen als die Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit. Wir müssen doch an die gegebenen Verhältnisse des heutigen Militarismus anknüpfen und denselben allmählich zum Milizsystem umwandeln. . . . Stimmen Sie dem Antrag zu und stoßen Sie sich nicht daran, daß er eine Beschränkung enthält, denn gerade diese Beschränkung ermöglicht es auf die Massen einzuwirken. Dann wird auch der dümmste Bauernjunge einsehen, daß die Sozialdemokratie das Wohl des Volkes will. Wir selbst werden unserm Endziel näher kommen, und wir werden den Beweis erbringen, daß wir solidarisch sind mit unseren Genossen im Ausland, mit den Genossen in Frankreich, dem sogenannten Erbteind.«

Das leuchtete zwar einem Teil der Parteitagsteilnehmer durchaus ein, doch der offizielle Fraktionsreferent verwahrte die Partei um so entschiedener gegen solche Schwächeanwandlungen:

»Darum halte ich es auch nicht für richtig, wenn Genosse Dr. David gesagt hat: Wie schön ist es, wenn wir den Bauern sagen können, wir wollen die Verkürzung der Dienstzeit auf 1 Jahr. Das soll leichter begreiflich sein als die Forderung des Milizsystems? Ich bin entgegengesetzter Ansicht. Das ist keine grundsätzliche Agitation, wenn wir nur die Erleichterung des Militarismus fordern.«



In allerletzter Zeit kam indes, was offen anerkannt sei, der Anstoß zu einem rüstungspolitischen Aktionsmindestprogramm eher am stärksten von der linken Seite, und ich gestehe ohne Umschweife zu, daß Darlegungen wie die von Karl Radek (gerade in der *Bremer Bürgerzeitung*, die sonst häufig auch noch andere Wege geht), trotz aller halb ärgerlichen halb komischen Rückwärtspurzelbäume in den letzten Schlußfolgerungen, weitaus zu dem Besten gehören, was jemals in der Partei über auswärtige Politik und Rüstungswesen überhaupt geschrieben worden ist. Schon am 7. Mai vorigen Jahres hatte K. Radek im Göppinger Parteiblatt klipp und klar die Parole ausgegeben:

»Wir dürfen uns nicht mit einer Protestaktion begnügen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion geht zum Angriff über. Sie fordert die Verkürzung der Dienstzeit bei den berittenen Truppen auf 2 Jahre, bei den Fußtruppen auf 1 Jahr. Indem sie diese Forderung stellt, zieht sie nur die Konsequenz der geänderten Sachlage. Solange das Geschick der Rüstungsvorlagen noch unbestimmt war, protestierten wir gegen sie überhaupt. Nachdem sie eine sichere Mehrheit für sich gewonnen haben, verzichten wir zwar nicht auf einen Kampf gegen sie, aber wir stellen der Regierung die Gegenforderung, sie solle angesichts der neuen Belastung des Volkes, wie sie durch die neuen Rüstungsvorlagen verursacht ist, seine berechtigten und durchführbaren Forderungen nach Verkürzung der Dienstzeit erfüllen. Die Regierung antwortet mit dem glatten *Nein*, weil sie die Demokratisierung des Heeres, die Abschaffung der Scheidewand zwischen dem Volk und dem Heer fürchtet. Aber ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten, die Freisinnigen, vielleicht auch die süddeutschen Zentrumsleute, wissen, wie populär diese Forderung bei der Wählerschaft ist, von der sie abhängen, und unterstützen teilweise unsere Forderung. Aber nur eine Aktion der Massen selbst kann ihnen, wie der Regierung, zeigen, daß man diese Forderung der Sozialdemokratie nicht auf die leichte Achsel nehmen darf. Darum gilt es unsere Reichstagsfraktion durch Versammlungen zu unterstützen, bei denen die Forderung der Verkürzung der Dienstzeit zum Ausgangspunkt einer Agitation nach der Demokratisierung der Heeresverfassung, nach der Volkswehr gemacht werden muß.«

Ähnlich, um wiederum eine Stimme aus dem andern Parteiflügel zu hören, Kurt Eisner in wiederholten Ausführungen, vor allem in der Chemnitzer *Volksstimme*. Am 24. Februar war hier zu lesen:

»Gerade von unserer Auffassung aus, daß die stehenden Heere ersetzt werden müssen durch die allgemeine Wehrhaftigkeit des ganzen Volkes, um den Weltfrieden zu sichern, war es uns logisch unmöglich den Krebschaden des Miliz-

tarismus in der Zahl der kriegstüchtig auszubildenden Männer zu behaupten, denn wir wollten ja umgekehrt, daß alle, bis auf den letzten tauglichen Mann, auch wirklich für die Vaterlandsverteidigung mitwirken sollten. Der Milizgedanke setzt der Zahl der (nicht ständigen) Armee nur eine Grenze: die körperliche Leistungsfähigkeit der Nation. . . . Wir haben nunmehr den Augenblick erreicht, wo jene innere Logik des herrschenden Militarismus bis zur letzten möglichen Grenze zu streben zum Durchbruch gelangt. Die neue Militärvorlage mit ihren beispiellosen finanziellen Anforderungen will die allgemeine Wehrpflicht wirklich durchführen, jeder Mann, der brauchbar ist, soll hinfort auch eingezogen werden. Das ist nichts weniger als eine militärische Revolution. Und in dieser Lage, die von weithin wirkender geschichtlicher Bedeutung ist, erwachsen gerade für die Sozialdemokratie ganz besondere Aufgaben. Die Zeit, in der man sich anschickt die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen, ist der gegebene Augenblick, in dem wir (in aktueller Selbstbeschränkung auf das unmittelbar mögliche und Durchsetzbare) in eine stürmisch vorangehende und angreifende Propaganda für die Demokratisierung der Armee eintreten sollten. Auch die französischen Sozialisten haben eine Proklamation für die Miliz erlassen. Noch wirksamer scheint uns, daß wir uns einstweilen auf einige klare und bestimmte Forderungen konzentrieren, die uns auf den Weg zur Miliz führen und die zugleich selbst den ehrlichen Fachleuten einer nur um ihrer selbst willen durchgeführten Verstärkung nationaler Wehrhaftigkeit annehmbar sein müßten. In dieser Hinsicht scheint uns das im März angedeutete Militärprogramm diskutabel: 1jährige Dienstzeit für die Fußtruppen; Deckung der Kosten durch direkte Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften; Beseitigung des Offiziermonopols.«

Göppingen und Chemnitz ziehen hier demnach an einem Pflug, nur daß der Göppinger *Radikalismus* ruhig sogar die 2jährige Dienstzeit für berittene Truppen zugesteht, während der Chemnitzer *Revisionismus* diese Frage offen läßt. Nun hieb aber zuletzt sogar der *Vorwärts* in die gleiche Kerbe, indem er selber auf das Hauptreferat verzichtete und dafür dem Genossen Max Cohen (Frankfurt) am 1., 2., 3. und 4. April zu 4 längeren Leitartikeln das Wort gab, die am Ende abermals entschlossen als Aktionsmindestprogramm empfohlen:

- »1. Sofortige Einführung der 2jährigen Dienstzeit für Kavallerie und reitende Artillerie.
2. Sofortige Einführung der 1jährigen Dienstzeit für sämtliche Fußtruppen.
3. Bildung des Offizierkorps aus den dazu geeigneten Mannschaften.
4. Beseitigung der militärischen Sondergerichtsbarkeit.
5. Deckung aller militärischen Ausgaben durch Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.«

Die Begründung durch den Genossen Cohen enthält gleichfalls treffende Bemerkungen. Wir träten allmählich auf immer mehr Gebieten mit genau formulierten Vorschlägen hervor, auch da, wo wir wissen, daß »die völlige Umgestaltung in unserm Sinn« erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich sei. Erst recht sei dies bei unserm Kampf gegen den Militarismus notwendig:

»Worauf es hier ankommt, das ist den Resonanzboden im Volk für das Ziel einer Volkswahr dadurch zu verstärken, daß wir immer wieder positive Reformforderungen aufstellen, die den Weg zur Miliz anschaulicher machen und die (ach so nötige) Demokratisierung des Heeres fördern können. . . . Auf allen Wegen, auf denen wir uns kämpfend vorzudringen bemühen, ist die Aufpflanzung unserer Feldzeichen mit Einzelforderungen so selbstverständlich, daß es endlich auch selbstverständlich werden muß für den Teil des Kapitalismus, den wir Militarismus nennen. . . . Und jeder Schritt zur Demokratisierung des Heeres (auch der allergeringste) ist um so wichtiger als bei der restlosen Heranziehung aller nur eben Tauglichen die jungen Arbeiter ein stets wachsendes Kontingent stellen.«

Angesichts der Deckungsfrage schrieb am 11. April der *Vorwärts* sogar im Überschwang der jungen *Aushöhlungsbegeisterung*:

»Die bürgerliche Gesellschaft, ob sie will oder nicht, muß immer mehr den Richtlinien folgen, die ihr die Sozialdemokratie vorschreibt.«

Das ist, bei allem im übrigen beibehaltenen *radikalen* Wortaufputz, so reformistisch gedacht, daß der unermüdete Vorkämpfer einer konsequent parlamentarischen Parteitaktik, der Genosse Kolb (Karlsruhe), diese Anregungen mit Freude willkommen heißt. Nur betont er alsdann (im *Volksfreund* vom 12. April) folgerichtig weiter: Schreibe man einem solchen Programm einen realpolitischen Wert zu, so müsse man sein ganzes Verhalten zielklar auch dahin richten die Bildung einer festern parlamentarischen Mehrheit zur Verwirklichung solcher Forderungen zu erreichen:

»Zwar entsprechen diese [Vorwärts - Cohenschen] Mindestforderungen nicht der in unserm Parteiprogramm niedergelegten Forderung der Volkswehr, aber sie kommen ihr so weit entgegen, daß die Sozialdemokratie auf dieser Basis ihre positive Mitarbeit zusichern kann. Der Weg zum Ziel der Volkswehr wäre in diesem Fall nicht mehr verbarrikiert sondern frei. Daß das Prinzip der Volkswehr nur auf dem Weg sukzessiver Reformen durchgeführt werden kann, bedarf keiner näheren Erläuterungen. Nur politische Phantasten können des Glaubens sein, eine so durchgreifende Reform, wie die der Verwandlung des stehenden Heeres in eine Volkswehr, könnte im Handumdrehen durchgeführt werden. Wir sind der festen Überzeugung, daß der Liberalismus den oben skizzierten Forderungen für eine Reform unserer Militärpolitik weder dauernden noch viel weniger erfolgreichen Widerstand entgegensetzen könnte. Er müßte, ob gern oder ungern, positiv Stellung dazu nehmen und sie schließlich auch akzeptieren. Es ist einer der größten Irrtümer die Führer des heutigen Liberalismus politisch ohne weiteres mit der Masse der liberalen Wähler zu identifizieren. Die letzteren haben in ihrer großen Mehrheit politisch wie wirtschaftlich das allergrößte Interesse an einer durchgreifenden Reform unserer ganzen Politik. Der mit Recht so viel beklagte politische Stumpfsinn des deutschen liberalen Bürgertums hat nicht zuletzt seine Ursache in den jammervollen politischen Zuständen, in der politischen Stagnation, der Hoffnungslosigkeit auf die Möglichkeit eines gründlichen Umschwungs. Dieser Umschwung aber wird nicht kommen, solange es keine aktionsfähige Linke gibt, die fähig und willens ist die Herrschaft der Reaktion abzulösen. Durch das eben skizzierte Aktionsprogramm würde die Frage einer demokratischen Reform unseres Heerwesens mit einem Schlag die aktuellste politische Frage der innern und äußern Politik. Nicht nur der Liberalismus würde vor die Alternative des *entweder - oder* gestellt, auch das Zentrum käme (zumal nach der Rede des Abgeordneten Häusler, der ja im wesentlichen die Forderungen dieses Mindestprogramms in seiner Rede vertreten hat) in die größte Verlegenheit. . . . Die reaktionären Elemente im Liberalismus würden abgestoßen, sie können sich in ihm nur so lange halten als die Sozialdemokratie den Liberalismus nicht zu der hier vorgeschlagenen Entscheidung zwingt. . . . Gewiß wird diese Entwicklung noch mancherlei große Schwierigkeiten, Vorurteile, alte Traditionen, Mißtrauen und vor allem die politische Kurzsichtigkeit zu überwinden haben. Aber was kommen muß, das kommt, allen Widerständen zum Trotz. Die Uhr der Reaktion ist abgelaufen, sobald die Stunde des Blocks der Linken geschlagen hat. Diese aber wird um so eher kommen, je früher die Sozialdemokratie wagt das zu scheinen, was sie ist, eine sozialistisch-demokratische Reformpartei mit dem Ziel der durchgreifenden Umgestaltung aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände. Wir müssen aufhören mit der revolutionären Phraseologie Politik treiben zu wollen. Damit kürzen wir die Geburtswehen der neuen Gesellschaft nicht ab sondern verlängern sie nur. Die politische Mission der Sozialdemokratie kann jetzt und für die absehbare Zukunft nur darin bestehen eine Politik der demokratischen und sozialen Reformen mit allen daraus sich ergebenden Konsequenzen zu vertreten. Das ist die *conditio sine qua non* für die Möglichkeit des Blocks der Linken, der allein imstande sein wird uns in absehbarer Zeit aus dem Sumpf der halbabsolutistischen schwarz-blauen Reaktion herauszubringen.«

ALLE diese Ausführungen, mögen sie von links oder von rechts ausgehen, kommen, wie man ohne weiteres annehmen darf, heute bereits viel zu spät, um die wirklichen Entscheidungen über die neue Rüstungsvorlage noch irgendwie ernstlich beeinflussen zu können. Das hat für den Augenblick immerhin das eine Gute, daß man ruhiger als sonst das Für und Wider abzuwägen vermag. Und in der Tat zeigen die Verwahrungen, die hier und da auftauchen, eine große, durchaus aner kennenswerte Zurückhaltung und Mäßigung. Auf allen Seiten sollte man jedoch gerade aus dem vorläufigen Mißglücken solcher Anläufe alsdann die Lehre ziehen, daß es für ähnliche künftige Fälle den Boden besser vorher durch offene, allseitige Aussprache vorzubereiten gelte: sei es, daß man, wie unser linker Flügel behaupten wird, phantastischen Plänen und Erwartungen besser vorbeugen will, sei es, daß man für die unausbleiblichen Wandlungen unserer Parteitaktik eine stärkere Resonanz in den Massen zu schaffen gedenkt. Auf einen Hieb fällt kein Baum. Aber alle diese, zum Teil ganz überraschenden Kundgebungen zeigen deutlich, nach welcher Richtung der Baum mehr und mehr neigt und schließlich (trotz alledem und alledem) fallen muß.

XX
**LUDWIG QUESSEL · DIE BAUMWOLLFRAGE
 UND DIE SOZIALDEMOKRATISCHE REICHSTAGS-
 FRAKTION**

FAST jedes Jahr wird im Reichstag über den Baumwollanbau in unseren Kolonien gesprochen. In diesem Jahr erhielten die Verhandlungen dadurch ein besonderes Gepräge, daß sie durch eine längere Rede des Redakteurs des Textilarbeiterfachblatts, des sozialdemokratischen Abgeordneten Krätzig, eingeleitet wurden, dem die wenig dankbare Aufgabe zugefallen war die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber der Resolution der Budgetkommission über die Baumwollfrage zu motivieren, die einen Nachtragsetat verlangt, in dem der Kolonialverwaltung ein ausreichender Betrag zur Förderung der Baumwollkultur in unseren Schutzgebieten zur Verfügung gestellt wird. Es mag vorweg bemerkt werden, daß diese Aufgabe dem Genossen Krätzig nicht gelang und nicht gelingen konnte. Und zwar aus dem Grund, weil die Fraktion mit sich selbst bei dieser Frage in Widerspruch geriet. Im vorigen Jahr habe ich in den *Sozialistischen Monatsheften* Kritik daran geübt, daß der Hauptredner zum Kolonialetat, Genosse Henke, in seiner damaligen Rede mit keinem Wort darauf hinwies, daß die afrikanische Arbeiterfrage am besten zu lösen ist, indem man die kapitalistischen Plantagenbetriebe durch die Eingeborenenkulturen selbständiger, kleiner farbiger Landwirte ersetzt.¹⁾ Meine Kritik ist nun erfreulicherweise nicht ohne Wirkung geblieben. Bei den Verhandlungen des Reichstags über den Kolonialetat im März dieses Jahres betonten sowohl Henke als auch die übrigen sozialdemokratischen Redner die Notwendigkeit einer intensivern Förderung der Eingeborenenkulturen. Der Standpunkt, daß auch für die tropische Land-

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Aufgaben sozialdemokratischer Kolonialpolitik* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 3. Band, pag. 1492.

wirtschaft die im Erfurter Programm behauptete Entwicklungstendenz, wonach der landwirtschaftliche Kleinbetrieb durch den agrikolen Großbetrieb verdrängt werden müsse, Geltung habe, war stillschweigend selbst von dem äußersten linken Flügel unserer Partei aufgegeben worden. Die erschreckenden Zahlen, die der Abgeordnete Erzberger über den Niedergang der deutschostafrikanischen Bevölkerung infolge des kapitalistischen Plantagenbetriebs dem Reichstag unterbreitet hatte, bildeten sozusagen das Leitmotiv der sozialdemokratischen Reden, die alle in der Forderung ausklangen, daß es Pflicht der Regierung sei durch Förderung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs der Eingeborenen dem Verfall der einheimischen Bevölkerung Einhalt zu gebieten. Mit dieser Auffassung stand die Sozialdemokratie nicht allein. Wie das Zentrum so traten auch die übrigen Parteien für die Förderung der Eingeborenenkulturen ein. Bekannt ist, daß die Missionen schon seit einer Reihe von Jahren mit erfreulichem Erfolg die Förderung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs der Farbigen sich zur Aufgabe gemacht haben. Höchst beachtenswert ist nun der Umstand, daß in letzter Zeit auch das *Kolonialwirtschaftliche Komitee* sich zu dieser Auffassung bekannt hat. Die Mißerfolge des Plantagenbetriebs im Baumwollbau auf der einen, die Erfolge der Eingeborenen beim Anbau von Baumwolle auf der andern Seite haben das *Kolonialwirtschaftliche Komitee* veranlaßt sich an den Reichstag mit der Bitte zu wenden größere Mittel bereitzustellen, um den Anbau von Baumwolle durch Eingeborene zu erweitern und rationeller zu gestalten. Nach den Erklärungen, die ein Mitglied des Vorstands im Reichstag abgab, denkt sich das *Kolonialwirtschaftliche Komitee* die Verwendung der vom Reichstag zu bewilligenden Summe in der Weise, daß »die Regierung Wanderlehrer anstellt, um die Eingeborenen zu lehren, wo und wie und wann sie die Baumwolle zu pflanzen haben, wie sie die Baumwollkulturen zu behandeln haben, wie die Wolle zu behandeln und zu sortieren ist; es sollen ferner Versuchspflanzungen angelegt werden, es sollen Saatgutstellen geschaffen werden, in denen der richtige, für die betreffende Gegend brauchbare Same gezüchtet werden soll, damit die Eingeborenen vor Verlusten und Rückschlägen bewahrt werden«. In der Budgetkommission erklärte der Staatssekretär Dr. Solf, daß zu einer so großzügigen Förderung der Baumwollkulturen der Eingeborenen, wie sie das *Kolonialwirtschaftliche Komitee* verlangt, die in den Etat eingestellte Summe nicht ausreiche; die Regierung sei aber bereit einen Nachtragsetat einzubringen, wenn der Reichstag einen dahingehenden Beschluß fassen sollte. In der Tat wird jeder, der auch nur mit einem Schatten von Sachkunde an die Frage herantritt, zugeben müssen, daß die in den Etat eingesetzte Summe von 350 000 Mark für diese Aufgabe nicht ausreichen kann. Da unsere Kolonien zusammen etwa 6mal so groß wie Deutschland sind, entfallen auf ein Kolonialgebiet von der Größe Deutschlands noch nicht 60 000 Mark. Daß mit so winzigen Mitteln nicht viel erreicht werden kann, bedarf keines nähern Nachweises.²⁾

Man hätte nun meinen sollen, daß die Sozialdemokratie, nachdem sie sich einmal zu der reformistischen Anschauung durchgerungen hatte, daß der

²⁾ Es sei hier bemerkt, daß gerade jetzt die englische Regierung zum Zweck der Baumwollerzeugung im ägyptischen Sudan eine Anleihe von 60 Millionen Mark aufzunehmen beabsichtigt.

landwirtschaftliche Kleinbetrieb der Eingeborenen zu fördern sei, eigentlich gar nicht umhin konnte die Anregung des *Kolonialwirtschaftlichen Komitees* zu unterstützen. Unglücklicherweise versperrte aber wieder einmal der *Radikalismus* der bessern Einsicht die Bahn. Dem Genossen Krätzig fiel nun die undankbare Aufgabe zu den innern Widerspruch beseitigen zu sollen, der darin liegt, daß wir einerseits der Regierung den Vorwurf machen aus kapitalistischen Rücksichten die Eingeborenenkulturen nicht genügend zu fördern, andererseits es aber ablehnen für die Förderung der Baumwollkulturen der Eingeborenen in unseren Kolonien erhöhte Mittel zu bewilligen.

Es ist klar, daß dieser Widerspruch nur dadurch aufgehoben werden kann, daß man den zwingenden Nachweis für die Aussichtslosigkeit von Baumwollkulturen in unseren Kolonien führt. Erwägt man nun, daß das Urteil der Sachverständigen aller Nationen dahin geht, daß die Baumwollstaude zwischen 40° nördlicher und 40° südlicher Breite überall gedeihen kann, wo toniger, kieselhaltiger Boden vorhanden ist, wenn zur Saatzeit und während der Blüte, die im 8. oder 9. Monat stattfindet, reichliche Niederschläge fallen oder eine kräftige Bewässerung einsetzt, so muß man zugeben, daß in unseren großen Schutzgebieten sicherlich Gebiete vorhanden sein müssen, die ihrer Bodenbeschaffenheit und ihrem Klima nach sich zum Anbau von Baumwolle eignen. Dazu kommt weiter die Tatsache, daß in Togo, Kamerun, Ost- und Südwestafrika die Baumwollstaude wildwachsend anzutreffen ist. Die Versuche, die bisher an einigen Stellen in unseren Kolonien mit dem Baumwollanbau gemacht wurden, sind auch keineswegs entmutigend ausgefallen. Die Zahl der produzierten Ballen ist von 4373 im Jahr 1910 auf 11 000 im Jahr 1912 gestiegen. Wenn dieses Wachstum der Baumwollproduktion in unseren Kolonien um zirka 150% in 2 Jahren in Anbetracht der Mittel, die darauf verwendet wurden, uns vorläufig auch noch nicht berechtigt ihr eine große Zukunft zu prophezeien, so liegt doch noch weniger Grund dazu vor ihr das Todesurteil zu sprechen. Die Eingeborenen und Kleinsiedler unserer Kolonien, von denen der größte Teil der Baumwolle stammt, sind im rationellen Baumwollanbau noch sehr unerfahren. Die staatlichen Einrichtungen zur Förderung des Baumwollanbaus im Kleinbetrieb sind noch erst zu schaffen. Was bisher in dieser Beziehung geleistet worden ist, kam mehr den kapitalistischen Plantagenbetrieben als den Eingeborenenkulturen zugute. Die Bemühungen des Genossen Krätzig den Baumwollanbau in unseren Kolonien als wenig aussichtsvoll hinzustellen konnten daher unmöglich überzeugend wirken. Von einem zwingenden Nachweis dafür, daß die staatliche Förderung der Baumwollkulturen der Eingeborenen notwendigerweise resultatlos verlaufen müsse, ist in der Krätzigschen Rede überhaupt nichts zu finden.

Nun suchte der sozialdemokratische Redner die vom *Radikalismus* bestimmte Haltung unserer Fraktion noch von einem andern Gesichtspunkt aus zu rechtfertigen. Er meinte, daß die alten Baumwollländer ihre Produktion noch gewaltig steigern könnten, so daß keinerlei Grund vorläge in unseren Kolonien dem Baumwollbau neue Gebiete zu erschließen. Es verlohnt sich auf dieses Argument näher einzugehen, weil sich dabei Gelegenheit bietet auf die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zu sprechen zu kommen, die

man bei Erörterung der Baumwollfrage nie aus dem Gesicht verlieren darf. Gehen wir von Afrika aus, so werden wir zunächst die Entwicklungsfähigkeit der ägyptischen Baumwollproduktion zu betrachten haben. Es trifft sich gut, daß gerade in diesen Tagen eine wertvolle Monographie des Chemnitzer Forschungsreisenden und Kolonialpolitikers Moritz Schanz *Die Baumwolle in Ägypten und im englisch-ägyptischen Sudan* erschienen ist. Auf den reichen Inhalt dieser gediegenen Arbeit kann ich hier nur insoweit eingehen als er zu der uns hier interessierenden Frage der Zukunft der Baumwollproduktion in Ägypten und im Sudan in Beziehung steht. Mit Recht stellt Schanz die Tatsache in den Vordergrund, daß von dem gewaltigen ägyptischen Gebiet, das doppelt so groß wie Deutschland ist, das eigentliche Kulturland nur die doppelte Größe des Königreichs Sachsen aufweist. Ein Dreißigstel des ganzen Gebiets ist Kulturland, das übrige ist Wüste. »Die Gewinnung von neuem Kulturland durch Meliorationen ist aber immerhin nur in recht beschränktem Umfang möglich, da Ägypten eben nur eine schmale Oase ist, die ihr Leben vom Nil empfängt.« Bei rationeller Fruchtwechselwirtschaft darf aber von dem außerhalb der Wüste liegenden Gebiet nur ein Drittel alljährlich mit Baumwolle bestellt werden. Zurzeit haben die hohen Baumwollpreise die ägyptischen Landwirte allerdings vielfach dazu verführt jedes 2. Jahr auf dem selben Acker Baumwolle zu bauen. Die schädliche Wirkung dieser forcierten Ausdehnung der Baumwollkulturen ist aber nicht ausgeblieben. Die Ernteerträge pro Feddan sind von 5,38 Kantar im Jahr 1895 auf 4,50 Kantar im Jahr 1912 gesunken. Es ist nun zwar sicher, daß die Totalernte in Baumwolle durch Einbeziehung der schlechteren Böden für die Baumwollkulturen und durch den Übergang vom 3- zum 2jährigen Anbau der Baumwolle noch weitere Fortschritte machen wird; die Tatsache des Rückgangs des Ertrags pro Flächeneinheit zeigt uns aber, daß der Baumwollproduktion Ägyptens natürliche und wirtschaftliche Grenzen gezogen sind, die in nicht allzu ferner Zeit erreicht sein werden.

Anders steht es schon mit den Baumwollstaaten der transatlantischen Republik. Man wird zugeben müssen, daß die amerikanischen Pflanzler sowohl durch Ausdehnung der Anbaufläche als auch durch Intensivierung ihres Betriebs die Baumwollproduktion noch bedeutend steigern können. Zum Unglück für die proletarischen Haushaltungen Europas, die ja die Hauptkonsumenten für amerikanische Baumwolle sind, entspricht das Können der amerikanischen Pflanzler nicht ihrem Wollen. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß auf einem Feld, das jedes 3. Jahr mit Baumwolle bepflanzt werden kann, auch alle anderen Feldfrüchte gedeihen. Das machtvolle Anwachsen der Bevölkerung der Union hat nun zu einer bedeutenden Preissteigerung fast aller Bodenerzeugnisse geführt. Die Sache liegt in den Südstaaten der Union schon lange nicht mehr so, daß die Pflanzler Baumwolle bauen müssen, um, wie man sagt, eine Geldernte zu erzielen. Dazu kommt, daß Baumwolle die unsicherste, weil am meisten von der Witterung und Pflanzenschädlingen beeinflusste Kultur ist; Zuckerrohr, Reis und andere Bodenerzeugnisse werfen, sofern die Baumwollpreise nicht sehr hoch stehen, weit höhern Nutzen ab. Die in großen Organisationen vereinigten Pflanzler der amerikanischen Baumwollstaaten sind sich auch völlig klar darüber, daß man, um hohe Preise zu erzielen, die Produktion nach

Möglichkeit einschränken muß. In der Tat hat das Wachstum der amerikanischen Baumwollproduktion in den letzten Jahren keineswegs der Nachfrage entsprochen. Man hat berechnet, daß, um dem wachsenden Weltbedarf voll zu genügen, die Südstaaten der Union jährlich eine halbe Million Ballen à 500 Pfund mehr ausführen müßten. Eine solche Produktionssteigerung fällt aber den Pflanzern gar nicht ein, weil sie bei den hohen Arbeitskosten der Baumwolle weit größern Vorteil von einer kleinen Ernte zu hohen Preisen als von einer großen Ernte zu einem Preis haben, der die Arbeitskosten nur wenig überschreitet. Zu dieser zielbewußten Produktionseinschränkung der Pflanzern gesellt sich dann noch die Spekulation. Es ist bekannt, daß im Februar 1904 an der Bremer Börse das Pfund Baumwolle mittlerer Güte mit 85 Pfennig bezahlt wurde. Nach dem Zusammenbruch des amerikanischen Baumwollrings am 3. Dezember galt es 35 Pfennig. Hierdurch flossen aus Deutschland etwa 117 Millionen Mark (die zum größten Teil von den proletarischen Haushaltungen mehr verausgabt werden mußten) in die Taschen der amerikanischen Pflanzern und Spekulanten.

Noch härter als die Haushaltungen werden aber die europäischen Textilarbeiter von der amerikanischen Produktionseinschränkung und der sich darauf aufbauenden Spekulation betroffen, weil die europäische Textilindustrie ja nicht nur die Baumwollgewebe für das europäische sondern auch für das asiatische Proletariat erzeugt. Im Verhältnis zu dem indischen und chinesischen Arbeiter, der sich fast ganz in Baumwolle kleidet, ist aber der europäische fast ein Bourgeois. Von der indischen Bevölkerung haben sozialistische und bürgerliche Statistiker festgestellt, daß die Mehrzahl der eingeborenen Familien jährlich etwa 100 Mark erwirbt. Daß das keine Schwarzmalerei ist, lehrt die Tatsache, daß ein nur mäßiger Rückschlag der natürlichen Produktion die Bevölkerung dem furchtbarsten Elend ausliefert und der Tod im Lauf eines Jahrzehnts gleich an die 30 Millionen Menschen vorzeitig hinwegrafft. Ähnlich wie in Ostindien liegen die Verhältnisse in China. Man kann sich daher leicht vorstellen, wie eine Verteuerung der in Europa hergestellten Baumwollgewebe auf den Absatz in Asien wirkt. Sie macht Produktionseinschränkungen zur Notwendigkeit und überliefert die europäischen Textilarbeiter dem Elend der Arbeitslosigkeit.

Wie sehr die Arbeiterklasse der ganzen Welt daran interessiert ist, daß dem Baumwollanbau neue Gebiete erschlossen werden, ergibt sich aber auch aus der Produktionsstatistik. Hier die Zahlen für 1906 und 1911:

Land	Baumwollernte (in Ballen à 500 Pfund)	
	1906	1911
Vereinigte Staaten von Nordamerika	13 016 000	15 546 000
Ostindien	3 708 000	2 514 000
Ägypten	1 400 000	1 450 000
Rußland	675 000	1 200 000
Verschiedene andere Gebiete	1 143 000	1 587 000
zusammen	19 942 000	22 297 000

Was lehren uns nun diese Zahlen? Die ostindische Baumwollproduktion geht zurück, weil in dem übervölkerten Land sich der Anbau von Pflanzen,

die zur menschlichen Nahrung dienen, als notwendiger und wohl auch rentabler als der Baumwollbau erweist. Die ägyptische Baumwollproduktion stagniert. Die Steigerung der russischen Baumwollproduktion wird zur Deckung des wachsenden Bedarfs des Zarenreichs kaum ausreichen. Die Erntezahlen der Union weisen allerdings ein erhebliches Wachstum auf. Erwägt man aber, daß der Baumwollverbrauch der amerikanischen Textilindustrie von 3,8 Millionen Ballen im Jahr 1900 auf 5,3 Millionen im Jahr 1912 gestiegen ist, so wird man zugeben müssen, daß die Produktionssteigerung in den amerikanischen Südstaaten keine reichere Versorgung der alten Welt mit Baumwolle in sich schließt. Die hohen Baumwollpreise der Gegenwart sind also der Ausdruck einer tatsächlich vorhandenen Baumwollknappheit, die nur durch Erschließung des dünnbevölkerten Afrika für den Baumwollanbau, wenn vielleicht auch nicht beseitigt, so doch gemildert werden kann.

Ich stehe daher nicht an die Förderung des afrikanischen Baumwollanbaus nicht nur als eine notwendige ökonomische sondern auch als eine große sittliche Tat zu bezeichnen, der sich keine Nation entziehen darf. Sie liegt nicht nur im Interesse des europäischen Proletariats sondern auch im Interesse der Ärmsten, der 700 Millionen Inder und Chinesen, die im Baumwollverbrauch der Welt eine so große Rolle spielen und ihre Blöße nicht mehr zu decken vermögen, wenn sie noch höhere Preise als die gegenwärtigen bezahlen sollen. Ich hoffe, daß diese Darlegungen der sozialdemokratischen Fraktion Veranlassung geben werden die Baumwollfrage erneut zu prüfen. Ergibt sich, daß die im Nachtragsetat angeforderten Summen wirklich zur Förderung der Baumwollkulturen der Eingeborenen dienen, so wird auch die sozialdemokratische Fraktion ihre Zustimmung nicht verweigern dürfen. Hierzu wird sich unsere Partei umso leichter entschließen können als ja, wie der Abgeordnete Noske in der Budgetkommission mitteilte, die Fraktion nach eingehenden Beratungen zu der Anschauung gelangte, daß die Förderung des Baumwollanbaus in unseren Kolonien mit staatlichen Mitteln im Prinzip zu billigen ist. Da ferner die Fraktion sich auch zu der reformistischen Einsicht durchgerungen hat, daß nicht dem Groß- sondern dem Kleinbetrieb in der tropischen Landwirtschaft die Zukunft gehört, so kann sie, bei voller Wahrung ihrer grundsätzlichen Haltung, den Nachtragsetat bewilligen, wenn bei seiner nähern Prüfung die (an und für sich gewiß nicht völlig überflüssigen) Befürchtungen, daß durch ihn großkapitalistische Zwecke gefördert werden sollen, sich als unbegründet herausstellen.

XX
**EDUARD BERNSTEIN · WAHLPRÜFUNGEN DURCH
 RICHTER**

VON den Nationalliberalen ist im Reichstag ein Antrag eingebracht worden, der den Reichskanzler ersucht dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Wahlprüfungen einer gerichtlichen Behörde überwiesen werden sollen. Dieser Antrag ist am 5. April vom Reichstag beraten und alsdann dessen Geschäftsordnungskommission zur Vorprüfung überwiesen worden. Von den Red-

nern, die zu dem Antrag sprachen, hat außer den Sozialdemokraten nur der Abgeordnete Spahn vom Zentrum unumwunden gegen ihn Stellung genommen; die Redner der fortschrittlichen Volkspartei erklärten, ihre Fraktion sei in dieser Frage geteilter Meinung, die einen hätten gegen den Antrag große Bedenken, dagegen hielten andere eine solche Änderung für wünschenswert; rückhaltlos trat für ihn der freikonservative Herr Otto Arendt ein, darin wohl das Sprachrohr beider konservativen Fraktionen. Vom Standpunkt der Parteien der Boden- und Industriefeudalität ist die Idee in dieser wichtigen Frage am Reichstag eine *capitatio* zu vollziehen, wie Herr Spahn es mit Recht nannte, immerhin begreiflich. Weniger verständlich ist es, wie Leute liberaler Gesinnung leichten Herzens sich auf sie einlassen konnten.

Es steht außer Zweifel, daß den ersten Anstoß zu dem Gedanken die Wahlprüfungen einem außerparlamentarischen Gerichtshof zu überweisen die Erinnerung an die Tatsache gegeben hat, daß ja in England etwas derartiges besteht. Lange ehe der Gedanke sich zu einem Antrag verdichtet hatte, und auch lange ehe man in die Verfassung für Elsaß-Lothringen eine ähnliche Bestimmung hineinbrachte, wurde im Anschluß an jede hitzige Reichstagsdebatte über eine Wahlprüfung in bürgerlichen Blättern darauf hingewiesen, daß man es in England in dieser Sache sehr viel besser habe als in Deutschland: da entschieden Richter über die Gültigkeit der Wahlen, und Klagen, daß sie dabei parteiisch verführen, seien unbekannt. Verweisung an einen außerparlamentarischen Gerichtshof sei das Mittel schnelle und unparteiische Prüfung der Wahlen herbeizuführen. In der erwähnten Reichstagsitzung hat denn auch der nationalliberale Abgeordnete Professor Dr. von Calker sich unter anderm auf England als Vorbild für den Antrag seiner Fraktion bezogen. Er sagte:

„Würde nun die Überweisung der Wahlprüfungen an ein Gericht etwas Neues sein? Meine Herren, dasjenige Parlament, dem wir in der ganzen Welt hohe Achtung entgegenbringen, das englische Parlament, hat sich auf diesen Standpunkt gestellt. Auch nicht von vornherein. Von vornherein hatte zunächst der König das Recht der Wahlprüfung und später das Parlament selber. Aber man ist im englischen Parlament zu der Überzeugung gekommen, daß dieses Privileg der Wahlprüfungen ein *privilegium odiosum* sei, und daß deshalb darauf zu verzichten sei. Meine Herren, wenn die Engländer gescheiter geworden sind, warum soll nicht die nationalliberale Partei auch gescheiter geworden sein? [*Sehr gut!* und Heiterkeit bei den Nationalliberalen.] Ich sehe also nicht ein, warum der Vorwurf, den Sie vorher gegen Herrn Kollegen Bassermann und gegen andere meiner Parteifreunde gerichtet haben, gerechtfertigt wäre. Etwas zugelehrt zu haben und gescheiter geworden zu sein betrachte ich nie als einen Vorwurf [*Sehr richtig!* links]. Meine Herren, nach englischem Recht haben heute bei der Wahlprüfung Richter der *Kings Bench Division of the High Court of Justice* mitzuwirken. Wir haben also im englischen Recht in gewissem Sinn ein Vorbild für das Vorgehen des Reichstags bei seiner Entscheidung dieser Frage in der Verfassung von Elsaß-Lothringen. Meine Herren, aus den vorher angeführten Gründen glaube ich, daß wir vom Standpunkt im Interesse der Wahrung des Rechtes, wie unsere Resolution vorschlägt, die Frage der Wahlprüfungen einer gerichtlichen Behörde überweisen müssen.“

Leider habe ich die Rede nicht angehört, da ich im Augenblick, da sie gehalten wurde, anderweitig beansprucht war. Aber mein ahnend Gemüt sagte mir, daß in den Ausführungen des Antragstellers die Bezugnahme auf England schwerlich ausgeblieben sein werde, und so hielt ich es für angezeigt am Schluß der Debatte noch in aller Kürze festzustellen, daß in England

1. nur ein ganz bestimmter Teil der Wahlprüfungen den Richtern zugewiesen wird, und 2. die Unparteilichkeit der Richter in Wahlprüfungsangelegenheiten keineswegs über alle Zweifel erhaben sei, daß vielmehr gerade in neuerer Zeit in liberalen englischen Kreisen recht bittere Beschwerden über parteiliche Entscheidungen von Richtern über Wahlanfechtungen laut geworden seien. Bei der Wichtigkeit des Gegenstands scheint es mir angezeigt etwas näher auf das Thema der Wahlprüfungen in England einzugehen. Nichts ist verhängnisvoller, als ohne genügende Kenntnis der Dinge das Beispiel anderer Länder sich zum Vorbild zu nehmen.

In England lag das Recht der Wahlprüfung erst beim König, dann hat das Parlament es sich erobert, um es schließlich als *privilegium odiosum* wieder aus der Hand zu geben, sagt Herr Professor von Calker. Der Straßburger Gelehrte, der dem Reichstag im vorigen Jahr eine ungemein fesselnde und sympathisch berührende Rede über das juristische Studium und Examen gehalten hat, würde den Studenten, der die Geschichte der Wahlprüfungen in England beim Examen in dieser Weise zusammenfassen wollte, wahrscheinlich unbarmherzig durchfallen lassen. So rein auf das Äußerliche hin dargestellt muß das Bild der Entwicklung falsche Vorstellungen erwecken. Allerdings ist es richtig, daß das englische Parlament das Recht der Prüfung der Wahlen aus einem Privilegium des Königs, das dieser durch von ihm ernannte Beamte ausüben ließ, in ein ihm selbst und nur ihm zustehendes Recht umwandelte. Es geschah dies in der Epoche der Kämpfe zwischen dem absolutistische Macht beanspruchenden Königtum und dem die Rechte der Volksvertretung verfechtenden Parlament gegen Ende des 16. und im Lauf des 17. Jahrhunderts. Aber was das englische Parlament im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts besonderen Richtern überwies, war etwas ganz anderes als sein dem Königtum abgerungenes Recht. Es handelt sich hier um ein Gesetz, das im Jahr 1868 erlassen wurde und den Namen *Election Petition and Corrupt Practices at Election Act* erhielt. Es war im Anschluß an die zweite große Wahlreform geschaffen worden, die ein Jahr vorher zustande gekommen war, und weil man von der Vermehrung der Wähler, die infolge der Reform zu erwarten war, eine Art parlamentarisches Chaos befürchtete. Damals bestand die öffentliche Stimmabgabe noch und mit ihr der schamloseste Stimmenkauf und Wahlterrorismus. Die Methode das Wahlgluck durch Bestechung zu korrigieren und abhängigen Wählern vorzuschreiben, wen sie zu wählen hätten, wurde von beiden großen Parteien ohne Skrupel praktiziert. Die Länge der Börse entschied in sehr vielen Wahlkreisen den Sieg. Noch heute leidet in England der Wahlkampf unter den Nachwirkungen jener Zustände. Zwar kauft man nicht mehr nach alter Weise die Wähler im einzelnen; aber wer Geld hat, kauft sich in den Wahlkreis, auf den er sein Auge geworfen hat, durch Geschenke an allerhand Vereine und Stiftungen ein und läßt erkennen, daß, wenn er erst Abgeordneter sein werde, der Wahlkreis noch mehr erhalten wird. Man nennt dies System *die Wählerschaft pöppeln* (*nursing the constituency*), und es ist ungemein schwer es auszurotten. Ebenso wird noch immer versucht Wähler durch Traktieren umzustimmen. Gesetz über Gesetz gegen Wahlkorruption ist geschaffen worden, Strafen von einer Strenge, wie wir sie nicht kennen, sind auf Wahlbestechung gesetzt worden. Aber wo Geld ist, gibt es auch immer wieder

findige Köpfe, die Mittel und Wege ersinnen die Sache so einzurichten, daß der Beweis für die Schuld oder Mitschuld des Kandidaten oder seines Wahlagenten schwer zu erbringen ist. Unter Umständen kommt dann alles auf die Augen der Richter an, die über die Vorkommnisse zu befinden haben.

Über diese Frage nun, ob Wahlbestechung vorliegt oder nicht, sowie darüber, ob sonstige vom Gesetz verbotene Ungehörigkeiten bei der Wahl selbst vorgekommen sind, haben nach dem englischen Gesetz Richter des *Kings Bench-Tribunals* abzuurteilen, deren Rangstellung im englischen Rechtswesen etwa der unserer Oberlandesgerichtsräte entspricht. Aber sie haben nur über diese Fragen zu befinden und auf Grund der Feststellungen darüber Spruch zu fällen. Sind Verstöße gegen das *Gesetz über ungesetzliche und korrupte Wahlumtriebe*, wie es seit 1883 auf Grund durchgreifender Abänderungen heißt, begangen worden, haben Personen gewählt, die nicht auf der Wählerliste standen, oder haben Personen unter einem falschen Namen gewählt? das allein sind die Fragen, für die jene Richter in Wahlsachen zuständig sind. Man hat die Entscheidung über diese Fragen 1868 aus der parlamentarischen in die landesrichterliche Rechtsprechung verlegt, weil dies das einzige Mittel schien aus dem Sumpf der Wahlkorrup tion herauszukommen, in dem sich das englische Parteileben damals bewegte. Und solange der Parteikampf in England fast nur zwischen den beiden großen Parteien sich abspielte, in denen die gleichen Gesellschaftsklassen den Ton angaben, denen die Richter angehörten, konnte man auch mit ziemlicher Sicherheit auf die Unparteilichkeit der Richter in diesen Dingen rechnen. Wobei noch zu bemerken ist, daß schon im alten Privilegienparlament, wie es vor der ersten Wahlreform, vor 1832, beschaffen war, die Prüfung der Wahlen durch das Plenum des Parlaments beseitigt worden war. Schon seit 1770 wurden die Wahlprüfungen durch einen Sondergerichtshof erledigt; nur daß es ein Gericht von Parlamentariern war.

Das ist die eine Seite der Frage, die ihr ein ganz anderes Gesicht gibt als eine Übertragung von Rechten des Reichstags auf Richter bei uns erhalten würde. Wichtiger noch ist das folgende.

In England ist das Wahlrecht für die Wahlen zum Haus der Gemeinen seiner Entstehung und auch vorläufig noch seinem Begriff nach ein vom Staat verliehenes Privilegium im privatrechtlichen Sinn. Der englische Wähler hat das Wahlrecht in erster Linie nicht kraft seiner Eigenschaft als Staatsbürger sondern auf Grund einer gewissen privatrechtlichen Eigenschaft. Das Staatsbürgertum ist nur die Bedingung der Gültigkeit der Wählereigenschaft, aber es ist nicht ihre rechtliche Grundlage. Der englische Parlamentswähler ist nach dem Gesetz Wähler, weil er Grundbesitzer im Sinn des Gesetzes ist. Freilich Grundbesitzer eigener Art, denn heute genügt es zur Wählereigenschaft, daß jemand den Teil eines Zimmers gemietet hat. Zahlt er einen gewissen Mindestsatz (ungefähr 4 Mark nach unserm Geld) Wochenmiete, dann erfüllt er seit der Wahlreform von 1884 für das Wahlgesetz die Funktion eines *Grundbesitzers*. So daß zum Beispiel der erwachsene Sohn eines Proletariers, der bei seinem Vater wohnt und Miete zahlt, Wähler sein kann, der ebenso alte oder selbst noch ältere Sohn eines Bourgeois dagegen, der im elterlichen Haus wohnt,

ohne Miete zu zahlen, das Wahlrecht nicht hat. Die verschiedenen großen Wahlreformen Englands und die dazwischen erlassenen kleinen Änderungen am Wahlgesetz haben seinen aus dem Mittelalter überkommenen Charakter Recht von Grundeigentümern oder Bodenpächtern zu sein grundsätzlich unberührt gelassen. Das englische Wahlrecht ist eine *franchise*, eine *Gerechtsame*. Daher alle die Eigentümlichkeiten des englischen Wahlverfahrens, die uns widersinnig vorkommen und auch dem Geist des Staatsbürgerrechts widersprechen, wie er unter dem Einfluß der großen französischen Revolution auf dem Festland sich Geltung verschafft hat. Unser Wahlrecht fußt auf dem Begriff der französischen Revolution vom *Staatsbürger* und seinen Rechten. Bei uns hat der Wähler das Wahlrecht als Staatsbürger. Es wird je nachdem an bestimmte privatrechtliche Eigenschaften, Zahlung bestimmter Steuern, längerer Wohnsitz usw., geknüpft; aber das eine ist die Rechtsgrundlage, das andere nur die Bedingung und (beim Klassenwahlrecht) der Maßstab für die relative Kraft dieses Rechts.

Obwohl das englische Wahlrecht faktisch heute schon demokratischer ist als das Wahlrecht vieler Festlandsstaaten, ist es doch begrifflich ihnen gegenüber noch reaktionär. Erst die Wahlreformvorlage, die das jetzige Ministerium Asquith in der vorjährigen Parlamentssession eingebracht hatte und die durch die sonderbare Auslegung der Geschäftsordnung durch den (konservativen) Sprecher des Hauses der Gemeinen und die nicht minder sonderbare Taktik der Frauenrechtler und ihrer parlamentarischen Schleppenträger zu Fall gebracht worden ist, hätte dieser und anderen Zeitwidrigkeiten ein Ende gemacht. Aber weil eben das Wahlrecht für das englische Parlament noch begrifflich eine Gerechtsame ist und es in der Zeit, wo die Übertragung der Prüfung des Wahlakts an Richter erfolgte, sogar noch in sehr ausgeprägter Weise war, stand die Übertragung nicht in dem schroffen Widerspruch zum Geist des Wahlrechts wie dies bei uns der Fall sein würde. Der deutsche Reichstag ist oder soll sein ein auf dem Staatsbürgertum aller Reichsangehörigen aufgebautes Parlament. Auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Wahlkreisen gewählt, die nach der Reichsverfassung gleichen Umfang haben sollen, vertritt er staatsrechtlich im Reich den Einheitsgedanken zum Unterschied von dem föderalistisch zusammengesetzten Bundesrat. Grundsätzlich anders aufgebaut als das britische Haus der Gemeinen, hat er auch eine ganz anders geartete Parteigruppierung als dieses sie zur Zeit der Schaffung des Wahlgesetzes von 1868 hatte. Schon aus diesen Gründen kann jener Vorgang unmöglich als Vorbild für die Regelung der Wahlprüfungen des Reichstags genommen werden.

Gegen die Art, wie die Wahlprüfungen des Hauses der Gemeinen um 1868 erledigt wurden, mochte ihre Übertragung an außerparlamentarische Richter eine Verbesserung gewesen sein. Daß sie unter allen Umständen die beste Lösung der Frage sei, ist jedoch damit noch keineswegs erwiesen. Richter sind Menschen und durchaus nicht über menschliche Leidenschaften und Vorurteile erhaben. Mit der Fortentwicklung der liberalen Partei Englands zur Demokratie hin hat sich die Klassenzusammensetzung der beiden bürgerlichen Parteien wesentlich verschoben. Der Adel und die Oberschichten des Bürgertums sind in ganz überwiegendem Verhältnis konservativ-unio-

nistisch, und die Intellektuellen aus ihren Kreisen sind es natürlich auch. Von den Universitäten Aberdeen, Cambridge, Dublin, Edinburgh, London und Oxford, die noch eine Sondervertretung im Haus der Gemeinen haben, entsendet nicht eine einzige einen Liberalen ins Parlament; sie alle wählen, von der relativ jungen Universität London abgesehen, mit erdrückenden Mehrheiten konservativ-unionistisch, und von den Fakultäten wiederum ist kaum eine konservativer als die der Juristen. Das macht sich denn auch in der Rechtsprechung fühlbar. Bei den englischen Liberalen gehört der Glaube an die Unparteilichkeit der Richter sozusagen zu den obersten Dogmen ihres politischen Katechismus, und manches richterliche Erkenntnis, aus dessen Falten der Parteigeist ziemlich deutlich hervorguckte, ist von ihnen stillschweigend, wenn auch mit Kopfschütteln hingenommen worden. In neuerer Zeit jedoch sind gerade bei Wahlprüfungen von den Richtern Erkenntnisse gefällt worden, denen gegenüber das traditionelle Dogma nicht mehr standhielt. Es ist nicht mehr als ein Jahr her, da ging aus Anlaß eines solchen Urteils in Wahlsachen geradezu ein Schrei der Entrüstung durch die liberale Presse Englands. Obwohl festgestellt worden war, daß von seiten der Konservativen Korruptionshandlungen verübt worden waren, die, auch wenn sie in viel milderer Form begangen waren, sonst für genügend erachtet wurden die Ungültigkeit einer Wahl zu begründen, war hier mit beschönigenden Worten über sie hinweggegangen und die Wahl des Konservativen für gültig erklärt worden, so daß kaum ein Zweifel blieb, daß die Parteistellung des Mannes die Wage zu seinen Gunsten hatte sinken lassen. Liberale Blätter veröffentlichten damals Zusammenstellungen von Wahlprüfungserkenntnissen, aus denen hervorging, daß jetzt Konservative doppelt und dreifach so viel Aussichten haben bei Wahlanfechtungen durchzudringen wie Liberale. Selbst wenn diese Meinung objektiv unberechtigt wäre, so würde sie jedenfalls das eine zeigen, daß die Wahlprüfung durch Richter nicht mehr die beruhigende Wirkung hat, die man ihr zuschreiben möchte, nicht mehr mit dem einstigen Vertrauen betrachtet wird. Die Richter müßten den Ruf von Engeln haben, um bei politischen Entscheidungen, wie es die Wahlprüfungen sind, in jedem Fall gegen den Verdacht geschützt zu sein, daß Klassenvorurteil, Parteisympathieen oder -antipathieen auf ihr Urteil eingewirkt haben.

Außerdem aber sind, wie schon oben bemerkt wurde, die Wahlprüfungsrichter in England nur für begrenzte Fragen der Gesetzmäßigkeit der Wahlen zuständig. Die wichtige Frage, ob es bei Aufstellung der Wählerlisten ordnungs- und rechtmäßig zugegangen ist, ist ihrer Prüfung vollständig entzogen. Die Prüfung der Wählerlisten wird von und vor einer ganz andern Gattung Richter, den jeweilig aus den Advokaten ausgewählten und mit dieser Untersuchung betrauten Revisionsanwälten (*Revising Barristers*) vorgenommen. Nach dem bestehenden Wahlgesetz werden in England die Wählerlisten im Frühjahr und Sommer jedes Jahres für das ganze kommende Jahr aufgemacht, und im September findet in jedem Wahlkreis vor dem *Revising Barrister* die Prüfung der Eintragungen in die Wählerlisten in kontradiktorischer Verhandlung statt. Die Listen werden von den Parteien vorher durchgesehen, zu welchem Zweck sie rechtzeitig öffentlich ausgehängt werden, und vor dem *Barrister* macht jede Partei

durch ihre Vertreter ihre Einwände gegen Eintragungen oder Unterlassung von Eintragungen geltend und verteidigt je nachdem Eintragungen von Leuten, die sie als ihre Wähler kennt oder betrachtet, gegen Anfechtungen von der andern Seite. Alles das in voller Öffentlichkeit. Gegen die Entscheidung des *Barristers* ist die Berufung an die *Kings Bench* des Obergerichts möglich. Ist die Liste durchgefochten, so wird sie gedruckt und hat nun absolute Gültigkeit. Auch wenn jemand widerrechtlich auf die Liste gekommen ist, ist er trotzdem Wähler, wenn die Eintragung nicht angefochten wurde und er nicht durch das allgemeine Gesetz für unfähig zum Wählen bezeichnet worden ist (wie zum Beispiel Unmündige, für irrsinnig Erklärte usw.). Eine Bestimmung, die auch wieder nur aus dem privatrechtlichen Charakter des englischen Wahlrechts zu erklären ist.

Zur Illustration dessen mag beiläufig erwähnt werden, daß auch der Schreiber dieses einmal als regelrecht eingetragener englischer Parlamentswähler figurirt hat. Es war im Jahr 1899, als mich in meiner Wohnung im Südosten Londons ein Agent der konservativen Partei aufsuchte und mir die Frage vorlegte, ob er mich für die bevorstehenden Wahlen in die Liste seiner Partei eintragen dürfe. Auf meine Erwiderung, ich sei kein Wähler, gab er mir zurück: »Sie stehen in der Wählerliste, also sind Sie Wähler.« »Ich bin aber Ausländer«, bemerkte ich. »Das ist gleichgültig«, war die Antwort, »wenn Sie in der Wählerliste stehen, sind Sie berechtigt zu wählen.« Mir wollte das nicht einleuchten, und ich erklärte, ich würde unter keinen Umständen zum englischen Parlament wählen, da ich überzeugt sei, daß mir das nicht zustehe. Er ließ das nicht gelten, und es gab einen kleinen Disput über Rechte von Ausländern, der erst ein Ende nahm, als ich erklärte: »Übrigens bin ich kein Konservativer sondern Sozialdemokrat.« Hiernach hatte der Mann natürlich kein Interesse mehr mich von dem Recht zu überzeugen, das ich nach seiner Ansicht hatte. In Wirklichkeit war ich als Ausländer in der Tat nicht wahlberechtigt, aber das wußte der Agent offenbar nicht. Aus seiner Praxis kannte er eben nur die *Maxime Er steht in der Wählerliste, also ist er Wähler.*¹⁾

Wie das Verfahren bei der Aufstellung der Wählerlisten so ist auch vieles vom Wahlverfahren selbst in England grundverschieden von der Art, wie bei uns die Wahlen vor sich gehen. Indes braucht darauf hier nicht eingegangen zu werden. Das Vorgeführte genügt vollauf, um zu zeigen, daß die den Richtern des *Kings Bench*-Gerichtshofs übertragene Wahlprüfung eine ganz andere Bedeutung hat als unsere Wahlprüfungen. Diese Richter haben zu prüfen, ob eine vom Parlament geschaffene, kasuistisch spezialisierte Gesetzgebung gegen Wahlkorruption beobachtet wurde oder nicht. Sie wenden Gesetze an, aber sie schaffen sie nicht. Der deutsche Reichstag aber schafft oder entwickelt als wahlprüfende Instanz durch seine Entscheidungen vielfach erst Regeln für die Wahlgültigkeit. Und wenn bei seinen Entscheidungen in Wahlprüfungsangelegenheiten wirklich auch Machtrücksichten eine Rolle spielen, so liegen doch in der Öffentlichkeit seiner Verhandlungen und dem Wechsel in den Parteikonstellationen sehr wirksame

¹⁾ Die Vorschrift, daß man, um Wähler zu sein, englischer Staatsbürger sein muß, gilt in England übrigens nur für Parlamentswahlen. Zu den Gemeinderats-, Armenrats-, Schulrats- usw.-wahlen hatte ich das Wahlrecht und habe es auch ausgeübt.

Momente der Korrektur von Fehlgriffen, so daß aus seinen Kämpfen sich doch schrittweise ein besseres Recht und damit auch eine bessere Praxis der Wahlprüfungen herausentwickelt haben als sie ehemals im Schwang waren. Das hat Herr Spahn sehr gut dargelegt. Selbst ein Richter, hat er den Vorzug der Reichstagspraxis vor der möglichen Praxis der Gerichte in dieser durchaus politischen Sache treffend gekennzeichnet.

Schließlich muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß das englische Haus der Gemeinen, als es Richtern die Wahlprüfung in den vorbezeichneten, doch immerhin engen Grenzen übertrug, sich ihnen selbst für diese Fragen nicht mit völlig gebundenen Händen auslieferte. Es hat sich im angeführten Gesetz vom Jahr 1868 ausdrücklich das Recht vorbehalten selbst dann noch nach seinem Befinden für Wahlkreise, gegen deren Wahlen Proteste vorliegen, Neuwahlen auszuschreiben, wenn die Richter einem der in Frage kommenden Kandidaten den Sitz schon zuerkannt haben. Auch hat es das Recht gegen Entscheidungen der Richter Nachprüfung durch eine besondere königliche Kommission anzurufen, die berechtigt ist Zeugen vorzuladen und sie unter Eid zu verhören. Kurz, es hat Vorsorge dagegen geschaffen sich nicht von einer Außeninstanz ein Mitglied aufdrängen lassen zu müssen. Auf Umwegen kommt es in solchen Fällen dahin zurück, wo der deutsche Reichstag in dieser Sache jetzt ist.

So viel zur rechtlichen Seite der Frage. Über ihre politische Seite ist im Reichstag von den Genossen Stücklen und Richard Fischer sowie, muß man anerkennen, auch von Herrn Spahn so viel Schlagendes gegen den national-liberalen Antrag ins Feld geführt worden, daß es sich erübrigt auch hierauf noch einzugehen. Wir können von England noch vieles lernen. Aber von ihm eine Sache übernehmen, die bei ihrer Schaffung nur Auskunftsmittel gegen üble Rückwirkungen eines Stücks Mittelalter war, dazu liegt wirklich kein Anlaß vor.

XX

KARL LEUTHNER · DIE WIENER POLITIK

MEHR als jemals ist es jetzt das Land der Widersprüche und Unwahrscheinlichkeiten, dieses Österreich, von dessen Slawentum augenblicklich so viel geredet wird, und das an der Oberfläche seiner auswärtigen Politik keinen Reflex slawischen Denkens und Empfindens erscheinen läßt. Daß sich ein Kampf zwischen Germanentum und Slawentum vorbereitet, die vom deutschen Reichskanzler hypothetisch hingestellte, gleichzeitig und nachträglich mit Einschränkungen und Verwahrungen umgebene Bemerkung, war während des Balkankriegs das Leitmotiv aller deutschnationalen Reden und Leitartikel in Österreich und fand sogar in der durchaus nicht deutschnationalen Wiener Presse ihren Widerhall. Das scheint ein Widerspruch in den Dingen und ist doch ihre zu Ende gedachte Logik. Bedurfte die Politik des Wiener Kabinetts des volkstümlichen Chors, so mußten ihn in Österreich die Deutschen, in Ungarn die Magyaren mit ihrer Furcht vor der slawischen Überflutung darstellen. Allein die Deutschen haben eine Zeit der nationalen Phraseologie hinter sich. Was sich in Wien durch einfache Preßsuggestion vollzog, der eine hauptstädtische Bevölkerung am widerstandslosesten preisgegeben ist, was im alpenländi-

schen Klerikalismus aus altösterreichischen Überlieferungen unmittelbar entsprang, bedurfte für den ausgesprochenen nationalen Teil der Deutschen und für die Gesamtrichtung der deutschen Politik überhaupt einer Umsetzung in völkische Gedankenwerte. Diese war nun wohl schon durch die Annäherung der Deutschen an die Regierung unter dem Regime Bienerth und durch die Abschwächung der Gegensätze zwischen den klerikalischen und den nationalen Richtungen vorbereitet, im Feuer der Krise ist sie jedoch zur Vollendung gediehen, so daß man wohl sagen darf, die Deutschen haben kaum jemals so österreichisch empfunden wie heute. Man blickt hier in ein Zusammenspiel von Illusionen, das vollgültig die Ansicht Graham Wallas' bestätigt: die politischen Handlungen der Menschen als Ausfluß ihrer Interessen betrachten, sie aus Motiven ableiten, die sich aus der Idee eines vorgefaßten Zwecks ergeben, heiße die Intellektualität der Menschen naiv überschätzen, heiße ein Jahrhundert der Entwicklung der Psychologie und der historischen Wissenschaften zurückgehen und sich in die Geistesgemeinschaft Bentham's oder gar der französischen Enzyklopädisten begeben. Das Ideengebeude, in dem Österreichertum und Deutschtum zusammenhängen, offenbart vielmehr Abläufe von Gedankenassoziationen, die an den Zug unserer Vorstellungen im Traum erinnern. Es verknüpft sich, was irgendwie anklingt, was durch irgendeine Art von Ähnlichkeit, durch irgendeine Gemeinschaft des innern Erlebnisses sich wechselseitig im Vorstellungsstrom hervorruft. Das Deutschtum Österreichs gab sich stets gern und in den simpelsten Formen rassenethisch, der ganze Wortvorrat männlicher Tugenden schmückt es überreichlich. »Deutsch sein heißt stark, tapfer, heißt aber auch treu, hingebend sein.« Man ahnt, wie sich hier die Gedankenharmonieen entfalten. Stark und tapfer klang der Kriegsruf der Offiziösen, der Offiziersblätter. Treue und Hingebung weisen die deutsche Gefolgsmannschaft an das *deutsche Fürstenhaus*. Und steigt man aus dem Sittlich-Überzeitlichen ins Konkrete-Zeitgemäße herab, so bieten sich nicht minder bequeme Zusammenhänge. Der Augenblick, da dem reichsdeutschen Türkentraum ein nüchternes Erwachen folgte, war der selbe, der den Wahnvorstellungen, die jene Orientpolitik begleitet hatten, im Denken der Deutschen Österreichs die realste Bedeutung lieh. Wenn sie den Offiziösen auf den Irrpfaden der Serben- und Albanerpolitik folgen, so halten sie dem Germanentum bald den Weg nach dem Morgenland über Saloniki bald in gemeinsamer Resignation mit dem Auswärtigen Amt wenigstens über die Adria offen.

Die Vorstellung von der prästabilierten Harmonie der Volksinteressen Alldeutschlands und der Bewegungen und Winkelzüge der Wiener Staatskunst verliert indes viel von ihrem wunderbarlich Unbegreiflichen, sobald man erwägt, daß die österreichische Balkanpolitik zum Grundton das stark betonte Bündnis mit Deutschland und den Kampf gegen den Panlawismus hatte. Dies mußte ungemein das Hinübergleiten aus einer Gefühlsweise in die andere erleichtern, war bloß einmal die Vorstellung von der notwendigen und konstitutionellen Deutschfeindlichkeit Österreichs überwunden. Und diese halten seit langem nur noch die österreichischen Alldeutschen halbwegs fest, die ein kleines, von der großen deutschnationalen Partei völlig abgelöstes Häuflein bilden. Für die übrigen Deutschen gilt umgekehrt, daß Klerikale, Christlichsoziale und Deutschnationale immer mehr in ein Gemenge verfließen. Und wie die Klerikalen jene antideutschen Eigentümlich-

keiten kaum noch erkennen lassen, die sie unter Taaffe zu Slawengenossen und möglicher Stützen einer slawischen Mehrheit machten, so haben auch die Deutschnationalen das Antiösterreichische bis auf den letzten Rest eingebüßt: Schwarzrotgold und Schwarzgelb verrinnen in eins. Dabei darf man sich den Prozeß nicht so künstlich vorstellen, als seien die Deutschen durch Umnennung der österreichischen Staatsinteressen in deutschnationale Ideale Patrioten geworden. Viele Kräfte aus dem deutschen wie aus dem gesamten österreichischen Leben herauswirkend verschlingen sich in einander, und der Austausch der Namen besiegelt bloß den Bund. Wenn deutschnationale Studenten, die vor einigen Jahren *Hoch Hohenzollern!* gerufen hätten, kürzlich vor einem österreichischen Soldatendenkmal den Krieg hochleben ließen, so taten sie dies nicht nur, weil der Krieg stark und männlich, also *deutsch* ist sondern wohl auch, weil die Geschichtslegende der Schule, der Reserveoffizier, die Großstadt und deren Presse gleichfalls Mächte sind, die zur Geltung kommen, sobald die Gegenkräfte ausgeschaltet werden. Und wenn die Fraktion, die den einst stramm alldeutschen Wolf zu ihren Führern zählt, heute die Balkanpolitik des Wiener Kabinetts mitmacht, während die ehemaligen, als Verwaltungratspartei verfeimten Altliberalen ihr zu widerstreben wagten, so äußert sich darin sowohl das Schwergewicht der Interessen, die den größten und kulturell führenden Volksstamm mit seinem Staat verbinden, als auch ein innerer Verfall von Ideen und Idealen, der selbst abgesehen von der Artung der Personen unabwendbar war. Der Nationalismus als antistaatliche Kampfidee hätte sogar bei seinem Sieg, der nie der Untergang des Staates sein konnte, eine Trübung erfahren: ein halber Erfolg, ein Kompromiß, das unter Bienerth und seinen Nachfolgern die staatliche Anerkennung der Deutschen mit deren unbedingter Regierungsgefolgschaft bezahlte, mußte die innere Auflösung einleiten. Überdies hegten die Altliberalen den Wahn ein herrschendes Volk zu vertreten, von sich aus den Gang des Staates regeln zu können; die Deutschbürgerlichen von heute haben das Erlebnis eines Kampfes, der erwiesen hat, daß in Österreich nicht gegen die Deutschen regiert werden kann, jedoch auch nicht von ihnen. Und dazu kommt die Änderung in der Stellung der Parteien durch die Erfordernisse der modernen Demagogie. Der Abgeordnete von heute sieht nicht mehr den Staat, er sieht nur noch den Wähler; er ist nicht mehr das erhabene Wesen, das eine Verantwortung vor der Geschichte oder vor seinem Gewissen hat; er denkt an seinen Rechenschaftsbericht und ist ein Sack voll Angst vor seinen Wählern. Das gilt mindestens von Parteien, die ein Bündel verschiedenartiger Interessen durch ein brüchig gewordenes Ideenband verknüpfen. Wenn die Naivetät gewisser Nationalökonomien die Entartung der Parteien zu Interessengruppen als Fortschritt begrüßt, so gibt sich in Österreich das herrliche neue Leben vorläufig als ein Würmerregen im Kadaver kund, und sein Hauptprodukt ist der Geruch der Verleumdung.

Zieht man die Summe, so gelangt man zu der Feststellung: Die Parteien sind in Österreich zur selbständigen Konzeption einer gesamtstaatlichen Politik unfähiger als je; eher vermag noch die Presse ihre Ideen festzuhalten als die parlamentarischen Fraktionen, deren Taktik volkstümliche Redensarten und demagogische Auftritte mit regierungsgehorsamen Abstimmungen verquickt. Dabei kommen indes die Deutschen nicht am schlechtesten weg sondern am besten. Mag die Balkanpolitik des Staates ihre tieferen Inter-

essen verletzen, äußerlich nähert sich jetzt der Staat ihnen mehr als sonst. Ihn treiben stets internationale Konflikte an die deutsche Charaktermaske aus der Garderobe hervorzuholen. Will er in die Welt hinaus wirken, wird ihm die deutsche Weltsprache und die Schaubühne der deutschen Weltstadt Wien am unentbehrlichsten: Kuttenberg mag protestieren (wer erfährt es?), wenn nur die Hauptstadt demonstriert. Auch bleibt für absehbare Zeiten der Balkan Schauplatz der aktiven Wiener Politik, der Süden und der Osten die bedrängte Grenze; also lassen die Tage lebhaften Handelns nach außen das Bedürfnis der Anlehnung an Deutschland am deutlichsten hervortreten. Dies alles dürfen die österreichischen Deutschen, wenn sie dem Schein nährende Kraft beimessen, als Aktivposten zu Buch stellen. Aber die Slawen? Das Ausland, wenn es schon die Existenz der österreichischen Slawen entdeckt, faßt diesen Namen so, als bezeichnete er eine irgendwie bestimmbare Einheit, als seien sie gar eine Nation, als könnte die Wucht ihrer Zahl gemeinsam wirken. Zunächst fallen die 6 Millionen weg, die in Ungarn in machtloser Minderheit wohnen, zum Teil, wie die Slowaken, auf einer Stufe der Entwicklung stehend, die es zur albernsten Vorstellung machen würde sie zu den Gesamtbewegungen eines Riesenstaats in Beziehung zu bringen. In Österreich aber standen während der Balkankrise die 8 Millionen Slawen Galiziens in fiebernder Erwartung eines kommenden russischen Kriegs. Mindestens der größern und herrschenden polnischen Hälfte war, was sonst die Österreicher mit Bangen erfüllte, die Möglichkeit eines Kriegs mit dem Zarenreich, Volkssehnsucht und Volkshoffnung, die in eifriger und freiwilliger Bildung und kriegsmäßiger Einübung von Freischaren ihren Ausdruck fand. Daß die antiserbische Politik Wiens polnische Befreiungshoffnungen in nie gesehener Lebhaftigkeit weckte, sollte über die Grenzen der slawischen Gemeinbürgerschaft in Österreich zu denken geben. So bleiben denn zunächst die Südslawen, von denen die Slowenen allerdings fähig sind die parlamentarische Politik hemmend zu beeinflussen. Doch nicht einen Schritt weiter reicht ihre Macht. Die äußere Politik, die Möglichkeit des Kriegs, stellt andere Fragen als sie zwischen dem Wähler und dem Kandidaten schweben. Die klerikalen Abgeordneten mögen zwischen ihren römischen und serbischen Sympathieen schwanken, der klerikale Bauer des armen Karstlandes wird dorthin gehen, wohin ihn die Offiziere führen. Am Ende kann dieses halb im deutschen Gebiet eingebettete Völkchen, dessen größte Stadt 40 000 Einwohner zählt, und dessen höchste Schule ein Untergymnasium ist, die Politik eines Fünfzigmillionenreichs nicht in seine Richtung lenken.

Vieles von dem eben Gesagten gilt auch von den Tschechen, und doch ist ihr Fall weit verwickelter. Sie zählen über 6 Millionen Köpfe, sind neben den Deutschen und Polen das in der österreichischen Reichshälfte mitregierende Volk, die Stufe der Zivilisation, das heißt der materiellen Kultur und der allgemeinen Volksbildung, kommt der der Deutschen nahe. Als Volk sind sie aber durch einen Nationalismus zusammengefaßt, dessen Tiefe und Stärke einem Deutschen begreiflich zu machen man vergeblich versuchen würde. Und dieser Nationalismus trägt zugleich ausgeprägt allslawische, panslawistische Züge. Worum es sich bei diesen Dingen handelt, möge ein Umstand verdeutlichen: Die tschechische Sozialdemokratie, die unter den nationalen Parteien ihres Volkes vielleicht die nationalste ist, stand ebenso wie alle übrigen Tschechen auf serbischer Seite, feierte bul-

garische und serbische Siege als große Triumphe der gemeinsamen slawischen Sache und jubelte in ihrer Presse mit den Panslawisten Petersburgs bei dem Fall Adrianopels über das sieghafte Aufleuchten des slawischen Ruhms neben dem (bei der Sache doch eigentlich recht unbeteiligten) verblässenden Ruhm der Deutschen.¹⁾ Den nationalistischen Bestrebungen der Tschechen fehlt nicht ein Mann, und dennoch schweigt die Nation im Parlament, gibt verlegene Loyalitätskundgebungen in den Delegationen ab und stimmt für Heeresverstärkungen und Rüstungen, die der antislawischen Politik des Wiener Kabinetts als Werkzeug dienen sollen. Darin liegt nicht nur ein Ausdruck parteimäßiger Feigheit gegenüber der Macht der Krone, die sich 1878 den verweigernden Deutschen so fühlbar gemacht hat, nicht nur das Gefühl der Schwäche, mit dem die einzelne Nation dem in der äußern Politik zusammengefaßten Staatsganzen gegenübersteht: es spricht sich zugleich die innere Unwahrheit und Unmöglichkeit der tschechisch-panslawistischen Politik selbst aus. Der Tscheche verlangt seinen Anteil an der Regierung in dem Staat, der zu existieren aufhören oder zum Anhängsel Rußlands werden müßte, wenn die panslawistischen Ideale ihre Verwirklichung finden sollten. Und will denn der Tscheche ernsthaft die Vernichtung Österreich-Ungarns durch ein sieghaft eroberndes Rußland? Wenn schon der nationale Deutschösterreicher sich bei dem Gedanken beruhigt, daß seine Stellung in Österreich den Gesamtinteressen der Deutschen in Europa mehr Vorteil bringe als eine Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich, so wiederholen die Tschechen doch wohl nicht ganz ohne Überzeugung bei jeder Gelegenheit, daß ihre Selbständigkeit in Österreich den besten Schutz finde. Wie ist aber auf einem tschechisch-österreichischen Standpunkt die tschechisch-panslawistische Balkanpolitik denkbar? Der Deutschösterreicher wird mit Recht verlangen, die Ungarn mögen die Serben besser behandeln, um die Reibungen mit den Südslawen zu vermindern. Wenn der Tscheche das selbe mit Angabe des selben Beweggrunds verlangt, heuchelt er entweder, oder er verrät die panslawistische Idee, die in ihrer Anwendung auf dem Balkan die Vereinigung der südslawischen Gebiete mit Serbien fordert. So lebt die tschechische Auslandspolitik ein klägliches Doppelleben. In der tschechischen Presse laufen die österreichischen und

¹⁾ Als ich vor einigen Jahren hier auf den blinden Deutschenhaß der Slawen, namentlich der Tschechen hinwies, wurde ich von Kritikern, die nie den Laut einer slawischen Sprache vernommen haben und von den österreichischen Slawen nicht mehr wissen als ich von den Einwohnern von Borneo, von oben herab abgekanzelt. Es kann aber niemals gegen irgendwelche Grundsätze verstoßen die Wahrheit zu sagen und schlicht bei den Tatsachen zu bleiben. Um nun diesmal den Irrtümern derer vorzubeugen, die dort moralische Unzulänglichkeit anderer voraussetzen, wo vielmehr nur ihre eigene (übrigens durchaus erklärbare und entschuldbare) Unkenntnis der Verhältnisse vorliegt, führe ich an, was das leitende mährische sozialdemokratische Organ, die *Rounoš*, nach dem Fall Adrianopels schrieb. Die Brüner tschechischen Internationalen äußerten sich also: »Eine für das ganze Slawentum freudige Kunde kommt aus Sofia. . . Der Fall Adrianopels ist in militärischer Hinsicht der großartigste Erfolg, den diese Kunst des Mordens je errungen hat. Darum waren alle Feinde des Slawentums, die gleichfalls ihre Macht auf militärische Gewalt gründeten, neidisch, als die telegraphischen Nachrichten ihnen diesen glänzenden Kriegserfolg der Slawen überbrachten . . . Der germanischen Furie wurde durch Adrianopels Fall ein grausamer Schlag versetzt, von dem sie sich kaum erholen wird, weil durch die Tat auf dem Schlachtfeld . . . die jugendliche Kraft des slawischen Stammes untreulich bewiesen wurde, die, großgezogen, auch kulturell der deutschen Expansion nach dem Osten auf dem Balkan eine unüberschreitbare Schranke setzen wird. Sind doch mit der Niederlage der Türkei gleichzeitig die gewesene Macht und der Ruhm der deutschen Armee niedergeworfen, deren erste Repräsentanten die Instruktooren der geschlagenen türkischen Armee waren. Aus Adrianopel flüchtet mit den dort gefangenen deutschen Offizieren auch die geschlagene deutsche Strategie, und auch dies ist ein außergewöhnlicher Erfolg dieses blutigen Krieges. . . Solche und ähnliche Ausführungen bekommen die tschechischen Leser (wie man sieht: auch die tschechischen Arbeiter) bei jeder sich darbietenden Gelegenheit vor Augen geführt, und kaum je erblicken sie die Deutschen in einer andern Beleuchtung; wenn auch die Organe vom Schlag der *Rounoš* es sonst vorziehen die Scheußlichkeit der germanischen Furie an der deutschen Sozialdemokratie statt an dem Feldmarschall von der Goltz zu exemplifizieren.

macht nun auch das folgende, im Ton einer simpel-einfachen Tatsachenkonstatierung Vorgebrachte gläubigen Gemüts in sich aufzunehmen. Die Absage an allen unkritischen Autoritätsglauben bildet nämlich nur den Übergang zu der Erklärung, daß es in Sachen des Marxismus eigentlich gar nichts oder doch nichts Wesentliches zu kritisieren gäbe. Denn, liest man bei K. Kautsky weiter, »wohl hat er [Marx] in Kleinigkeiten nicht selten geirrt, in der Beurteilung einzelner Personen und Vorkommnisse, aber es ist noch niemandem gelungen ihm in seinen großen, grundlegenden Schlußfolgerungen und Anschauungen einen Fehler oder Widerspruch nachzuweisen. So oft dies versucht worden ist in den 30 Jahren seit seinem Tod, versucht auch von einigen der Schüler selbst, *gemäßigten wie radikalen*, bisher hat noch jedes derartige Beginnen Marx zu verbessern mit einem Mißerfolg geendet und sich in ein *großes Mißverständnis* aufgelöst. In der Geschichte der modernen Wissenschaft, die eine stete Revolutionierung des Stoffes, der Methoden, der Resultate darstellt, steht die nun schon ein halbes Jahrhundert dauernde Unerschütterlichkeit sämtlicher Grundzüge der wissenschaftlichen Leistung von Karl Marx einzig da.«

Gründlicher lassen sich die Dinge wirklich nicht auf den Kopf stellen. Eine Apologetik, die die gegen den Marxismus erhobenen Einwände in Bausch und Bogen aus dem Unvermögen der Kritisierenden die Marxschen Gedankengänge auch nur zu verstehen erklärt, charakterisiert sich damit als Orthodoxie, die lieber vor dem Offenkundigsten die Augen schließt als daß sie von den Gegenständen ihres Glaubens sich etwas rauben ließe. Hoch über dem Zeitgetriebe wandellos unfehlbar, gleichsam eine Platonische Idee schwebt das System. Wenn die Idee zur Welt der Wirklichkeit manchem in manchen Stücken nicht ganz zu passen scheint, so zeigt sich darin für den Gläubigen nicht ein Mangel der Idee sondern derer, die sie in ihrer Wesenheit zu fassen außerstande sind! Ein schlechterer Dienst kann dem Marxismus, der (so gewaltig die Leistungen seines genialen Schöpfers waren) doch nur in dem Kontakt mit der Kritik ein fruchtbar treibendes Ferment des Denkens bleiben kann, nicht erwiesen werden. Der an dem Marxschen System geübten Prüfung so entgetreten heißt den Versuchen weiterer Vertiefung des theoretisch-soziologischen Erkennens, die eben wegen der fundamentalen Bedeutung des Marxschen Denkens nur in kritischer Auseinandersetzung mit diesem möglich sind, von vornherein die Bahn versperren wollen.

Wie es in Wahrheit um die »nun schon ein halbes Jahrhundert dauernde Unerschütterlichkeit sämtlicher Grundzüge der wissenschaftlichen Leistung von Karl Marx« bestellt ist, dafür nur zwei charakteristische Belege; Belege, die, oftmals wiederholt, dem Genossen K. Kautsky unmöglich unbekannt geblieben sein können, von deren Auflösung aber in das bewußte *große Mißverständnis* man bisher nichts erfahren hat.

Zunächst ist unbestreitbar, daß die Prognose, die Marx im *Kommunistischen Manifest* dem Kapitalismus stellt, die Prognose, auf die er die historische Notwendigkeit des Sozialismus gründet, in gewissen, wesentlichen Zügen sich nicht bestätigt hat. Nach dem *Manifest* eilt die kapitalistische Gesellschaft, wofern das Proletariat nicht die politische Macht erobert und,

darauf gestützt, eine sozialistische Organisation der Produktion und Verteilung durchsetzt, rettungslos infolge ihrer inneren Widersprüche dem Bankrott entgegen. Er behauptet es als eine mit dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst unlöslich verbundene Bestimmung, daß der Kapitalismus in dem selben Maß, in dem er die produktiven Kräfte entwickelt, immer unfähiger werde sie zu beherrschen. »Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt die Handelskrisen zu nennen, welche in der periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen . . . Die Produktivkräfte, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für die Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel den Krisen vorzubeugen vermindert.«

Die Notwendigkeit einer Entwicklung zum Sozialismus erscheint in dieser Darstellung also nicht nur darin begründet, daß das Klasseninteresse des Proletariats notwendigerweise eine sozialistische Umgestaltung der gegebenen Gesellschaftsordnung sich zum Ziel setzen muß (weil es nur im Sozialismus zu einem durch keine Ausbeutung verkürzten Genuß der Früchte seiner produktiven Arbeit gelangen kann), und nicht nur darin, daß die wachsende Konzentration der Betriebe mit allen ihren Folgeerscheinungen die Vorbedingung für die Möglichkeit einer solchen Umgestaltung fortschreitend herstellt; sondern darüber hinaus soll jene Notwendigkeit im Wirken immanenten Hemmungen fundiert sein, die, in der kapitalistischen Produktionsweise selber angelegt, mit der Entfaltung dieser im progressiven Maß wachsen und die gegebene Wirtschaft, wenn nicht die sozialistische Umwälzung als rettende Aktion dem zuvorkommt, zu auswegloser Selbstersetzung treiben. Mit der Steigerung der produktiven Kräfte müßten die Handelskrisen, die Arbeitslosigkeit, das Massenelend eine Ausdehnung gewinnen, die im Ruin, im ökonomischen Zusammenbruch kulminiert. So genial und so gewaltig eindrucksvoll diese Konstruktion (die vielberufene *Verelendungstheorie*) war, läßt sie doch andererseits von der »nun schon ein halbes Jahrhundert dauernden Unerschütterlichkeit«, die K. Kautsky sämtlichen Grundzügen »der wissenschaftlichen Leistung von Karl Marx« attestiert, so wenig spüren, daß sie heute (weil unvereinbar mit der seither im Kapitalismus erlebten kolossalen Expansion der produktiven Kräfte, die ohne entsprechende Krisenvermehrung und unter teilweise beträchtlicher ökonomischer Hebung der Arbeiterschaft vor sich ging) auch aus der

sozialistischen Gedankenwelt fast völlig verschwunden ist. Ja, K. Kautsky selber erklärte noch in seiner Einleitung zur Neuausgabe des *Kommunistischen Manifestes* vom Jahr 1906: »Man kann heute nicht mehr mit dem Manifest sagen: der Arbeiter wird zum Pauper, er sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab.« Eine Konstatierung, die, da jenes behauptete Herabsinken im Sinn des *Kommunistischen Manifestes* kein temporäres Faktum sondern notwendige, sich immer mehr verschärfende Tendenz des Kapitalismus sein soll, zugleich auch eine Absage an jene Marxsche Prognose involviert.

Oder will K. Kautsky, um jene Prognose schließlich doch zu retten, von der Erfahrung der letzten Jahrzehnte an die Zukunft appellieren? Will er behaupten, daß die im *Kommunistischen Manifest* skizzierte destruktive Tendenz progressiv wachsender Krisen nur vorläufig aus Zufallsgründen zurückgedrängt worden sei, um im weitem Verlauf der Entwicklung kraft ihrer innern Unentrinnbarkeit sich desto mächtiger zu manifestieren? Dann müßte jene angebliche Tendenz auch als wirklich im Wesen des Kapitalismus liegende Notwendigkeit durch eindringende Analyse der Grundnatur kapitalistischer Volkswirtschaft wissenschaftlich zwingend irgendwie in deduktiver Weise nachgewiesen werden können. Wäre indes ein solcher wissenschaftlicher Nachweis möglich, dann hätte Marx gewiß in den 3 Bänden des *Kapitals* die ganze Wucht und Kraft seines theoretischen Denkens hierauf als Hauptaufgabe konzentriert. Daß sich in seinem Hauptwerk nicht einmal Ansätze zu einem solchen Unternehmen finden, ist zweifellos ein Zeichen, daß er sich von der Unmöglichkeit jene im *Kommunistischen Manifest* gestellte Prognose durch Analyse wissenschaftlich zwingend zu fundamentieren überzeugt hatte. Und überdies, sollte es, was als notwendig offenbar *a priori* nicht nachgewiesen werden kann, trotzdem in Wirklichkeit einmal zu einem solchen Stadium allgemeiner und sich ständig verstärkender Handelsstockung kommen, so wäre das ein Unglück, nicht etwa nur für die privilegierten Nutznießer des Kapitalismus sondern voraussichtlich ebenso sehr auch für die Organisations- und Sozialisierungsbestrebungen der Arbeiterschaft selbst, die, wenn der ganze ökonomische Boden schwankt, was sie auf diesem Boden aufgebaut, schwerlich aufrechterhalten können wird. Erfreut sich alles Wesentliche im Marxismus »dauernder Uner-schütterlichkeit«, dann hätte schließlich auch Marx selbst sich nicht mehr kritisieren und revidieren dürfen.

Sowenig die gegen jene Verelendungstheorie des *Kommunistischen Manifestes* gerichtete Kritik, so wenig löst sich die gegen die Werttheorie des *Kapitals* gerichtete, dem Kern nach, in *Mißverständnis* auf. Gewiß ragt dieses Werk turmhoch über allen anderen Leistungen auf dem Gebiet der theoretischen Ökonomie empor, gewiß macht es in dieser Wissenschaft Epoche, und viele dagegen erhobene Einwürfe zeigen in der Tat nichts anderes als das Unvermögen der betreffenden Autoren den Standpunkt Marxschen Denkens zu begreifen, oder gar die interessierte Absicht kapitalistischer Apologetik. Mit derlei braucht man sich heute nicht mehr aufzuhalten. Aber es sind auch Einwände erhoben worden, die niemand, der den Fragen der ökonomischen Theorie, also auch der Frage, wie und nach welcher Methode eine zusammenfassend einheitliche Theorie des moder-

nen Kapitalismus möglich sei, ein tieferes Interesse entgegenbringt, achselzuckend überlegen beiseite schieben wird. Einwände, die, gründlich durchgedacht, wohl oder übel zu der Einsicht führen, daß eine analytisch-deduktive Zergliederung der das kapitalistische Wirtschaftssystem regulierenden Gesetze mit dem *Wertgesetz*, das Marx seiner Untersuchung als oberstes Prinzip zugrunde legt, in unlösbar Widerspruch gerät.

Das tritt im Marxschen *Kapital* in dem vergeblichen Bemühen zutage das durch die Konkurrenzbewegung kausalnotwendig begründete *Gesetz* einer in den verschiedenen Branchen tendenziell gleichen Durchschnittsprofitrate mit dem als Ausgangspunkt hypostasierten *Wertgesetz* in Einklang zu bringen. Marx durfte die bloße Hypothese, daß die Waren im Austauschprozeß gegen Geld nach Austauschproportionen umgesetzt werden, bei denen der Verkäufer im Preis der Regel nach ein Äquivalent der in seiner verkauften Ware enthaltenen »gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit« empfängt, nur unter der Bedingung zugleich als ein Gesetz des Warenaustausches, als ein die Austauschproportionen tendenziell regelndes *Wertgesetz* einführen und dieses *Gesetz* zur Grundlage der weiteren Deduktionen machen, wenn sich am Schluß der Untersuchung das Resultat ergeben hätte, daß tatsächlich der Mechanismus der freien Konkurrenz in der zu untersuchenden kapitalistischen Warenproduktion dies hypothetisch angenommene, nur mögliche Verhältnis kausalnotwendig, als tendenzielles Gesetz der Preisregulierung realisiert. Nun aber zeigt sich, daß ganz im Gegenteil der Konkurrenzmechanismus dieser kapitalistischen Wirtschaft, indem er das Gesetz der gleichen Durchschnittsprofitrate in den verschiedenen Branchen (ganz unabhängig von den Unterschieden organischer Zusammensetzung der Branchenkapitale, und damit unabhängig von den Unterschieden der in den Kapitalprodukten verkörperten *Mehrarbeit*) durchsetzt, kausalnotwendig ein Gesetz der Preisregulierung realisiert, dessen Geltung die Nichtgeltung des Marxschen Wertgesetzes in diesem kapitalistischen Wirtschaftsprozesse kundtut. Wie man es dreht und wendet, man kommt darüber nicht hinweg, daß, wenn die kapitalistisch erzeugten Waren tendenziell nach den in ihnen verkörperten Mengen gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit gegen Geld sich umsetzen würden, wenn also das Wertgesetz in diesem Prozeß tendenziell eine reale Geltung hätte, dadurch ein Gesetz der gleichen Durchschnittsprofitrate in diesem kapitalistischen Wirtschaftsprozesse ausgeschlossen wäre; daß also umgekehrt auch die zweifellos feststehende, in diesem Prozeß bei freier Konkurrenz kausalnotwendig begründete Geltung jenes Durchschnittsprofitratengesetzes die Geltung des von Marx formulierten Wertgesetzes im kapitalistischen Wirtschaftsprozesse ausschließt.

Die Wendung, durch die Marx dieser das Fundament seiner ganzen Methode bedrohenden Folgerung auszuweichen sucht: nämlich die Erklärung, daß das Wertgesetz, wenn es auch infolge des Profitratengesetzes die Preise der einzelnen kapitalistisch erzeugten Produkte offenbar nicht reguliere, dafür jedoch die *Preissumme* des jährlich in der kapitalistischen Volkswirtschaft erzeugten *Gesamtproduktes* reguliere, hilft ebenfalls nicht weiter. Denn wenn man auch davon, daß eine solche nachträgliche Interpretation des Wertgesetzes sich mit dessen in allen früheren Deduktionen

JOHAN FREDERIK ANKERSMIT · DIE HOLLÄNDISCHE SOZIALDEMOKRATIE VOR DEN PARLAMENTSWAHLEN 1913



STERN ist in Utrecht der 19. Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands abgehalten worden. Er fand in einer für die Partei besonders günstigen Situation statt. Vor uns haben wir eine stürmisch bewegte Wahlkampagne, die Partei ist in sich einiger als je und entwickelt sich wie nie zuvor.

Nach dem Jahresbericht unseres Parteisekretärs zählte die Partei an Mitgliedern: Ende 1905 6816, 1906 7471, 1907 8411, 1908 8797, 1909 9504, 1910 9992, 1911 12 592 und 1912 15 667. Heute beträgt, wie der Vorsitzende auf dem Parteitag mitteilte, die Mitgliedschaft der Partei bereits weit über 17 000. Während das erste Zehntausend Mitglieder in 17 Jahren gewonnen wurden, werden wir zweifellos das zweite in 3 Jahren gewinnen. Die Partei besitzt gegenwärtig 21 Wochenblätter und eine Tageszeitung, die nach 13jährigem Bestehen jetzt 24 000 Abonnenten zählt; innerhalb der letzten 2 Jahre hat sich ihre Abonnentenzahl verdoppelt. Dabei muß noch darauf hingewiesen werden, daß das Jahrzehnt von 1900 bis 1910 die Zeit der schlimmsten Parteiwirren darstellte, die mit dem Austritt eines Teils des *radikalen* Flügels endeten. Die von diesem Flügel begründete neue Partei hat während ihres jetzt 4jährigen Bestehens ihre ursprüngliche Mitgliederzahl von 500 Genossen nicht heraufzuschrauben vermocht. Dagegen hat die rasche Entwicklung der alten Partei gerade mit dem Austritt jener Genossen begonnen. Auch der größte Teil des *radikalen* Flügels gehört ihr nach wie vor an; gleichwohl herrschte in allen Hauptfragen in den letzten Jahren vollkommene Einigkeit bei uns.

Hand in Hand mit dem Aufschwung der Partei geht ein ebensolcher Aufschwung der modernen Gewerkschaftsbewegung. Der *Niederländische Verband der Gewerkschaften*, dessen Führerschaft fast ausnahmslos in der Hand von Parteigenossen liegt, wurde am 1. Januar 1906 gegründet. Die Zahlen in den einzelnen Jahren waren folgende:

Zeitpunkt	Anzahl der Organisationen	Mitglieder
1. Januar 1906	18	18966
1. Januar 1907	18	26227
1. Oktober 1907	21	30298
1. Oktober 1908	27	35016
30. September 1909	27	39640
30. September 1910	28	42679
1. Oktober 1911	31	48925
1. Oktober 1912	31	56313

Seither stieg die Mitgliederzahl wiederum, auf über 62 000. Daneben steht der katholische Gewerkschaftsverband mit ungefähr 17 000 Mitgliedern, der protestantisch-religiöse Gewerkschaftsverband mit nahezu 6500 Mitgliedern, das anarchistisch-syndikalistische Arbeitersekretariat mit nominell 5500 Mitgliedern und ein unlängst gegründeter *neutraler* (liberaler) Gewerk-

schaftsverband mit 2500 Mitgliedern. Unsere Organisation übersteigt also an Größe weitaus alle anderen und stellt die einzige kampffähige Gewerkschaftsorganisation dar.

Es kann nicht wundernehmen, daß angesichts einer so günstigen Lage die Partei mit starker Siegeszuversicht den im Juni stattfindenden Parlamentswahlen wie den gleich darauf folgenden Provinzial- und Gemeindewahlen entgegenseht, und daß auch der Parteitag von dieser Siegesstimmung beherrscht war. Die Hauptaufgabe des Parteitags bestand eben darin die Richtlinien für die Parlamentswahlen zu ziehen, den Wahlauf Ruf zu formulieren und die Stichwahlbedingungen festzusetzen. Zum bessern Verständnis der Parteitagsbeschlüsse möchte ich eine kurze Darstellung der augenblicklichen politischen Lage voranschicken.

Bei den Wahlen von 1905 wurde das klerikale Ministerium Kuyper gestürzt, und unsere Hilfe bei den Stichwahlen bewirkte es, daß ein liberales Kabinett die Regierung übernehmen konnte. Ende 1907 erlitt dieses Kabinett in der Zweiten Kammer eine Niederlage und dankte ab. Die Fraktion hatte mit einem Teil des Freisinns und mit der Mehrzahl der klerikalen Abgeordneten zusammen gegen das Ministerium gestimmt und es dadurch in die Minorität gebracht. Ausschlaggebend für diese Haltung der Fraktion war die Tatsache gewesen, daß das liberale Kabinett sein Versprechen einer Herabminderung der Militärausgaben nicht eingelöst sondern den Militäretat im Gegenteil noch erhöht hatte. Es folgte von neuem ein klerikales Ministerium, diesmal unter Führung des Rechtsanwalts Dr. Heemskerck. Bei den Wahlen von 1909 eroberte dieses Kabinett eine starke Kammermehrheit; es wurden 60 Klerikale gegen nur 33 Liberale und 7 Sozialdemokraten gewählt. Das Vertrauen der Mehrheit der Wähler suchte dieses klerikale Kabinett dadurch zu gewinnen, daß es in den beiden ersten Jahren seiner Regierung eine sehr gemäßigte Politik trieb und bei den Wahlen eine weitgehende Sozialgesetzgebung versprach.

In den letzten 4 Jahren hat sich indes das Blättchen vollkommen gewandt. An sozialen Gesetzen ist so gut wie nichts geschaffen worden; das gegenwärtige klerikale Kabinett zeigt sich in dieser Beziehung genau so hoffnungslos unfruchtbar wie sein Vorgänger der Jahre 1901 bis 1905. Die Ursache ist auch die gleiche: die unüberbrückbaren Klassengegensätze in der klerikalen Partei selbst. Mit Hilfe von klerikalen Parlamentsmitgliedern wurden sogar die einigermaßen vernünftigen Vorlagen der Regierung, wie ein Gesetzentwurf zur Abschaffung der Nacharbeit in den Bäckereien und Gewährung einer Teuerungszulage an Staatsarbeiter und Beamte, niedergestimmt. Zudem wird das Ministerium immer reaktionärer. Die Organisationen der staatlichen Angestellten werden aufs schroffste angegriffen und verfolgt. Das Kriegsbudget wurde in 5 Jahren von 28 auf 33 Millionen Gulden erhöht, und neue Gesetze sind geschaffen, die notwendigerweise innerhalb weniger Jahre eine weitere Steigerung bis auf 40 Millionen zur Folge haben werden. In gleicher Weise steigt das Marinebudget. Entgegen dem Wunsch der großen Mehrheit der Arbeiterklasse und eines beträchtlichen Teils des Bürgertums wurde eine Invaliditäts- und Altersversicherung geschaffen, die nur minimale Leistungen in Aussicht stellt, aber Arbeitern wie Arbeitgebern

schwere Beitragslasten auferlegt; und dies, während die von der Sozialdemokratie vor einigen Jahren eingeleitete Bewegung für eine beitragsfreie Staatspensionierung nach englischem, dänischem und australischem Muster eine immer stärkere Anhängerschaft gewinnt. Die Regierung hat ferner einen Verfassungsrevisionsentwurf ausgearbeitet, der zwar eine wenn auch stark verklausulierte Ausdehnung des Männerwahlrechts bringt, aber den Ausschluß der Frauen vom Wahlrecht beibehält und im übrigen eine ganze Reihe der gefährlichsten reaktionären Anschläge auf unsere aus der liberalen Zeit von 1848 stammende Verfassung enthält. Um nur das Hauptsächlichste zu nennen: Es wird vorgeschlagen die Macht der Ersten Kammer, die aus indirekter Wahl hervorgeht, dadurch zu erweitern, daß ihr eine Art Amendierungsrecht zugestanden werden soll. Ebenso soll in den Kommunen die Macht der durch direkte Wahl gewählten Gemeindevertretung zugunsten des in indirekter Wahl gewählten Magistrats und des von der Krone ernannten Bürgermeisters eingeschränkt werden. Auch dem Parlament gegenüber soll die Macht der Krone verstärkt werden. Die Legislaturperiode soll 5 (statt bisher 4) Jahre betragen. Schließlich soll auch noch die öffentliche Laienschule aus ihrer bisher vorherrschenden Position verdrängt und in eine untergeordnete Stellung geschoben werden. An ihrer Statt soll die staatlich subventionierte, fast stets kirchliche Privatschule in die herrschende Stellung einrücken. Der Kostenaufwand für diese Schulen, abzüglich der Schulgelder, soll obendrein vollständig aus der Staatskasse gedeckt werden.

Gegenüber dieser politischen Situation haben sich nun die 3 liberalen Parteien, die sich bisher unter einander bekämpften, zu einer engen Wahlgemeinschaft verbunden; sie verlangen vor allem Beibehaltung der liberalen Verfassung und der Vorherrschaft der öffentlichen Laienschule, allgemeines Männerwahlrecht und ein nicht durch Besitzforderungen beschränktes Frauenwahlrecht, ferner unter anderm Einführung einer beitragsfreien Staatspensionierung mit Angliederung einer staatlich subventionierten freiwilligen Versicherung.

Unter diesen Umständen hatte nun die Partei die Richtlinien für ihr Verhalten bei der Wahl zu ziehen. Ihr Wahlprogramm enthält neben allen vernünftigen Forderungen des liberalen Programms (die dieses, nebenbei gesagt, dem unsrigen entnommen hat), abgesehen von unseren sonstigen bekannten Forderungen, hauptsächlich das allgemeine Frauenwahlrecht und den gesetzlichen Zehnstudentag als Übergangsmaßnahme zum Achtstudententag. Eine vom Parteitag einstimmig angenommene Resolution betont, daß die einzige feste Bürgschaft für eine durchgreifende Sozialreform in unserm Sinn in der wachsenden Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen und der Verstärkung der sozialdemokratischen Kammerfraktion liege. Wie notwendig es ist auch diesen letzten Punkt zu betonen, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß unsere Partei im Jahr 1901 mit 39 000 Wählerstimmen 7 Abgeordnete erhielt, im Jahr 1905 mit 65 000 Stimmen und im Jahr 1909 mit 82 000 Stimmen ebenfalls nur 7. Prozentual nach der Stimmenzahl berechnet hätten wir aber im Jahr 1909 bereits 14 Abgeordnete haben müssen; die Partei hat also alle Ursache auf eine entsprechende Verstärkung der Fraktion sehr kräftig hinzuarbeiten. Die erste Gewähr dafür bietet ein starkes Emporschnellen unserer Stimmenzahl. Daß es daran nicht fehlen wird, da-

von sind auch unsere Gegner überzeugt. Es wird unsere Aufgabe sein dahin zu wirken, daß diese Vermehrung der Stimmenzahl der starken Ausdehnung unserer Organisation seit den vorigen Wahlen voll entspricht.

Der Hauptpunkt unseres Programms bleibt auch bei dieser Wahl das allgemeine Wahlrecht. Gewiß haben wir, wenigstens für das Männerwahlrecht, diesmal starke Aussicht dieses langjährige Hauptziel unserer Agitation zu erreichen: Sämtliche bürgerliche Parteien haben es jetzt als ersten Punkt auf ihr Wahlprogramm gesetzt, wenn auch bei den Klerikalen in Form eines Familienoberhaupt- und Selbständigenwahlrechts. Dennoch besteht die Gefahr, daß durch den Kampf um die Handelspolitik (die Regierung will die geltenden Einfuhrzölle mehr als verdoppeln) die Schulfrage, die Form der Arbeiterversicherung und um die reaktionären Bestimmungen der Verfassungsvorlage die Wahlrechtsfrage im Wahlkampf in den Hintergrund gedrängt werden könnte. Um dieser Gefahr vorzubeugen, faßte nun der Parteitag auf Antrag des Parteivorstands den Beschluß am Tag vor der offiziellen Kandidatenaufstellung, die innerhalb der beiden letzten Wochen vor dem Wahltag erfolgen muß, im ganzen Land große Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen zu veranstalten, und zwar in den beiden größten Städten des Landes, in Amsterdam und Rotterdam, in Verbindung mit einem halbtägigen Streik. Die Begeisterung, mit der dieser Vorschlag vom Utrechter Parteitag aufgenommen wurde, bürgt für sein Gelingen.

Aber nicht nur bei der Hauptwahl sondern auch bei den Stichwahlen werden wir unsern ganzen Einfluß geltend machen müssen, um einen möglichst großen Teil unserer Forderungen durchzusetzen. Zu diesem Zweck hat der Parteitag unsere mit Stimmeneinheit votierten Stichwahlbedingungen festgestellt. Genosse Troelstra, der im Auftrag des Parteivorstands die vorgeschlagenen Stichwahlbedingungen begründete, ließ keinen Zweifel darüber, welche der beiden großen bürgerlichen Parteigruppen wir in der Stichwahl zu unterstützen gedenken. Die klerikale Partei mit ihren reaktionären Plänen scheidet für uns selbstverständlich vollkommen aus. Aber auch das liberale Wahlprogramm kann nicht ohne weiteres als Grundlage für unsere Stichwahlunterstützung angesehen werden. Es gewährt den vielen unsicheren Kantonisten in den Reihen der Liberalen einen viel zu breiten Spielraum für reaktionäre Gelüste. Unsere Stichwahlbedingungen sollen dazu dienen solche Möglichkeiten auszuschalten und die Liberalen noch weiter in der Richtung unserer Forderungen vorwärts zu drängen. So werden wir keinem Kandidaten in der Stichwahl unsere Stimme geben, der sich nicht darauf verpflichtet: 1. das allgemeine Wahlrecht und die zu seiner Einführung erforderliche Verfassungsrevision als dringendste, das heißt als diejenige Forderung anzuerkennen, der der Vorrang vor jeder andern Reform zukommt; 2. jede Machtverstärkung der Ersten Kammer abzulehnen und 3. dafür einzutreten, daß bereits vom 1. Januar 1914 an eine beitragsfreie Arbeiterversicherung als vorläufige, später zu erweiternde Maßnahme eingeführt wird. Auch damit sind wir noch nicht genügend davor geschützt, daß die Liberalen ihr eigenes Programm schließlich im Stich lassen. Auch in Deutschland ist ja die liberale Neigung bekannt bei Stichwahlen zu dem reaktionären

Gegner überzugehen, statt den sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen, der ihr eigenes Programm vertritt. Um solchen Möglichkeiten diesmal vorzubeugen, hat der Parteitag einen Zusatz zu der Stichwahlresolution angenommen, der den Parteivorstand ermächtigt, auch »die Unterstützung der Kandidaten, die sich auf unsere Bedingungen verpflichtet haben, eventuell von einer Unterstützungszusage bestimmter, in der Stichwahl stehender Kandidaten unserer Partei durch die Liberalen abhängig zu machen, sobald der Parteivorstand dies als notwendig erachtet, um ein Ergebnis zu erzielen, das den Bestrebungen unserer Partei am meisten entspricht«. Diese Bestimmung stellt eine Neuerung in unserer Parteitaktik dar. In früheren Jahren pflegten wir stets die bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen, die unser Stichwahlprogramm annahmen, ohne dagegen von ihnen die Unterstützung unserer Stichwahlkandidaten gegen die Reaktionen zu fordern. Wie wir dabei fuhren, zeigt der Stillstand der Mitgliederzahl unserer Kammerfraktion seit 12 Jahren und die unverhältnismäßig große Zahl der reaktionären Kammermitglieder, die auf unsere Kosten mit liberaler Hilfe gewählt sind. Wir haben alle Ursache ein derartiges Verhalten der Liberalen zu bekämpfen, und zwar nicht nur im Interesse unserer Partei sondern in dem der gesamten Arbeiterschaft. Daneben ist unstreitig das Verhalten der Liberalen in den Stichwahlen eine viel schärfere Probe für die Aufrichtigkeit ihrer fortschrittlichen Gesinnung als ihr Programm allein. Gerade auch diese Überlegung hat wohl den Parteitag veranlaßt die taktische Neuerung einstimmig gutzuheißen.

So hat der Utrechter Parteitag der Sozialdemokratie ein tüchtiges Rüstzeug für die kommenden Wahlen gegeben und einer Verstärkung der Macht der Arbeiterklasse vorgearbeitet. Die *Bremer Bürgerzeitung* freilich meint, unser Parteitag habe »ein trauriges Bild des reformistischen Verfalls« geboten. Indes, da dieses Blatt über die deutsche Partei nicht günstiger urteilt, befindet sich die holländische Partei ja in guter Gesellschaft. In welcher Weise dieses Organ aber zu seinem Urteil kommt, sei nur an zwei Beispielen gezeigt. Die Bremer Redaktion schreibt: die Liberalen, die wir (unter gewissen, in Bremen mit keinem Sterbenswörtchen erwähnten Bedingungen) bei den Stichwahlen unterstützen wollen, unter anderm, weil sie das allgemeine Männerwahlrecht auf ihr Programm gesetzt haben, würden sich dafür mit einem »auf gewisse Gruppen der b e s i t z e n d e n Frauen beschränkten Wahlrecht« revanchieren. Das schreibt der Verfasser des Artikels, obwohl er als Leser der holländischen Presse weiß, daß das liberale Wahlprogramm die Bestimmung enthält, das Frauenwahlrecht dürfe nie an Besitzgrenzen gebunden sein. Ferner führt er als besonders schlimmes Zeichen die Tatsache an, daß der Parteitag den Beschluß faßte den sogenannten *roten Dienstag*, das heißt die Haager Wahlrechtsdemonstration, nicht mehr an einem Wochentag zu veranstalten. Er verschweigt aber, daß statt dessen in Amsterdam und Rotterdam am 2. Juni zwei Wahlrechtsdemonstrationen an einem Wochentag veranstaltet werden sollen, daß also zweifellos noch viel größere Massen für das Wahlrecht feiern werden als früher. So schreibt man in Bremen Geschichte, und so unterrichtet man die Leser, die es nicht besser wissen können.

Nun, Genosse Scheidemann, der als Vertreter des deutschen Parteivor-

stands unserm Parteitag beiwohnte, wird wohl einen ganz andern Eindruck nach Deutschland mitgenommen haben. Er hat aus der kampfesfrohen Tagung sicherlich die Überzeugung gewonnen, daß die holländische Sozialdemokratie als eine würdige Vertreterin der sozialistischen Internationale in wahrhaft proletarischem Sinn für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpft.

XX ROBERT SEIDEL · GETREIDEVERSORGUNG UND GETREIDEMONOPOL IN DER SCHWEIZ

1 · EINLEITUNG

IM Jahr 1912 hat der schweizerische Nationalrat, das heißt die schweizerische Volksvertretung, sich 2mal in längeren Beratungen mit der Frage der Getreideversorgung und des Getreidemonopols beschäftigt. Diese Tatsache muß als wichtig hervorgehoben werden, um so mehr als beide Male die Anregung zur Beratung von Mitgliedern der bürgerlichen Parteien ausging. Das eine Mal war es der Linksdemokrat, Advokat Scherrer-Füllemann aus Sankt Gallen, der bei der Behandlung des Geschäftsberichts des Bundesrats an seine Motion vom Jahr 1908 betreffend Einführung des Getreidemonopols erinnerte und dadurch eine Erörterung der wichtigen Frage hervorrief; und das andere Mal war es der katholisch-demokratische Getreidehändler Balmer aus dem Bauernland Luzern, der mit Genossen aus allen bürgerlichen Parteien eine Motion betreffend vermehrte Getreideversorgung der Schweiz begründete und dadurch die Frage des Getreidemonopols in den Fluß der Beratung brachte. Die schweizerische Volksvertretung hat sich insgesamt in 4 Jahren 3mal mit dem Getreidemonopol beschäftigt, nämlich 1908 1mal und 1912 2mal. Alle 3 Male geschah es durch das Vorgehen bürgerlicher Politiker.

Diese Tatsache könnte den Schluß nahelegen, daß die Forderung einer bessern Getreideversorgung und eines Getreidemonopols für das Schweizer Volk aus den bürgerlichen Parteien herausgewachsen sei. Allein dieser Schluß wäre falsch. Der Gedanke eines staatlichen Getreidemonopols in der Schweiz ist vielmehr ein sozialistischer Gedanke, und die Forderung eines staatlichen Getreidemonopols als Mittel der besten Getreideversorgung des Schweizer Volkes ist eine sozialdemokratische Forderung. Und zwar ist diese Forderung schon alt, älter als ein Menschenleben. Die sozialistische Gesellschafts- und Lebensanschauung und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung sind der Boden, aus dem der Gedanke des staatlichen Getreidehandels und des staatlichen Getreidemonopols natürlich kräftig hervorgewachsen ist.

2 · DIE ERSTE VOLKSBEWEGUNG FÜR DEN STAATLICHEN GETREIDEHANDEL

NACH dem deutsch-französischen Krieg 1870-1871 stiegen die Getreidepreise stark, sie standen 1874 so hoch wie seither nie. Von 1874 an gingen sie zwar zurück, aber die Brotpreise folgten, wie gewöhnlich, diesem Rückgang nur sehr langsam. Da 1877 eine allgemeine Geschäftskrisis einsetzte, so entstand für die Arbeiterschaft eine fühlbare Teuerung, vergleichbar derjenigen unserer Tage. Im Jahrzehnt von 1870 bis 1880 standen die Getreidepreise in der Schweiz im Durchschnitt auf 33 Franken 30 Centimes für 100 Kilo Weizen. Dieser

Durchschnittspreis wurde nur von dem des Jahrzehnts von 1810 bis 1820 übertroffen, und zwar nur um 2 Franken 80 Centimes. Und doch fielen in dieses Jahrzehnt die beiden berüchtigten Hungerjahre von 1816 und 1817, wo die Getreidepreise am höchsten während der Zeit von 1770 bis auf die Gegenwart standen. Aus diesem Stand der Getreidepreise seit 1770 geht also hervor, daß die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts Jahre hoher Brotpreise waren. Hohe Brotpreise aber machen sich dem lohnarbeitenden Volk am ehesten und stärksten fühlbar. Steigende Brotpreise haben bekanntlich ein Steigen der Vergehen und Verbrechen, ein Steigen der Todesfälle sowie ein Fallen der Geburten zur Folge.

Die hohen Brotpreise und die schlechte Lage der Arbeiterschaft veranlaßten 1877 den Arbeiterverein Töb bei Winterthur die Frage des staatlichen Getreidehandels beim zürcherischen kantonalen Arbeiterkomitee anzuregen. Das kantonale Arbeiterkomitee (die Parteileitung) nahm die Anregung auf und brachte sie vor den zürcherischen sozialdemokratischen Parteitag, der am 20. Januar 1878 in Winterthur stattfand. Dort wurde die Anregung von dem Verfasser dieses Artikels, als Leiter der Geschäfte des *Schweizerischen Arbeiterbundes*, sowie von dem Genossen Greulich unterstützt. Auf meinen Antrag erklärte sich der Parteitag mit dem Antrag des Arbeitervereins Töb auf »staatliche Anhandnahme des Getreidehandels« einverstanden und beauftragte das kantonale Komitee »die nötigen Schritte zur Ausführung dieses Antrags zu tun«. Das kantonale Komitee griff nun zur verfassungsmäßigen Volksinitiative. In kurzer Zeit kamen mehr als 6000 Unterschriften von stimmberechtigten Bürgern zusammen, die das Verlangen unterstützten dem Volk des Kantons Zürich folgende Frage zur Entscheidung vorzulegen: »Soll der Staat den Getreidehandel an Hand nehmen?« Fast die ganze bürgerliche Presse zog gegen den Staatsgetreidehandel zu Felde. Dabei standen der Presse die Getreidehändler und Großmüller zur Seite, die mit den Waffen der fachmännischen Autorität gegen den jungen Staatssozialismus siegesbewußt auftraten. Die Arbeiterorganisation und Arbeiterbewegung aber gingen schlecht in den Kinderschuhen einher; sie waren jung und schwach; es fehlten ihnen die einflußreichen Zeitungsorgane, und es fehlten ihnen die geistigen Kräfte und materiellen Mittel zur kraftvollen Agitation für den staatlichen Getreidehandel. Mehr noch: Die Frage des staatlichen Getreidehandels war im Zeitalter der bürgerlichen Gesellschaft ganz neu; nicht einmal die sozialistische Bewegung hatte sie vorher aufgeworfen. Wer hatte die Sache in der Praxis studiert? Wer kannte die Geheimnisse der Getreidehändler, Müller und Bäcker? Wer konnte die Rechnungen und Gründe der fachmännischen Autoritäten der Gegner untersuchen und widerlegen? Die Lage war für die Sache sehr schlecht, zumal auch die Regierung in ihrer Botschaft ans Volk den staatlichen Getreidehandel bekämpfte, und die der Sozialreform sehr freundlichen, einflußreichen Demokraten mit zur großen Armee der Gegner stießen. Die schwache sozialdemokratische Arbeiterschaft stand also allein, völlig allein.

In dieser Not griff ich, der ich eine mehrjährige Praxis in einer hohen kaufmännischen Vertrauensstellung hinter mir hatte, zur Feder und schrieb eine ganze Reihe von Artikeln für die *Zürcher Tagwacht*, deren Mitarbeiter ich seit 1870 war. In diesen Artikeln wurden den Rechnungstäuschungen der Gegner richtige Rechnungen über den Gewinn der Getreidehändler entgegen-

gesetzt, und es wurde gezeigt, daß dieser Gewinn groß sei; die wirtschaftlichen und historischen Einwände der Gegner wurden widerlegt, es wurde die Nützlichkeit, Durchführbarkeit und soziale Bedeutung des staatlichen Getreidehandels dargetan. Diese Artikel wurden dann von der *Volksbuchhandlung* in Zürich-Hottingen als Broschüre herausgegeben, unter dem Titel *Der staatliche Getreidehandel oder Wie kommt das Volk zu billigem Brot?* Kurz vor der Volksabstimmung vom 5. Mai 1879 erschien in einem angesehenen Züricher Blatt ein anonymer Artikel, worin behauptet wurde, meine Rechnungen über die Gewinne der Getreidehändler seien absolut falsch: sie betrügen nicht beinahe 5 Franken sondern nur 26 Centimes für 100 Kilo Weizen. Ich wies sofort nach, daß die Rechnung des Gegners gefälscht sei; ich führte meine Rechnungsbelege vor und forderte den Gegner auf die seinigen vorzuführen. Aber der Gegner schwieg bis auf diesen Tag. Bis auf diesen Tag wurde meine Rechnung niemals durch eine Gegenrechnung auch nur zu widerlegen versucht. Gleichwohl wurde immer von neuem die Behauptung wiederholt, die Getreidehändler verdienten nichts. Als ich später, 1889, einen Feldzug für das Getreidemonopol begann, rechnete ein Getreidehändler in Bern aus, der Gewinn der Getreidehändler betrage nur 24 Centimes am Doppelzentner. Ich wies ihm sofort öffentlich nach, daß seine Rechnung falsch oder gefälscht sei. 1897 erklärte ein Müller in Zürich, die Müller arbeiteten mit einem Verlust von 40 Centimes pro Doppelzentner. 1908 ließ sogar ein Genosse die armen 24 Centimes Gewinn der Getreidehändler auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Olten gegen mich aufmarschieren, um für die Lösung der Getreidefrage durch die Konsumgenossenschaften Propaganda zu machen. Aber, wenn der Verdienst der Getreidehändler doch so lumpig ist, warum wollen dann die Konsumvereine den Handel betreiben?

Welches Schicksal hatte nun 1879 unsere Initiative im Kantonsrat? Dort wurde sie mit allen gegen 5 Stimmen begraben. Es saß eben damals noch nicht ein einziger Sozialdemokrat im kantonalen Parlament. Anders gestaltete sich das Schicksal der Initiative in der Volksabstimmung. Da stimmten von 100 stimmenden Bürgern 36 für den staatlichen Getreidehandel, obgleich unsere Partei fast gar nichts für die Agitation hatte tun können. Der erste Kampf für den staatlichen Getreidehandel in den Jahren 1878 und 1879 endete also mit einer sehr ehrenvollen Niederlage in der Volksabstimmung und mit einem noch ehrenvollern moralischen Sieg der Idee des staatlichen Getreidehandels; denn in der Presse war mit nachgewiesenen Fälschungen gegen die Sache gekämpft worden, und im Rat mit ganz nichtigen, hinfälligen Einwänden.

3 · EINE INTERESSANTE AUSEINANDERSETZUNG ÜBER STAATSBETRIEB VOR 30 JAHREN

IN den Jahren 1880 und 1881 wurde die wirtschaftliche Lage so schlecht, daß der alte *Schweizerische Arbeiterbund* zusammenbrach, daß viele Gewerkschaften und Arbeitervereine sich auflösten, und die übrigen Mühe hatten sich am Leben zu erhalten. Ein allgemeiner Niedergang der Arbeiterbewegung trat ein. Das Sozialistengesetz Deutschlands brachte eine allgemeine Reaktion gegen den Sozialismus. Das war keine Zeit zur Erörterung der Frage des staatlichen Getreidehandels. Es gab Nötigeres zu tun. Man mußte sich wehren und die Verwundeten pflegen.

Im Herbst 1884 wurde jedoch der Kampf für billiges Brot und Verstaatlichung des Getreidehandels wieder aufgenommen, und zwar in der Züricher *Arbeiterstimme*, die an die Stelle der *Tagwacht* getreten war. Die *Vossische Zeitung* hatte von einem »unerhört wucherischen Gewinn« der Pariser Bäcker berichtet. Ich wies nach, daß dieser wucherische Gewinn der Pariser Bäcker genau mit dem der Züricher Bäcker von 1877 und 1878 übereinstimme, den ich vor 5 Jahren in meiner Schrift über den staatlichen Getreidehandel berechnet hatte. Der *Sozialdemokrat*, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, das in Zürich herausgegeben wurde, brachte zu gleicher Zeit eine Notiz über einen in Deutschland gemachten Vorschlag der Verstaatlichung des Getreidehandels. Der Einsender jener Notiz lehnte zwar den Vorschlag für einen Staat »wie das Deutsche Reich« ab, ließ ihn aber für einen demokratischen Staat gelten. Er sagte ausdrücklich: »Daß es ein großer Vorteil wäre, wenn der Getreidehandel in demokratischer Weise verstaatlicht, das heißt von einem demokratischen Staat im Interesse der Konsumenten, das ist des gesamten Volkes, monopolisiert würde, das wollen wir durchaus nicht bestreiten.« Genau 12 Zeilen später meinte der selbe Einsender jedoch, auch in einem demokratischen Staat wie die Schweiz würden die Vorteile des staatlichen Getreidehandels »im ganzen nur ziemlich gering sein«. Die Hauptsache sei die Verstaatlichung der Produktion. »Was verstaatlicht werden muß, das ist die Getreideproduktion, der gesamte Ackerbau.« Die brüchige Logik dieser Argumentation veranlaßte die Redaktion (Genossen Bernstein) zu einer Fußnote. Darin wurde die Verstaatlichung des Getreidehandels für den deutschen »reaktionären Klassenstaat« zwar auch abgelehnt, dem Einsender gegenüber aber folgende treffende Bemerkung gemacht: »Wer den Handel beziehungsweise die Verteilung der Erzeugnisse irgendeines Wirtschaftszweigs in der Hand hat, der hat einen so nachhaltigen Einfluß auf die Produktion selbst, daß da, wo der Wille dazu vorhanden ist, von der Übernahme der Verteilung (des Handels) bis zur Übernahme der Produktion überhaupt nur ein Schritt ist.« Mit dieser Bemerkung stellte sich die Redaktion des *Sozialdemokraten* auf den Standpunkt, der von der schweizerischen Sozialdemokratie 1881 in ihrem Bericht an den internationalen sozialistischen Kongreß vertreten worden war. In diesem von mir verfaßten Bericht wurde ausgeführt, daß die Verstaatlichung und Vergemeindlichung des Verkehrs und des Handels das Einfachere, Natürlichere, Leichtere und dem Volk Verständlichere sei als die Verstaatlichung der Produktion. Die Verstaatlichung des Verkehrs und Handels müsse der Verstaatlichung der Produktion vorausgehen.

An die Notiz im *Sozialdemokraten* knüpfte ich dann an, um die Verstaatlichung des Getreidehandels für die Schweiz in der *Arbeiterstimme* zu verteidigen. Für die Schweiz würde selbst die Verstaatlichung des Ackerbaus die Verstaatlichung des Getreidehandels nicht überflüssig machen. Denn die Schweiz sei auf eine große Einfuhr von Getreide angewiesen, nur den kleinern Teil ihres Bedarfs könne sie durch die eigene Produktion decken. In einem demokratischen Staatswesen, wo das Volk durch Abstimmung über die Gesetze entscheide, sei die Frage nicht die, ob die Verstaatlichung der Güterverteilung oder die Verstaatlichung der Gütererzeugung das Bessere sei, sie laute vielmehr: auf welchem Weg komme man am raschesten zum Gemeinbetrieb der Produktion. Logik und Erfahrung geben darauf die Antwort: auf dem Weg der Verstaatlichung von Handel und Verkehr. Die Verstaat-

lichung von Verkehr und Handel bleibe also für die schweizerische Sozialdemokratie der wichtigste Programmpunkt, und die Verstaatlichung des Getreidehandels im besondern sei und bleibe für die Schweiz eine Notwendigkeit.

So 1884. Ist diese Auffassung nicht heute noch gültig?

4. DAS STAATLICHE GETREIDEMONOPOL ALS MITTEL DER LANDESVERTEIDIGUNG UND RETTUNGSANKER DER MÖLLEREI

WARUM verlangten die Züricher Sozialdemokraten 1878-1879 nur den staatlichen Getreidehandel und nicht das staatliche Getreidemonopol? Weil sie kurz vorher durch die Bundesversammlung belehrt worden waren, ein kantonales Monopol sei nicht zulässig. Das Volk des Kantons Zürich hatte sich, auf Grund einer Volksinitiative der Sozialdemokraten, für ein kantonales Banknotenmonopol entschieden, allein das Bank- und Geldherrentum lief Sturm gegen diesen Volksentscheid, und die Bundesversammlung untersagte dem Kanton Zürich die Einrichtung des Banknotenmonopols. Dadurch waren die Züricher Sozialdemokraten gewitzigt, und sie forderten nur, der Staat solle den Getreidehandel in Konkurrenz mit den privaten Getreidehändlern betreiben. Auch die *Grütlivereine* und Arbeitervereine von Appenzell hatten, angeregt durch die Züricher, beschlossen vom Regierungsrat und Kantonsrat zu verlangen, sie möchten die Übernahme des Getreidehandels durch den Staat in Beratung ziehen und der nächsten Landgemeinde eine Gesetzesvorlage zur Annahme oder Verwerfung unterbreiten. Die Forderung des Staatsbetriebs für den Getreidehandel wurde also in den siebziger Jahren nur auf kantonalem Boden gestellt, nicht auf eidgenössischem.

Da erlebte die Welt um die Jahreswende von 1887 auf 1888 eine großartige Ringbildung und Preistreiberei auf dem Kupfermarkt. Ein Ring französischer Finanzleute trieb den Preis des Kupfers um 100 % in die Höhe und strich 42 Millionen Franken ein. Auch die Aktien der Kupferbergwerke stiegen gewaltig. Als jedoch die Bergleute eines der größten Kupferbergwerke Spaniens, als die Arbeiter von Rio Tinto die Arbeit einstellten, um bessern Lohn und gesündere Arbeitsbedingungen zu erreichen, da wurden den Unternehmern Truppen gesandt, und diese töteten 45 und verwundeten 70 der streikenden Bergarbeiter. Diese in der Presse vielbesprochenen Vorgänge benutzte ich, um die Forderung eines eidgenössischen Getreidemonopols zum erstenmal aufzustellen. Ich schrieb im Frühjahr 1888 in einem radikal demokratischen Glarner Blatt: »Was die Geldfürsten heute mit dem Kupfer, das können sie morgen mit jedem andern Artikel des Weltmarkts vornehmen, zum Beispiel mit dem Getreide.« Dem könnte dadurch vorgebeugt werden, »daß der Staat den Getreidehandel monopolisierte«. Bei einem Krieg müßte der Staat ohnehin die Beschaffung von Getreide in die Hand nehmen, wenn wir nicht in kürzester Zeit ausgehungert sein wollten. »Unsere Armee, unsere Befestigungen sind rein zwecklos, ohne genügende Verproviantierung mit dem wichtigsten Nahrungsmittel, mit dem Getreide. Heute aber befindet sich der Handel mit dem Getreide in Privathänden, und die Lagerhäuser dieser Händler sind an den Grenzen, in Romanshorn und Genf.« Dieser Artikel zugunsten eines staatlichen schweizerischen Getreidemonopols wurde von mehreren Blättern nachgedruckt und erweckte

in der ganzen Presse ein Echo. Dies veranlaßte mich bald darauf 2 Artikel über *Getreidehandel und Landesverteidigung* folgen zu lassen, die noch mehr Wiederhall in der öffentlichen Meinung fanden. Meine Prophezeiung von einem Getreidering war nämlich bereits in Erfüllung gegangen: Wien hatte einen Maisring gehabt. Dieser Ring hatte den Preis des Mais von 5,7 auf 7 Gulden getrieben. Wie nahe lag die Möglichkeit eines Rings der Getreidehändler zur Ausbeutung des Schweizervolks. Ich wies nach, daß keinem Land so leicht wie der Schweiz die Zufuhren abgeschnitten werden könnten. Den Feinden des Staatssozialismus gegenüber verteidigte ich das staatliche Getreidemonopol, verlangte dessen Organisation in Friedenszeit, um für den Krieg gerüstet zu sein, prophezeite einen offenen oder geheimen Ring der schweizerischen Getreideeinfuhrhändler und stellte dem Schweizervolk die Alternative: »Entweder P r i v a t monopol des Getreidehandels, das dich ausaugt, ja dich aushungern und zum Verlust deiner Unabhängigkeit führen kann, oder S t a a t s monopol des Getreidehandels zu deinem Wohl und zum Schutz deines herrlichen Vaterlands. Schweizervolk, wähle!«

Wie leichtfertig damals noch über die Getreideversorgung der Schweiz geschrieben wurde, das mag aus folgender Tatsache hervorgehen. Der in Bern sitzende Berichterstatter eines großen schweizerischen Blattes, der Mitteilungen über staatliche Getreideankäufe für das Milizheer aus dem Bundeshaus brachte, schrieb, es sei gar nicht denkbar, daß in Zukunft die Versorgung der Schweiz mit Brotfrüchten irgendwelchen fühlbaren Mangel erleiden könnte. 24 Jahre später, im Jahr 1912, wurde ich mit meinen Darlegungen aus dem Jahr 1888 durch die schon erwähnte Motion der bürgerlichen Politiker im Nationalrat betreffend vermehrte Getreideversorgung glänzend gerechtfertigt. Alle bürgerlichen Redner klagten jetzt über die schlechte Getreideversorgung, und ich konnte nachweisen, daß sie schon alt und schon vor Jahrzehnten öffentlich angezeigt worden sei.

Im Jahr 1888 wurde der staatliche Getreidehandel auch als Forderung des Tages in das Arbeitsprogramm der reorganisierten schweizerischen sozialdemokratischen Partei aufgenommen. 1892 erklärten sich sowohl die Delegiertenversammlung des *Grütlivereins*, der noch nicht in der sozialdemokratischen Partei als Ganzes dabei war, sowie der sozialdemokratische Parteitag für das Getreidemonopol. Der Parteitag gab sogar dem Parteivorstand Vollmacht jederzeit die Volksinitiative zur Einführung des Getreidemonopols zu ergreifen, sofern die politische Lage dies erfordern sollte. Die Begründung zu diesem Beschluß lautete: »Der Parteitag erblickt im Staatsmonopol für den Getreidehandel nicht nur eine höchst wichtige und notwendige Maßregel der Sozialreform sondern auch das einzige Mittel, um unsere Landesverteidigung vollständig zu machen, und Armee und Volk in Kriegszeiten vor schweren Katastrophen und Heimsuchungen zu bewahren.«

1895 erklärte sich der *Schweizerische Bauernbund* für das Getreidemonopol, jedoch mit der Zweckbestimmung, daß das gesamte zum Verkauf stehende schweizerische Getreide zu einem den inländischen Produktionskosten entsprechenden Preis aus dem Monopolgewinn angekauft werde. Er wollte also das Getreidemonopol zum Nutzen der Bauern und zur Förderung des Getreidebaus im eigenen Land einführen, und zwar durch eine Volksinitiative. Allein diese kam ebenso wenig zur Ausführung wie die der sozial-

demokratischen Partei von 1892. Dagegen erklärten sich Partei und *Grütliverein* auf ihren Tagungen von 1897 und 1898 neuerdings für das Getreidemonopol, und die geeinte Partei schrieb es 1904 ins neue Parteiprogramm ein. Für die praktische Durchführung der Sache geschah jedoch nichts.

Da nahm sich die *Demokratische und Arbeiterpartei* Sankt Gallens (Demokraten und Sozialdemokraten) der Sache an. Sie berief mich im Februar 1908 zu einer öffentlichen Versammlung nach Sankt Gallen. Dieser Versammlung legte ich eine Reihe von Thesen vor, denen sie mit Begeisterung zustimmte; sie beschloß auch die Ergreifung der Volksinitiative. Das größte Handelsblatt der Schweiz, die *Neue Züricher Zeitung*, bekämpfte aber mit Vehemenz das Monopol. Ich deckte nun in einem Artikel die Hohlheit ihrer Argumente so gründlich auf, daß die *Neue Züricher Zeitung* sich weigerte den Artikel und seine Thesen aufzunehmen. Nun sandte ich den zurückgewiesenen Artikel mit einer Darlegung des Hergangs an die ganze schweizerische Presse, und dadurch fand die Sache nur um so größere Verbreitung und lebhafteres Interesse im Volk.

Aber nicht nur die Getreidehändler sondern auch die Müller bekämpften das Getreidemonopol, das als Getreideeinfuhr- und Müllereimonopol geplant war. Kaum waren die Artikel der Müller gegen das Getreidemonopol erschienen, da trat ein geradezu dramatisches Ereignis ein. Der *Schweizerische Müllerverband* erklärte sich einstimmig für das Getreidemonopol und begrüßte die von der *Demokratischen und Arbeiterpartei* Sankt Gallens beschlossene Initiative. Woher diese Wendung? Weil die schweizerische Müllerei schwer unter der Konkurrenz der deutschen Mehleinfuhr litt. Der *Schweizerische Müllerverband* erklärte in seinem alle Welt überraschenden Beschluß: »Das Getreide- und Mehlmonopol ist das sicherste Mittel dem fortschreitenden Niedergang der schweizerischen Mühlenindustrie Einhalt zu gebieten.«

Bald darauf brachte der Präsident der ostschweizerischen demokratischen Partei, Scherrer-Fülleemann, im Nationalrat die bereits erwähnte Motion auf Prüfung der Einführung des Getreidemonopols durch den Bundesrat ein, und der Nationalrat nahm die Motion an. Der Bundesrat ließ die Sache prüfen und Entwürfe ausarbeiten, die bis heute noch in der Schublade liegen. Während früher immer behauptet worden war, das Getreidemonopol sei durch den Staat gar nicht ausführbar, wurde 1908 offiziös verkündet, es lasse sich sehr leicht ausführen, und im Dezember 1912 hat Bundesrat Motta im Nationalrat erklärt, das Monopol sei technisch ausführbar.

Der sozialistische Gedanke hat also nach 30jähriger Arbeit gesiegt, obgleich das staatliche Getreidemonopol noch vor wenig Jahren als sozialistischer Schwindel und als Utopie bezeichnet worden war.

5 · DIE NOTWENDIGKEIT DES GETREIDEMONOPOLS FÜR DIE SCHWEIZ

MANCHER Gebildete im Ausland hält die Schweiz noch für ein Land der Hirten. Aber auch die Schweiz, noch vor 40 Jahren ein Land der Bodenwirtschaft, geht den Weg der Industrialisierung. Die landwirtschaftliche Bevölkerung ist absolut und prozentual stark zurückgegangen. 1870 beschäftigten sich 41,8 % der Bevölkerung mit der Landwirtschaft, 1900 nur noch 31,6 %, jetzt noch weniger.

Aber die Landwirtschaft hat nicht nur einen Rückgang der bei ihr beschäftigten Bevölkerung aufzuweisen, sondern sie hat auch eine gewaltige innere Umwälzung erfahren. Der Ackerbau hat immer mehr abgenommen, und der Wiesenbau hat zugenommen. Früher baute man Getreide selbst in den hintersten Alpentälern bis an die Gletscher hinauf; heute ist aus manchen Alpentälern der Pflug völlig verschwunden. Der Kanton Zürich wies 1774 an Ackerland 46 %, an Wiesenland 28 % auf, 1885 aber nur 20 % Ackerland und 42 % Wiesenland, und seither ist das Wiesenland noch bedeutend mehr auf Kosten des Ackerlandes gewachsen. Der inländische Getreidebau liefert deshalb nur einen kleinen Teil des nötigen Getreides für das Schweizervolk; höchstens den 5., wahrscheinlich nur den 6. Teil. Es müssen deshalb 7 Millionen Doppelzentner Getreide eingeführt werden, darunter 5 Millionen Doppelzentner Brotgetreide. Wir sind dem Ausland dafür mit 160 Millionen Franken tributpflichtig. Außer England hat die Schweiz die verhältnismäßig größte Getreideeinfuhr von allen Ländern Europas. Während sie früher aus den Bodenseeländern ihren Getreidebedarf bezog, sind mit der Entwicklung des Verkehrswesens die Bezugsländer für Getreide immer weiter von der Schweiz in die Ferne gerückt. Die Getreidequellen entfernten sich auch deshalb immer mehr von der Schweiz, weil die Industrialisierung der europäischen Länder immer mehr zunahm und infolgedessen ihr Ackerbau abnahm, und schließlich wichen die Getreidequellen immer weiter vor der Schweiz zurück. In den siebziger und achtziger Jahren deckte die Schweiz ihren Hauptbedarf an Getreide aus Österreich-Ungarn, heute aus Rußland und Rumänien; bedeutend sind die Einfuhren auch aus Kanada, den Vereinigten Staaten und Argentinien. Da diese Getreideeinfuhr ihrer Natur nach Großbetrieb ist, so liegt sie in den Händen einer kleinen Zahl von Großkaufleuten, und ist deshalb ein Privatmonopol. Das Schweizervolk ist mit seiner Brotversorgung von einer Handvoll Großkapitalisten abhängig, die zum Teil Ausländer sind und sogar im Ausland wohnen. Welch merkwürdiger Zustand für ein freies Volk, und welche Gefahr für dessen Volkswirtschaft, für dessen wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit und Freiheit! Wie, wenn diese Getreideherren gleich den Müllern Ringe oder einen Ring bildeten? Das gebietet ja ihr Interesse, und das ist ihr gesetzliches, gutes Recht.

Gegen das Privatmonopol, gegen die Ringe der Müller und Getreidehändler gibt es nur ein wirksames Mittel: das staatliche Getreidehandels- und Mülereiemonopol. Die Getreidehändler, als einzelne wie als wirtschaftliche Gruppe, haben kein Interesse an der Getreideversorgung des Volkes, sie haben eher ein Interesse an dem Getreidemangel des Volkes, denn beim Mangel steigt der Preis des Getreides. Die Privatgetreidehändler können weder das Interesse noch den Willen zur Getreideversorgung des Volkes haben. Getreideversorgung bedeutet bewußte Sorge für des Volkes Brot, bedeutet Einrichtungen zu dem Zweck das Volk im Frieden und im Krieg mit einem genügenden Vorrat an Getreide zu versehen. Solche Einrichtungen gibt es in der Schweiz so wenig, wie in einem andern Land; es gibt keine bewußte, organisierte Getreideversorgung für das Volk. Das war früher anders. Es gab eine Getreideversorgung. In der Gesellschaft des Mutterrechts, in der Gesellschaft der Geschlechtsgenossenschaft und des Stammes war sie vorhanden. Man hat bei den Wilden in Speichern Getreidevorräte für 3 Jahre gefunden. In der Zeit des Mutterrechts sind die Frauen Verwalter

der Getreidevorräte. Im Altertum gab es Fürsorge für des Volkes Brot, ebenso im Mittelalter und in der Neuzeit. Im Mittelalter hatten die Städte ihre Getreideversorgung durch Kornhäuser, Getreide- und Brottaxen, Getreideverkehrsgesetze und selbst Getreidemonopole. Diese Einrichtungen erhielten sich zum Teil bis auf die neueste Zeit, bis zur bürgerlichen Gesellschaftsumwälzung. Auch der despotische Staat sorgte für des Volkes Brot. Das Evangelium des liberalen Manchestertums jedoch machte aller staatlichen Fürsorge ein Ende. Aber der Sozialismus, dieser große sittliche Erwecker der Völker und Erneuerer der Kultur, der Sozialismus hat diese Pflicht der staatlichen Fürsorge wieder erweckt. In Frankreich hat man bereits die Getreideversorgung von Staats wegen studiert. Frankreich mit seiner großen eigenen Getreideproduktion besitzt Vorräte von einer Ernte bis zur andern. Die Schweiz dagegen besitzt zuzeiten nur Vorräte für einige Wochen, selbst nur für einige Tage.

Für das Heer ist vorgesorgt; da werden Getreidevorräte gehalten, die für einige Monate ausreichen. Indes, das Heer macht nur den 4. Teil der stimmberechtigten männlichen Bevölkerung aus. Wir sollten aber mindestens für 6 Monate Getreidevorräte für das ganze Volk haben. Die Getreidelagerhäuser fehlen uns, denn die Getreidehändler haben keine gebaut. Baut aber der Staat solche, so benutzen die Getreidehändler sie nicht, selbst wenn man ihnen die Lagergebühr schenkt. Die schweizerischen Getreidehändler finden größern Vorteil darin heute ihre Lager in Kehl, Straßburg und Mannheim, also außer Landes, zu haben. Das ist die neueste Errungenschaft des Privatgetreidehandels in der Schweiz.

Der Sekretär des Schweizerischen Bauernbundes, Dr. Laur, veröffentlichte 1895 eine Schrift *Die Hebung des schweizerischen Getreidebaus durch ein Getreidemonopol*. Darin berechnete er auch den Gewinn der Getreidehändler, er kam auf einen solchen von 15 %. Bereits im Jahr 1879 hatte ich den Gewinn der Getreidehändler berechnet, ich war auf 16 und 17 % gekommen. Im Jahr 1889 hatte ich wieder eine Rechnung aufgestellt, und diese hatte das selbe Ergebnis geliefert. Man sieht, die Rechnungen des Führers des Bauernbundes und des Sozialisten stimmen bis auf 1 % überein. Auf die ganze Getreideeinfuhr des Jahres 1911 im Betrag von 165 Millionen Franken berechnet, würde das einen Gewinn von rund 24 Millionen Franken ergeben, auf die Weizen- und Roggeneinfuhr im Betrag von 113 Millionen allein berechnet, einen Gewinn von 16½ Millionen Franken. Dieser Gewinn ist zu hoch berechnet, sagt man, denn der Staat soll ja Vorräte halten, und das kostet viel Geld. Ja, der Staat soll Vorräte halten. Der Staat soll mindestens für 6 Monate Getreide auf Lager haben, und zwar in Lagerhäusern in allen Teilen des Landes und besonders in den vor feindlichen Angriffen sichereren inneren Teilen des Landes. Er muß also für 80 Millionen Franken Getreide lagern und verzinsen. Rechnen wir 5 % Zins für diese Lagerung, so würde dem Staat immer noch ein Gewinn von 10 bis 11 %, also ein Gewinn von 12 Millionen Franken bleiben. Allein nicht der Gewinn ist die Hauptsache beim staatlichen Getreidemonopol sondern die Versorgung des Volkes mit Getreide für den Frieden und den Krieg, und zur Wahrung der volkswirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit und Freiheit des Landes.

Aus der obigen Gewinnberechnung geht hervor, daß die Behauptung völlig

grundlos ist, das staatliche Getreidemonopol werde teureres Brot bringen. Diese Behauptung ist niemals durch Rechnungen oder auch nur durch Gründe gestützt worden: Man hat einfach behauptet, der Staatsbetrieb ist teurer. Tatsache ist jedoch, daß uns zum Beispiel der Staatsbetrieb der Eisenbahnen billigere Tarife, größere Sicherheit, bessere Fahrzeuge, schönere Bahnbauten, vermehrte Verkehrsgelegenheit, eine höhere und bessere Stellung des Bahnpersonals und zum erstenmal eine Schuldentilgung gebracht hat. Die Schweiz besitzt seit 1887 das Alkoholmonopol. Das hat zwar den Trinkspritpreis (mit Absicht) etwas verteuert, aber es hat in 25 Jahren 145 Millionen Reingewinn gebracht; es hat durch seine volkswirtschaftlichen Maßregeln den Alkoholkonsum um 30 % erniedrigt, und es hat zur Bekämpfung des Alkoholismus 10 Millionen verwendet. Ohne Monopol wären diese segensreichen Wirkungen nicht erzielt worden.

Zugleich mit dem Getreidehandelsmonopol verlangen wir auch das Müllerei-monopol. Die Getreidehändler sagen uns ja: Die Müller machen den Gewinn; wir verdienen nichts. Die Müller dagegen sagen: Die Getreidehändler werden reich, und wir armen Leute gehen zugrunde. In Wahrheit verdienen auch die Müller ein schönes Stück Geld. Der Bauernsekretär Dr. Laur berechnete den Gewinn der Müller 1895 auf 10 bis 24 % oder auf 2,48 bis 3,72 Franken auf den Doppelzentner Weizen. Herr Sigg, der Geschäftsführer des landwirtschaftlichen Seeverbands (Züricher See) und Abgeordneter der staatlichen Volkswirtschaftsdirektion, berechnete 1897 den Gewinn der Müller sogar auf 4 Franken für den Doppelzentner Weizen. Nehmen wir das Mittel aus diesen Zahlen, so würde das 3,40 Franken auf den Doppelzentner, oder auf den Weizenverbrauch der Schweiz von 1911 im Betrag von 4,4 Millionen Doppelzentnern einen Müllergewinn von rund 15 Millionen ausmachen. Meine Berechnungen des Müllergewinns vom Jahr 1879 stimmen mit diesen Rechnungen ganz überein. Die Verstaatlichung der Müllerei wird aber von uns nicht in erster Linie wegen des Gewinns gefordert sondern als notwendige Ergänzung des Getreidehandelsmonopols. Der Staat soll selbst mahlen und nicht bei den Privatmüllern mahlen lassen. Die Mühlen müssen zu Mehl-niederlagen und zu Vertriebsstellen der Mahlprodukte werden. Wir brauchen Mehl, um Brot zu backen; wir sind keine Körnerfresser mehr. Das Volk soll Herr des Mehles werden, und die Gemeinden und Genossenschaften sollen das Mehl des Staates verbacken. Das Getreide- und Mühlenmonopol liefert auch die beste Möglichkeit und die Mittel die Genossenschafts- und Gemeindebäckereien zu fördern. Diese Großbäckereien mit Maschinen- und ununterbrochenem Dreischichtenbetrieb können und sollen den teuren, volkswirtschaftlich verschwenderischen Kleinbetrieb im Bäckereigewerbe mit seinem Arbeiterelend ersetzen. Das Getreidemonopol wird zum Ausgangstor für den Gemeinde- und Genossenschaftssozialismus werden.

Das Schweizervolk hat eine historische Aufgabe erfüllt und soll sie weiter erfüllen. Es hat der Welt gezeigt, wie die Freiheit die Nationen zu einem Staatenbund eint. Wir kennen keinen Nationalitäten- und keinen Sprachenstreit und haben doch 4 Sprachen und 3 Nationen in einer Staatsgemeinschaft. Die Freiheit des Schweizervolks und seine staatliche Selbständigkeit können jedoch in einem europäischen Krieg nur aufrecht erhalten werden, wenn die Schweiz ihre Neutralität wohl schützen und verteidigen kann. Das

Schweizervolk opfert jährlich fast 50 Millionen, fast die Hälfte seiner Staatseinnahmen, fürs Milizheer. Diese Ausgaben erfüllen aber ihren Zweck nicht, wenn das Volk für den Kriegsfall nicht mit genügenden Getreidevorräten versehen ist. Tatsächlich ist das Volk zuzeiten ganz schlecht mit Brotvorrat versehen. Selbst mitten im Frieden ist es schlecht verproviantiert. 1906 stockten die Getreidezufuhren mitten im Frieden so sehr, daß die Getreidebörse von Zürich einen Not- und Hilferuf an den Bundesrat erließ. Aber der Bundesrat konnte auch nicht helfen. Der Rhein hatte kein Wasser; die Zufuhren den Rhein herauf blieben aus. In Genua lagen viele Tausende von Zentnern Getreide für die Schweiz, aber es kam nicht über die Berge, denn die italienischen Bahnen hatten keine Wagen. Die Gotthardbahn ließ der italienischen Bahnverwaltung 325 Wagen, aber selbst diese schweizerischen Wagen kamen nicht zurück. Selbst im Frieden kann also das wirtschaftliche und damit das soziale Leben des Volkes schwere Störungen durch Brotnot und Teuerung erleiden. Im Krieg gar wird die Schweiz sofort von allen Getreidezufuhren abgeschnitten. Die Schweiz muß also für Vorräte an Getreide sorgen, und das kann am besten und billigsten und für das wirtschaftliche Leben und die soziale Zukunft am heilsamsten durch das Getreidemonopol geschehen.

Der demokratische Volksstaat der Schweizerischen Eidgenossenschaft hat so große finanzielle, technische, geistige und moralische Hilfsmittel, daß er die Brotversorgung des Volkes durch ein Getreidemonopol leicht und gut durchführen kann. Wir Sozialdemokraten aber müssen mit aller Kraft das Staatsmonopol fordern und an dessen Einführung und Durchführung mitarbeiten. Wir müssen mitarbeiten, auch auf die Gefahr hin, daß das Monopol auf den ersten Wurf nicht ganz unseren Forderungen entspricht. Es wäre eine ganz unfruchtbare Grundsätzlichkeit, es wäre ein nihilistischer Doktrinarismus immer nur den Sozialismus zu fordern, ohne an seiner praktischen Einführung im Staat, in der Gemeinde und in der Genossenschaft zu arbeiten. Grundsätze sind da, um durch die Tat verwirklicht zu werden, nicht, um ewig mit Worten verkündigt zu werden.

Das Getreidemonopol ist ein Weg zum Sozialismus, es ist eine soziale Notwendigkeit.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Wilhelm Schröder

Wehr- und
Finanzvor-
lagen

Vom 7. bis zum 12. April
hat der Reichstag über die

Wehr- und die Deckungsvorlagen der Regierung in 1. Lesung verhandelt. Von der Einleitungsrede des Reichskanzlers hat die (zweifellos ungeschickte) Bemerkung über den Gegensatz zwischen Germanentum und Slawentum eine Auslegung erfahren, die die Absicht des Reichskanzlers in ihr Gegenteil zu verkehren drohte. Herr

von Bethmann Hollweg sah sich daher genötigt noch einmal ausdrücklich festzustellen, daß er an einen zum Krieg zwischen den Nationen drängenden Gegensatz der Rassen nicht glaube, daß er nur die panslawistische Agitation, die darauf hinarbeite, habe anklagen wollen. Diese an sich durchaus richtige, authentische Interpretierung seiner Worte hat indessen nicht hindern können, daß jene unvorsichtige Wendung von interessierter Seite ausgebeutet wurde. Der allgemeinen Begründung der Militärvorlage durch den Reichskanzler, die

auf der Verschiebung der europäischen Lage, namentlich durch die Ausschaltung der europäischen Türkei und die Bildung einer südslawischen Macht, basierte, folgte die militärisch-fachmännische durch den Kriegsminister; diese war indessen so dürftig gehalten, daß sie niemanden überzeugen konnte, der nicht schon überzeugt war, und daß sie den Redner des Zentrums veranlaßte spezialisierte Argumente für die Kommissionsberatung zu verlangen. Die Parteien selbst, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, erklärten, wie dies ja selbstverständlich war, der eigentlichen Wehrevorlage zustimmen zu wollen. Nur ein Redner des Zentrums, der ehemalige General Haeusler, führte aus, daß die gegenwärtige Art des Rüstens sehr bedenklich sei, und daß die Verstärkung und die Kräftigung der Armee durch militärische Reformen selber besser und sicherer zu erzielen seien. Diese Oppositionsrede eines ehemaligen Militärs erregte stärkere Sensation als der Redner selbst wohl beabsichtigt hatte, und sie wurde namentlich von der sozialdemokratischen Tagespresse besonders verbreitet und stark unterstrichen. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß diese Rede selbstverständlich nicht antimilitaristischer Gesinnung entspringt noch ihr Vorschub zu leisten geeignet ist; daß sie vielmehr prinzipiell auf das Gegenteil, auf die Militarisierung des ganzen Volkes, auf die Ausnutzung aller Volkskräfte zu Zwecken der Heeresverstärkung abzielt. Aus Herrn Haeusler sprach der militärische Fachmann, der die Beseitigung einer Reihe von Mißständen in unserer Armee verlangt, um deren Schlagkraft zu erhöhen. Wenn die Sozialdemokratie sich nun in ihrer Mehrheit die Reformvorschläge dieses Generals zu eigen macht, so bekundet sie damit, daß sie von dem Weg der reinen Intransigenz gegenüber den Forderungen der Landesverteidigung noch weiter abweicht, und daß sie der Aufstellung eines positiven Rüstungsprogramms sich zu nähern gewillt ist. Eine Wendung, die sich in der Presse unserer Partei schon seit einiger Zeit deutlich anzeigt (siehe den Artikel Schippels in diesem Band, pag. 461 ff.).

Für den Reichstag hat die Sozialdemokratie diesmal allerdings noch keine positive Aktion vorbereitet, die die Forderungen der Regierung in ihrem

Sinn ergänzen oder überflüssig machen konnte. Doch mehren sich die Kräfte in der Sozialdemokratie, die auf ein positives Vorgehen hindrängen, und es ist anzunehmen, daß die Zukunft unsere Partei auch in Fragen der Landesverteidigung nicht mehr unvorbereitet finden wird. Denn es darf nicht verkannt werden, daß auch in dieser Hinsicht die Entwicklung der Sozialdemokratie entgegenkommt. Der Sozialdemokratie wie sie in der Zukunft sich gestalten wird, versteht sich. Die Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres, oder, kürzer gesprochen, die Miliz, gilt auch jetzt noch als die Programmforderung der Partei. Doch ist man heute schon weit entfernt davon sich die Verwirklichung dieses Programmsatzes als plötzliches Ergebnis des einen großen Tages vorzustellen, an dem sich alles, alles wenden muß. Der zugunsten der Miliz geltend gemachte Hauptgrund ist der, daß diese im Gegensatz zum stehenden Heer nicht gegen den *innern Feind* verwandt werden kann. Hier spricht mehr der Wunsch als die Wirklichkeit mit. Bei verschiedenen Gelegenheiten, wo in der Schweiz der Bürger bei inneren Unruhen aufgeboten wurde, zeigte er einen Eifer in der Erhaltung des Bestehenden, im Kampf gegen proletarische Forderungen, der auch von einem stehenden Heer sicherlich kaum überboten werden könnte. Die Zeit hat gelehrt, daß ein viel zu heftiger Optimismus in Friedrich Engels' Prophezeiung lag, daß gegen 1900 die Armee in ihrer Mehrheit sozialistisch freier werde. Aber so ganz unrichtig waren Engels' und Bebels Worte doch nicht, daß die Armee eines Tages aufhören werde ein Machtmittel in der Hand einer Klassenregierung zu sein. Was dann 1899 in dem von der Partei herausgegebenen *Handbuch für bayrische Landtagswähler* gesagt wurde, gilt auch heute, nämlich daß jeder Schritt zur weitem Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht das Heer notwendig immer ungeeigneter zu seiner mißbräuchlichen Benutzung gegen das Volk mache, weil mit dem Wachstum der materiellen Mittel zur Gewalt die moralischen Mittel dazu sich vermindern. »Trotz aller Außerlichkeiten, die anderes zu beweisen scheinen«, so heißt es an dieser beachtenswerten Stelle, »ist das Heer im Zug sich unaufhaltsam zu demokrati-

sieren. Denn mit dem Eintritt immer größerer Volksteile in das Heer müssen notwendig die die Volksmassen bewegenden Gedanken und Bestrebungen allmählich einen immer bestimmendern Einfluß auf das Heer gewinnen, der schließlich mit der Einstellung des letzten halbwegs tauglichen Mannes überwiegend werden wird.« An diesen Sätzen, die sich lesen als ob sie gestern in einer Betrachtung über die neueste Militärvorlage geschrieben worden wären, wird dieser und jener vielleicht nur das eine aussetzen haben, daß man in unserer Partei noch keine schärferen Konsequenzen aus ihnen gezogen hat. Aber auch das scheint im Werden zu sein. Die Sozialdemokratie lernt auch in Heeresfragen um so mehr den Zwang zur positiven Mitarbeit empfinden, je stärker sie ihr Gewicht im Parlament geltend machen kann, und je mehr demzufolge ihr Verantwortungsgefühl wächst.

Das zeigt sich mit erheblicher Deutlichkeit jetzt schon in der Art, wie sie die Deckungsfrage behandelt. Denn, wird auch die eigentliche Militärvorlage heute noch ohne Mitwirkung unserer Partei zustande kommen, so scheint es um die Deckungsvorlage doch wesentlich anders zu stehen. Hier könnte die Linke stark genug sein, um der Regierung ihre Besitzsteuervorschläge aufzuzwingen. Dieser Gefahr suchte der Redner des Zentrums mit der Formel zu begegnen, daß die Regierung von keiner andern Mehrheit die Mittel zur Kostendeckung in Empfang nehmen dürfe als von der, die die Heeresverstärkung selber bewilligt. Eine Auffassung, der man die Konsequenz an sich nicht absprechen kann, die aber durch die realen Interessen, wie sie nun einmal im Reichstag gruppiert sind, über den Haufen geworfen werden kann. Der Reichskanzler gab sich am 12. April auch noch besondere Mühe, um sich für die Deckung die Mehrheit der Rechten zu sichern. Aber dieser Appell war doch nicht derart, daß er den Konservativen zur unbedingten Genugtuung gereicht hätte, und die Presse dieser Partei tadelt, daß Herr von Bethmann sich nicht scharf gegen den einstigen Regierungsvorschlag der Erbschaftsteuer gewandt, und daß er der Linken eine Tür offen gelassen habe. Die Sozialdemokratie hat bei der Beratung der Deckungsvorlagen eine Haltung an-

gekündigt, die ihren festen Willen ausdrückt nicht beiseite zu stehen sondern an der Gestaltung der Dinge mitzuarbeiten und dabei natürlich auch ihren eigenen Wünschen nach Möglichkeit Gestaltung zu verschaffen. Die Wandlung, die sich in den Heeresfragen nur langsam vorbereitet, ist so in der Deckungsfrage bereits als vollzogene Tatsache zu begrüßen. Es bleibt zu beachten, daß der einstmals allein als klassenbewußt erachtete Standpunkt der unbedingten Ablehnung aller Mittel für Militärzwecke heute nur noch einen Kuriositätswert hat. Die *Schwäbische Tagwacht* sprach die Meinung aus, daß die Sozialdemokratie ihrer prinzipiellen Anschauung gemäß an der Verbesserung der Deckungsvorlagen überhaupt nicht mitarbeiten dürfe, weil Rüstung und Deckung politisch nicht zu trennen seien, und weil die Partei überhaupt jederlei Militarismus grundsätzlich abzulehnen hätte. Dieser Doktrinarismus, unter dem die Arbeiterschaft bei der heutigen Lage schwer zu leiden hätte, fand in der Parteipresse aber kaum Beachtung, und der Redner der sozialdemokratischen Fraktion führte im Reichstag aus, daß die Sozialdemokratie fest entschlossen sei die Lasten der Heeresvermehrung auf die Schultern der Besitzenden zu legen und daß sie alles tun werde, um diesen ihren festen Entschluß auch in die Tat überzuführen. Diese Ankündigung sich ernsthaft betätigen zu wollen hat in konservativen Kreisen großes Mißbehagen hervorgerufen. Die *Kreuzzeitung* tut in ihrer Wochenübersicht vom 13. April jene Ankündigung mit der Wendung ab, daß eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ja gar nicht diskutierbar sei, aber sie befürchtet doch, daß die Verstimmung unter den bürgerlichen Parteien zu offener Feindschaft entfacht werde, wenn die Sozialdemokratie sich der bürgerlichen Linken zur Durchführung der Steuergesetzgebung mitarbeitend zur Verfügung stelle. Ein neuer Beweis dafür, daß den auf ihre angeblich staatsbehaltenden Tendenzen pochenden Parteien vor nichts mehr graust als vor einer Mitarbeit der Sozialdemokratie im Gegenwartsstaat.

×
Kurze Chronik Am 7. April starb in Paris der französische Politiker Constans im Alter von 80 Jahren. Er war zuletzt Botschafter

in Konstantinopel. X Am 8. April ist in Peking das erste Parlament der jungen chinesischen Republik zusammengetreten. Der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten kündigte der Regierung an, daß Amerika die Republik anerkennen werde, sobald sich das Parlament für beschlußfähig erklärt habe. Im deutschen Reichstag forderte am 14. April bei der Erörterung der auswärtigen Angelegenheiten Genosse Bernstein die Regierung auf dem Beispiel der amerikanischen Union zu folgen. X In Hannover wurde am 5. April der nationalliberale Parteitag für Preußen eröffnet. In den Verhandlungen waltete die altnationalliberale Tendenz vor, und der Kampf gegen die Sozialdemokratie spielte hier eine wenigstens in Süddeutschland seltsam anmutende Rolle. X Im Einverständnis mit der liberalen Partei trat die sozialistische Arbeiterschaft Belgiens am 14. April in den Generalstreik ein. Das wagemutige Unternehmen gilt bekanntlich der Wahlrechtsverbesserung. Es wird berichtet, daß 350 000 Arbeiter sich mit musterhafter Disziplin an dem Ausstand beteiligten.

X
Literatur Unter dem Titel *Wie das englische Volk sich selbst regiert* /Berlin, *Hilfe/* hat Paul Helbeck ein Buch herausgegeben, das eine lehrreiche Übersicht der Verfassung und des Verwaltungswesens der englischen Nation bringt und ferner die politischen Parteien und ihre Führer in kurzen, lebendigen Skizzen schildert. Die inhaltreiche Arbeit kann jedem empfohlen werden, der sich über britische Zustände unterrichten will. In einer Schlußbemerkung gibt der Verfasser der Hoffnung Ausdruck, daß in Deutschland das liberale Bürgertum und die in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterschaft sich zusammenfinden werden; nur dann könne das deutsche Volk aus der Reihe der regierten in die Reihe der sich selbst regierenden Völker aufrücken. Friedrich Naumann behandelt in einem kurzen Nachwort über den englischen Staat unter anderm die Frage der englischen Sozialpolitik mit dem Hinweis darauf, daß der Umschwung in der Auffassung der Staatspflichten sich jenseits des Kanals ohne eine Zwischenperiode von Staatsfeindschaft der Arbeiterklasse vollziehen werde.

Sozialpolitik / Johannes Meiden

Reichstag In ausgedehnten Erörterungen hat der Reichstag sich wie alljährlich mit allgemeinen und speziellen sozialpolitischen Fragen beschäftigt. Es ist unmöglich aus der Fülle von Wünschen, Anregungen und Vorschlägen in dieser Rundschau alles wiederzugeben. Einen breiten Raum nahmen die Auseinandersetzungen über den angeblichen Terror der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter und den besondern Schutz der Arbeitswilligen ein, die mit der Ablehnung der Anträge auf größern Schutz der wirtschaftsfriedlichen Arbeiter endeten. Daneben wurde ausgiebig über die Wirkung und Reformbedürftigkeit der Versicherungsgesetze und der Arbeiterschutzbestimmungen im allgemeinen und besondern gesprochen. Dabei fand das Buch des Professors Bernhard über unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik, soweit ich übersehen kann, keinen Verteidiger; dagegen benutzten auch die Vertreter der Regierung die Gelegenheit Bernhards Vorwürfe zurückzuweisen. Zu kürzeren oder längeren Besprechungen führten dann noch der Schutz der Bäckereiarbeiter, der Bergleute, der Arbeiter in der chemischen Industrie, in der schweren Eisenindustrie, in der Textilindustrie usw.; für andere Arbeitergruppen wurden Erhebungen gewünscht. Selbstverständlich ist, daß die der gesetzlichen Regelung oder Neuregelung näher gerückten Fragen der Wohnungsfürsorge und der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe den Volksvertretern Anlaß böten ihre Wünsche vorzutragen. Mittelstands- und Handwerkerfragen boten ebenfalls Anlaß zu mancherlei Betrachtungen. Wohl etwas mehr als früher wurde der technischen Angestellten, der Künstler und der Kopfarbeiter gedacht. Beachtenswert waren die Ausführungen des Genossen Hoch zur allgemeinen Fassung sozialpolitischer Gesetze, wonach die Gesetzgebung allgemeine Grundregeln aufstellen soll, deren Ausführung Sache paritätischer Kommissionen (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) sein solle. Die Regierung wies diesen Gedanken ab, weil die Arbeiter sich nicht freundlich genug zur sozialpolitischen Gesetzgebung gestellt hätten, und weil der sozialdemokratischen Partei nicht die

Ausführung wichtiger Gesetze anvertraut werden könne. Das gleiche Bedenken kann natürlich und mit größerer Berechtigung gegen den Einfluß mancher Arbeitgebergruppen auf die Handhabung sozialpolitischer Gesetze geltend gemacht werden.

Greifbare Erfolge haben die sozialpolitischen Debatten nicht gehabt. Der Reichstag wird wahrscheinlich wieder eine stattliche Anzahl von Resolutionen annehmen (wenn er deren Erledigung nicht wieder wie 1912 auf das nächste Jahr verschiebt), in denen mehr oder weniger allgemeine Wünsche niedergelegt werden, und auf die der Bundesrat nach langer Zeit Antwort gibt oder auch schuldig bleibt. Wer die sozialpolitischen Wochen im Reichstag in den letzten Jahren verfolgt hat, dem müssen doch Zweifel kommen, ob sie nicht fruchtbarer gestaltet werden können. Es ist gewiß begreiflich, daß der einzelne Abgeordnete gerne die Dinge anregt und bespricht, über die er besonders unterrichtet ist, und deren Verbesserung ihm deshalb am dringlichsten zu sein scheint. Das sollte aber nicht hindern alle Kräfte zur Förderung von Maßnahmen anzustrengen und zu vereinigen, über die, wenn auch nicht vollkommene Einmütigkeit besteht, so doch leichter eine Einigung zu erzielen ist. Ob hierzu allerdings das Mittel eine Resolution vorzuschlagen der richtige Weg sein wird, erscheint mir zweifelhaft. Da wird es wohl schon notwendig sein mit bestimmteren Vorschlägen und Anträgen zu arbeiten. So gut wie in Kommissionen, die zur Beratung von Gesetzentwürfen bestimmt werden, zuweilen eine Einigung aller Parteien zustande kommt oder doch die einer sichern Mehrheit, so gut muß das auch bei Anträgen aus dem Haus möglich sein, die sich über die Form einer vieldeutigen und daher oft nichtssagenden Resolution erheben. Dabei brauchen die sozialpolitischen Debatten nicht um das Vorbringen der mannigfaltigsten Spezialwünsche betrogen zu werden, wenn sie wohl auch ohne großen Schaden erheblich kürzer gefaßt werden könnten.

× Reichversicherungsamt ×
 Nach dem Geschäftsbericht des Amtes bestanden im Jahr 1912 zur Durchführung der Unfallversicherung 114 Berufsgenossenschaften und 543 Ausführungsbehörden mit zusammen rund 28

Millionen Versicherten. Groß ist wieder die Zahl der Unfälle mit 742 472. Von ihnen wurde aber nur für 137 445 Entschädigung geleistet. Die Gesamtsumme der Entschädigungen für ältere und neue Unfälle beläuft sich auf 170 352 981 Mark; sie ist gegen das Vorjahr um 5 Millionen gewachsen. Zu entschädigen waren 905 785 Verletzte, 94 499 Witwen, 115 362 Kinder und 4417 Verwandte aufsteigender Linie.

Über die Rentenansprüche der Berechtigten wurden 424 855 Bescheide erlassen. Die Schiedsgerichte hatten sich mit 70 023 Berufungen und 47 782 Anträgen auf andere Feststellung der Rente zu befassen. Die Zahl der Anträge ist um 4,63 % gestiegen, die der Berufungen um 0,43 % gefallen. Die große Mehrzahl der Anträge geht von den Versicherungsträgern aus, nämlich 44 782, während von den Verletzten nur 3000 solche Anträge gestellt wurden. Von den Streitsachen wurden durch Urteile der Schiedsgerichte 89,60 % erledigt. Bei den Urteilen schnitten die Versicherungsträger wie in den Vorjahren bedeutend günstiger als die Rentenbewerber ab: 74,02 % stehen hier 15,58 % gegenüber. Wie die Zahl der Berufungen ist auch die Zahl der Rekurse zurückgegangen. In 22 827 Fällen wurde von diesem Rechtsmittel Gebrauch gemacht, und zwar, wie natürlich, von den Versicherten weitaus häufiger als von den Versicherungsträgern, da sie ja viel mehr ungünstige Ausgänge in der Vorinstanz zu buchen hatten. Das Reichsversicherungsamt erledigte insgesamt 20 612 Rekurse, also weniger als ihm angefallen waren. Dadurch hat sich der Rückstand von 19661 zu Beginn des Jahres auf 21 878 am Jahreschluß erhöht. In 18 462 Fällen sprach das Reichsversicherungsamt Urteile, von denen 13 645 auf Bestätigung, 4635 auf Abänderung und 182 auf Zurückverweisung an die Vorinstanz lauteten. Die Versicherten erzielten 2620 Erfolge (18,1 % ihrer Rekurse), die Versicherungsträger 2015 (50,8 % ihrer Rekurse). Das Verhältnis ist für die Versicherten im Berichtsjahr etwas günstiger, für die Versicherungsträger dagegen etwas ungünstiger als in den letzten Jahren.

Auf dem Gebiet der Invalidenversicherung wurden 192 379 Bescheide von den Versicherungsträgern erlassen. Unter den bewilligten Renten waren 3921

Witwenrenten und 13 962 Waisenrenten. Die Schiedsgerichte hatten 33 366 Berufungen zu bearbeiten, von denen sie 27 214 erledigten, und zwar 22 546 durch Urteile. Die Urteile waren in 3882 Fällen den Versicherten und in 18 664 Fällen den Versicherungsträgern günstig. Mit Revision wurden 5069 Urteile angefochten. Von den Revisionen entfallen auf die Versicherten 4426, auf die Versicherungsträger 643. Zu bearbeiten hatte das Reichsversicherungsamt mit den Rückständen 8619 Revisionen, von denen es 5365 erledigte. Hier lauteten 3746 Urteile auf Bestätigung der Entscheidung der Vorinstanz, 126 auf Abänderung und 863 auf Zurückverweisung. Die Erfolge der Versicherungsträger sind hier noch größer als in der Unfallversicherung; sie erreichten in 12,16 % und in 45,35 % der Fälle Abänderung und Zurückverweisung, die Versicherten nur in 1,01 und 13,53 %. In das neue Jahr hat das Reichsversicherungsamt 3254 Revisionen übernommen.

Da die Belastung aus der Unfallversicherung sich infolge der Beschränkung des Rekurses wesentlich verringern wird, ist zu hoffen, daß in Zukunft die Entscheidungen nicht wie heute 8, 10 und mehr Monate auf sich warten lassen.

× Schwererisen- industrie ×
 In der Petitionskommission des Reichstags wurden kürzlich die Petitionen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Zentralrats der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Duncker) und der Gesellschaft für soziale Reform um gesetzlichen Schutz der Arbeiter in der Schwererisenindustrie verhandelt. In den Petitionen wird gesagt, daß die Bundesratsverordnung vom Jahr 1908, die absolut ungenügenden Schutz anordnet, nicht einmal allenthalben durchgeführt sei. Nach den Berichten der Gewerbeinspektoren kommt die Verordnung des Bundesrats für ungefähr 208 000 Arbeiter in Betracht. Von diesen arbeiten 110 000 regelmäßig abwechselnd Tag und Nacht und zirka 33 000 in solchen Betrieben, die auch Sonntags nicht eingestellt werden, so daß sie alle 14 Tage eine 24stündige Schicht machen müssen. Die Petitionen weisen auf die Krankheitshäufigkeit und auf den Unfallziffern die Gefährlichkeit der Arbeit in den Hüttenwerken nach. Von den Unfällen haben viele in Überanstrengung und Ermüdung ihren Grund. In den

Petitionen wird neben Verbesserung der Unfallverhütung sowie der hygienischen Einrichtungen und Regelung der Pausen vor allen Dingen eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit verlangt. Der Metallarbeiterverband und die polnische Berufsvereinigung wünschen Festsetzung der Schicht auf 8 Stunden. Die Hirsch-Dunckerschen wollen die Achtstundenschicht vorläufig nur für die vor dem Feuer beschäftigten Arbeiter eingeführt sehen; im übrigen ersuchen sie um Festsetzung einer Höchstdauer von 10 Stunden für die einzelne Schicht. Die Petition der Gesellschaft für soziale Reform schlägt eine Erhöhung der ununterbrochenen Mindestruhezeit auf 10 Stunden und Festsetzung von Pausen in Höhe von mindestens 2 Stunden in jeder Arbeitsschicht vor. In ihrer Begründung spricht auch diese Petition sich für das Ziel der 8stündigen Arbeitsschicht aus. Außer den schon erwähnten Forderungen wünschen die Petitionen Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen unter 18 Jahren und Regelung des Überstundenwesens.

Die Vertreter der Regierung wandten sich mit großer Entschiedenheit gegen die gesetzliche Festlegung der Achtstundenschicht, weil sie die Mehreinstellung einer so großen Anzahl von Arbeitern erfordere, die eine erhebliche Belastung und schwere wirtschaftliche Erschütterung der Industrie nach sich ziehen würde. Übrigens schweben, wie schon bei den sozialpolitischen Debatten im Reichstag vom Staatssekretär des Innern erklärt wurde, Verhandlungen über die Abänderung der Bundesratsverordnung vom Jahr 1908. Nach den Erklärungen ihres Vertreters ist bei der Regierung wenig Neigung vorhanden den Wünschen der Petenten zu entsprechen. Die Verhandlungen sollen sich darauf beziehen, ob auf die heute übliche Anrechnung kürzerer Arbeitsunterbrechungen auf die Pausen verzichtet werden kann, und ob die Ausnahmen von der Vorschrift einer 1stündigen Mittagspause entbehrt werden können. Wenn die Fragen so gestellt werden, kann man schon im voraus wissen, wie die Antwort lauten wird. Die Petitionskommission stand den Wünschen freundlicher gegenüber. Sie schlägt vor die Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Das besagt deutlich, daß die Mehrheit der Kommission den durch

die Bundesratsverordnung geschaffenen Schutz auch für ungenügend hält. Es ist zu wünschen, daß die Regierung bei ihren Verhandlungen und Anordnungen die Meinung der Petitionskommission wirklich berücksichtigt.

× Kurze Chronik Zwischen dem Deutschen Reich und Italien ist ein Abkommen über die Unfall- und Invalidenversicherung getroffen worden. Die Angehörigen der beiden Staaten sollen in jedem Land wie die Angehörigen des eigenen Landes behandelt werden. Das Abkommen, das am 31. Juli 1912 vereinbart und am 25. März 1913 ratifiziert worden ist, trat am 1. April dieses Jahres in Kraft.

× Das Reichsversicherungsamt hat die Invalidenversicherungspflicht der Volksschullehrerinnen verneint, wenn ihnen Ruhegehalt gewährleistet ist. × Bei den Wahlen zu den Verwaltungsorganen und Spruchinstanzen der Angestelltenversicherung sind dem Hauptausschuß alle Vertreter der Angestellten zugefallen. Die Freie Vereinigung hat nur einige Stellvertreter erhalten. Für die Wahlen der Vertreter der Prinzipale errang die Liste des Deutschen Handelstags alle Sitze. × Die Gesellschaft für soziale Reform hat in Verbindung mit mehreren Berufsverbänden der Gastwirtsgehilfen und gemeinnützigen Vereine eine Eingabe an den Bundesrat und den Reichstag um Ausdehnung des Schutzes der Gastwirtsangestellten gerichtet. Die Hauptwünsche gehen auf Heraufsetzung der Altersgrenze für die Jugendlichen auf das 18. Jahr, Ausdehnung der Verordnung vom 23. Januar 1902 auf alle im Gewerbe beschäftigten Angestellten und wesentlich vermehrte Aufsicht und Kontrolle der Betriebe. × Die Gesetzgebung des Kantons Neuenburg (Schweiz) plant die Einführung einer Arbeitslosenversicherung für die Arbeiter der Uhrenindustrie und Feinmechanik. Für Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 65 Jahren soll Versicherungspflicht eingeführt werden. Die Leistungen sind nach Geschlecht und Familienstand abgestuft; für Kinder wird ein geringer Zuschuß gewährt. Die Kosten sollen aus Beiträgen der Versicherten, der Arbeitgeber und des Staats bestritten werden. Vorläufig soll nur ein Versuch für 10 Jahre gemacht werden. Die Verhand-

lungen im Kantonsrat sind noch nicht abgeschlossen. × In Schweden ist der Entwurf des Pensionsversicherungsgesetzes dem Reichstag zugegangen. Vorgesehen ist die Beteiligung aller Bürger. Die Leistungen sind recht bescheiden. Für vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung früher Invalidität und für allgemeine Wohlfahrtszwecke sieht der Entwurf keine Aufwendungen vor. Die Leistungen sollen durch Beiträge der Versicherten, der Gemeinden und des Staats gedeckt werden.

× Literatur In seiner Studie *Ausländische Wanderarbeiter in Deutschland* / Leipzig, Deichert/ untersucht Dr. Anton Knoke die Ursachen, die die Arbeiter zwingen für immer oder zeitweise ihre Heimat zu verlassen, um auswärts Arbeit und Verdienst zu finden. Das Schicksal besonders der landwirtschaftlichen Wanderarbeiter wird mit lebhaften Farben geschildert. Ihre Ausbeutung durch Arbeitgeber, Agenten und Vorarbeiter wird mit harten Worten angeklagt. Die (landwirtschaftliche) *Deutsche Arbeiterzentrale* ist an der Behandlung der ausländischen Arbeiter nicht unschuldig. Sie läßt durch Agenten im Ausland massenhaft Arbeiter anwerben, die oft von den Arbeitgebern nicht angenommen werden, und die, um mit den Worten der Zentrale zu sprechen, »vertrötet und hingehalten« werden müssen. Dem Verfasser scheint als erstrebenswertes Ziel die Fernhaltung aller ausländischen Arbeiter, um dem leistungsfähigern und auf höherer Kulturstufe stehenden deutschen Arbeiter Arbeitsgelegenheit zu sichern. Das erscheint auf den ersten Blick sehr bestechend, ist aber nicht durchführbar und auch nicht wünschenswert. Nicht fernhalten sondern heben muß man die ausländischen Arbeiter, die nach Deutschland kommen. Der von Knoke empfohlenen Nachahmung des amerikanischen Kontraktarbeitergesetzes ist jedenfalls eine gesetzliche Bestimmung vorzuziehen, die die Nichtigkeit aller mit Ausländern vereinbarten Arbeitsbedingungen ausspricht, wenn sie ungünstiger sind als die in Deutschland geltenden. × Dem Ausbau der Wanderarbeitsstätten redet Ephrem Ricking in seiner Schrift *Die deutschen Wanderarbeitsstätten* / München - Gladbach, Volksverein/ das Wort. Ihren Hauptwert sieht

er in der Verpflichtung zur Arbeitsleistung für Unterstützung, womit Bettelei und Vagabondage allein wirksam bekämpft werden können. Die Wanderarbeitsstätten sollen so viel wie irgend möglich mit Arbeitsnachweisen in Verbindung stehen und sich die Arbeitsvermittlung angelegen sein lassen. Neben den Wanderarbeitsstätten wünscht Ricking Arbeiterkolonien. Um ihnen Insassen zu sichern, empfiehlt er recht nachdrücklich die Beschränkung der Freizügigkeit, obgleich er gegen deren Durchführbarkeit sehr begründete Zweifel hat. Er verschließt sich auch nicht der Einsicht, daß viele Arbeiter nicht nur in Krisenzeiten gezwungen sind zu wandern, weil regelmäßig viele Tausende arbeitslos sind. Den Gefahren, die sich aus dem Wandern für den Wandernden und das Publikum ergeben, glaubt Ricking durch Wanderarbeitsstätten und Arbeiterkolonien abhelfen zu können. Mehr als alle Wanderarbeitsstätten schützen die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften den Wandernden vor dem Versinken in die Landstreicherei.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Georg Chaym

Psychologie Zuerst spielte sich der und **Philosophie** Kampf zwischen Psychologie und Philosophie nur theoretisch in den Einleitungen der psychologischen Lehrbücher und in prinzipiellen Aufsätzen ab, jetzt wird er zu akademischen Personalfragen. Die Besetzung des Cohenschen Lehrstuhls in Marburg durch einen jungen Experimentalpsychologen brachte den Stein ins Rollen. Mehrere bedeutende Philosophen haben eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die akademische Trennung der experimentellen Psychologie von der Philosophie und für jene somit eigene Lehrstühle fordern; natürlich mehr im Interesse der Sicherstellung der eigenen Lehrstühle als im Interesse der Psychologen. Jedenfalls kommen sie damit auch deren Wünschen entgegen. Wider solche Trennungstendenzen wendet sich nun der Altmeister Wilhelm Wundt in einer Schrift *Die Psychologie im Kampf ums Dasein* /Leipzig, Kröner/. Wenn man Wundts Entwicklungsgang bedenkt, wie in ihm Philosophie und Psychologie eine Synthese, aber auf der Grundlage der Psychologie, bilden, so ist seine Stel-

lungnahme erklärlich. Und doch möchte ich nicht sämtliche Begründungen zustimmen. Es trifft sicher nicht zu, daß der »reine« Psychologe ohne Philosophieauftrag Mangel an Lehrstoff haben werde, denn die Psychologie ist nicht bloß Experimentalpsychologie; und es trifft auch nicht zu, daß die wissenschaftliche Arbeit des Psychologen nicht ohne Philosophie bestehen könnte, dagegen spricht Wundts eigenes Lebenswerk. Gewichtiger scheint schon der Einwand, die Psychologie würde nach der Trennung immer mehr in technische Äußerlichkeiten verfallen. Aber etwas anderes scheint mir gegen die akademische Trennung zu sprechen; nämlich das Interesse der Philosophie selbst. Der Philosoph hat heute doch die gedankliche Verarbeitung des von allen Seiten gelieferten Tatsachenmaterials zu leisten, er hat in der Erkenntnistheorie und Methodenlehre wieder rückwärts auf die Einzelwissenschaften befruchtend zu wirken. Dazu aber soll er die Arbeit des Forschers selbst kennen lernen, er muß, um mit Stumpf zu reden, irgendein Handwerk gelernt und geübt haben. Und gerade hierfür eignet sich die Psychologie wie kaum ein anderes Forschungsgebiet. Damit soll nicht einem flachen Psychologismus das Wort geredet werden; aber so bleibt die Philosophie am sichersten im Zusammenhang mit der lebendigen Wissenschaft. Auch von diesem Standpunkt aus, der etwas höher liegt als der einseitige Fachstandpunkt, wird man Wundts Vorschläge gut heißen: für jede größere Universität 3 philosophische Ordinarien, für Geschichte der Philosophie, systematische Philosophie und Psychologie, ohne enge gegenseitige Abgrenzung. Da Wundts Vorschlag, wie es scheint, allen Wünschen gerecht wird, den Gegnern und Anhängern der Trennung, wäre ihm wohl Erfolg zu wünschen.

× Begabungs- problem

× Die Funktionen der individuellen Begabungen im sozialen Mechanismus festzustellen, die gegenseitigen Bewirkungen der sozialen Struktur und der Begabungstypen zu verfolgen und zu prognostizieren ist eigentlich nicht Sache des Psychologen. Und so müßte die Schrift, die der Anlaß der folgenden Zeilen ist, etwa vor das Forum des Soziologen kommen. Aber es sind

schließlich doch psychologische Fundamente, auf denen sich die Gegenwarts- und Zukunftsbetrachtungen Hans Kurellas (*Die Intellektuellen und die Gesellschaft, ein Beitrag zur Naturgeschichte begabter Familien* /Wiesbaden, Bergmann/) aufbauen. Und weil eben Kurellas Ziel nicht eine differentielle Psychologie der Begabung ist, sind auch die von ihm aufgestellten Begabungstypen nicht psychologische Elementarfunktionen oder deren Komplexionen sondern eigentlich mehr Aktionsgruppen des praktischen Lebens. Er unterscheidet 1. den Praktiker (in Politik und Kriegsführung), 2. den Techniker, 3. den Ideologen (in Kunst und Wissenschaft). Diese letzte Gruppe faßt er unter dem Namen der *Intellektuellen* zusammen. Psychologisch ist diese Benennung natürlich unzulässig. Aber 2 Gründe vornehmlich bestimmen Kurella zu dieser Gruppierung: 1. Künstler und Forscher, die Intellektuellen, produzieren nicht zu wirtschaftlichen Zwecken. 2. Die Genealogie begabter Familien zeigt für die Intellektuellen eine gleichartige, vererbte Anlage und Abstammungsgruppe. Das eine wird man zugeben (aber es ist, wie gesagt, kein psychologisches Spezifikum). Gegen das andere scheinen vor allem psychologische Erwägungen zu sprechen. Die Herkunft der intellektuellen Talente läßt sich zum großen Teil auf Handwerker (die Künstler) und das evangelische Pfarrhaus (die Gelehrten) zurückführen: Berzelius, Euler, Linné, Lessing, Wieland, Hobbes, Nietzsche, um nur einige zu nennen, entstammen Pastorenfamilien. Dagegen gehen die großen staatsmännischen und militärischen Begabungen in der Abstammung auf wirtschaftliche Begabungen zurück. Hier aber erhebt sich das große Problem (dem Kurella vorsichtig aus dem Weg geht), ob man überhaupt von der Vererbung derartiger komplexer Gebilde reden darf. Eine große Reihe von Daten Kurellas selbst spricht dagegen. Vergleicht man, nach seinen instruktiven Tabellen, die Herkunft der bildenden Künstler in der Zeit von etwa 1350 bis 1800 mit denen aus dem 19. Jahrhundert, so zeigt sich für die 2. Epoche der Anteil der Künstler als Stammeltern im Verhältnis 1:0,4 vermindert, der der Bauern wie 1:5 vermehrt, der Kapitalisten wie 1:3 vermehrt. Das scheint doch darauf hinzudeuten, daß in der

künstlerischen Begabung Faktoren enthalten sind, die in verschiedenen Komplexen vorkommen und, aus diesen austretend, die neue Komplexion, die betreffende Begabung, bilden können. Wenn ferner die Kunst der ärztlichen Diagnostik, die mathematische und musikalische Begabung als Begabungen der jüdischen Rasse bezeichnet werden, die zusammen oder in sukzessiven Generationen, einander ersetzend, auftreten, so ist man auch hier versucht eine Grundfunktion, in verschiedenen Ausgestaltungen auftretend, anzunehmen, etwa die Fähigkeit zur Auffassung von Relationen. Aber hier beginnt erst jetzt die differentielle Psychologie Klarheit zu schaffen. Mit welchen Schwierigkeiten dabei zu rechnen ist, zeigt etwa die Arbeit Betz /Korrelationen /Leipzig, Barth/, die das gleichzeitige Auftreten verschiedener Begabungen untersucht und quantitativ bestimmen will, oder die unlängst veröffentlichte Schrift über *Erwerbung und Vererbung des musikalischen Talents* von Kammerer /Leipzig, Thomas/, der gegen Weismann die Ansicht vertritt, daß die musikalische Begabung eine distinkte Eigenschaft sei, da sie zum Teil unabhängig vom Gehör ist. Aber wir kennen die Komponenten der musikalischen Begabung noch nicht sicher.

Wenden wir uns nach diesen psychologischen Anmerkungen, die mehr auf Probleme als auf Lösungen weisen konnten, wieder zu Kurellas Einteilung der Begabungen. Das unterscheidende Merkmal ergibt sich ihm aus der Richtung des Triebes: Geht dieser auf die Gestaltung eines Abbilds der Welt, so tritt die intellektuelle Begabung auf; geht er dagegen auf Gestaltung (und Genuß) der wirklichen Welt, so ergibt sich die praktische Begabung. Die Welt ist meine Vorstellung, sagt der Ideologe; die Welt ist meine Auster, der Praktiker. So meint Kurella. Die Grundtriebe der ersten sind Sprachtrieb, Bildnertrieb, Ausdrucktrieb, Zähltrieb, die einzeln oder in Kombinationen die verschiedenen Begabungen ausmachen. Aber diese psychologischen Feststellungen sind, wie gesagt, nicht des Verfassers Ziel. Sie sind ihm nur das Brennmaterial, mit dem er nun ein blitzendes Feuerwerk pessimistischer Bosheiten, aber gestützt auf eine überraschende Fülle von Einzeldaten, über die Gegenwart ausschüttet, gipfelnd in

der Behauptung: die Intellektuellen verlieren und werden immer mehr und mehr an Bedeutung verlieren und dem Praktiker, dem Amerikanismus Platz machen müssen. Es sind die Gedanken eines Mannes, dem der gerechte Ärger über den Anblick der Operettentheater und Musikcafés, einer seichten Tagesschreiberei, eines engherzigen Doktrinismus oben wie unten, eines hohlen Snobismus und einer profunden Verständnislosigkeit dem Geistigen gegenüber die Feder führt. Aber er versucht auch einen Beweis. Die intellektuelle Begabung entstammt dem Handwerkerstand und dem evangelischen Pfarrhaus; da jener immer mehr verschwindet, dieser an Bedeutung verliert, so wird die Schar der wahrhaft Intellektuellen immer geringer, denn die anderen Bevölkerungsschichten enthalten keine Faktoren für die wahrhaft intellektuelle Begabung. Dieser Schluß aber stößt sich an der schon erwähnten psychologischen Betrachtung über die Komponenten dieser Begabung. Was für oder gegen ihn die Soziologie sagen mag, liegt außerhalb meiner Kompetenz, und auch zu beurteilen, ob der Intellektuelle je ein Luxusgebilde in der sozialen Struktur sein wird.

Mag man nun Kurellas Ausführungen folgen oder nicht, man wird sein Buch, das leider über der Fülle der Daten und der Galle des Verfassers leicht den Faden verliert, mit Interesse, oft mit Lächeln lesen.

× Kurze Chronik Mit Schluß des Wintersemesters ist in München der bekannte Psychologe und Philosoph Theodor Lipps von seinem Lehramt wegen Krankheit zurückgetreten. × Sein Nachfolger wird vom Oktober dieses Jahres ab Oswald Külpe aus Bonn. Külpe, der 1909 an Stelle des jetzt in Berlin lehrenden Benno Erdmanns trat, wirkte vorher, seit 1894, in Würzburg. Er ist aus der Schule Wundts hervorgegangen, hat sich aber bereits in seinem 1893 veröffentlichten *Grundriß der Psychologie* in vielen prinzipiellen Fragen von Wundt entfernt. Wundts Apperzeptionsbegriff ist bei Külpe mehr intellektualistisch gewendet, so daß seine Psychologie kaum rein voluntaristisch genannt werden darf. Im Zusammenhang damit steht, daß Külpe zu den wenigen Experimentalpsychologen

gehört, die (auch im Gegensatz zu Wundt) gegenüber der Aktualitätstheorie des Bewußtseins an der Substantialität des seelischen Geschehens festhalten. Sein Lehrbuch ist wegen der Klarheit, mit der es die experimentellen Ergebnisse zu allgemeinen Gedanken verwertet, noch immer lesenswert, wenn auch die Beschränkung auf die bloße Experimentalpsychologie viele Lücken verursacht hat. Die neuere Psychologie des Denkens ist zum größten Teil von Külpe inauguriert. × Am 11. März feierte der dänische Psychologe Harold Höffding seinen 70. Geburtstag. Wenn er auch nicht zu den Bahnbrechern der Psychologie gerechnet werden kann, so verdient doch seine *Psychologie in Umrisen* (Leipzig, Reißland) viel mehr Beachtung als ihr besonders von den deutschen Psychologen geschenkt wird. Sie gehört zu den wenigen Darstellungen, die sich klar und harmonisch auf den Daten nicht nur der experimentellen sondern auch der genetischen, geschichtlichen, pathologischen Methoden aufbauen. × In dem kriminalpsychologischen Fortbildungskursus des Berliner Polizeipräsidiums haben Moll (*Ausgewählte Kapitel aus dem Gebiet der Kriminalpsychologie*) und Lipmann (*Über einige wichtige Ergebnisse der Aussageforschung*) vorgetragen.

× Literatur In dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 129) wurde über Willy Hellpachs Schrift *Die geopsychischen Erscheinungen* berichtet. Eine überaus interessante, ergänzende Mitteilung machte der Verfasser neulich in der *Zeitschrift für angewandte Psychologie*. Sie soll einen Beweisfall für die in jener Schrift ausgesprochene Behauptung geben, daß Veränderungen im Befinden in der Hauptsache nicht eine Wirkung der Luftdruckänderung sind, wie vielfach geglaubt wird. Hellpach berichtet von einem Umschlag im Befinden, der um die Mittagszeit eintrat: Appetitlosigkeit, Mattigkeit, Kopfdruck. Dabei war das Wetter schön, frisch, trocken, das Barometer stieg; die Wetterprognose lautete demgemäß auch für den folgenden Tag: heiteres Wetter. Und doch schlug in der Nacht das Wetter »wider Erwarten der Metereologen« um: Regen und böige Winde. Der Organismus hatte also auf den kommenden Witterungs-

umschlag reagiert, ehe diejenigen Faktoren eintraten, die für einen solchen charakteristisch sind, zum Beispiel Luftdruckfall, Windrichtungswechsel usw. Das deutet, neben dem psychologischen Interesse, auch darauf hin, daß am Wetterumschlag noch andere Faktoren beteiligt sind, vielleicht elektrische.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Oppenheimer Von Franz Oppenheimers Büchlein *Die soziale Frage und der Sozialismus*

/Jena, G. Fischer/ ist jetzt das 5. bis 6. Tausend erschienen. Der Umstand, daß K. Kautsky, den der Verfasser in der 1. Auflage provozierend zu einer kritischen Auseinandersetzung herausgefordert hatte, die Diskussion in der *Neuen Zeit* mit guten Gründen ablehnte, gibt Oppenheimer zu einem neuen 15 Seiten langen Vorwort Veranlassung. Triumphierend wiederholt er seinen Schlachtruf und gebärdet sich, als ob die Sozialisten, vor der Schärfe seiner Logik zitternd, ihn durch Totschweigen unschädlich machen möchten. Seinen bahnbrechenden neuen Ideen gegenüber verfolgten sie, erklärt er, die selbe Taktik, die Marx in seinem *Kapital* den gelehrten und ungelehrten Wortführern der deutschen Bourgeoisie seinerzeit zum Vorwurf machte. Sie sekretieren ihn oder finden sich in oberflächlichen Scheingefechten mit ihm ab.

Man traut beim Lesen seinen Augen nicht. Die Erinnerung, daß seine *Beweisführung* gleich nach Erscheinen der Schrift, und zwar nach dem für Kontroversen von ihm selber aufgestellten Rezept: nämlich »korrekt«, »ihrem vollen Inhalt« nach und in »eindeutiger logischer Formel« in der ausführlichen Besprechung der *Sozialistischen Monatshefte* (in dieser Rundschau, 1912, 3. Band, pag. 1321 ff.) unter die Lupe genommen und Stück für Stück auf die darin enthaltenen elementaren Quidproquos zergliedert worden ist, scheint im Bewußtsein Oppenheimers spurlos ausgelöscht. Es wurde dort als Wurzel der sich kreuzenden Fehlschlüsse, auf die sein System sich gründet, das begriffslos unbestimmte Spiel mit den Schlagwörtern *freie Konkurrenz* und *Monopol* geradezu schulmäßig systematisch nachgewiesen. Ich wüßte nicht, wie man noch sachlich-eingehender diskutieren könnte. Ist es Oppenheimer mit seiner Fechlust ernst, so würde mithin, wenn auch sein Vorwort nichts davon ver-

lauten läßt, ein Gegenstand, an dem er sie betätigen könnte, keineswegs fehlen. Nur sollte er dann nicht daneben reden sondern die Widerlegung Punkt um Punkt so, wie sie dort formuliert war, mit seiner Logik widerlegen.

×

Kurze Chronik Der Wiener Professor Adolf

Menzel skizziert in einer anregenden Broschüre *Naturrecht und Soziologie* /Leipzig, Fromme/ historisch das Verhältnis beider, mit dem Ergebnis, daß »in den neuen soziologischen Entwicklungslehren subjektive Werturteile, politische und moralische Ideen in kaum geringerem Ausmaß als dies in den naturrechtlichen Doktrinen der Fall war« hervortreten. Schon bei der Auswahl der Momente, in denen die verschiedenen Soziologen Gradmesser zur Bestimmung der Entwicklungsstufen sehen, machten sich die subjektiven Faktoren bestimmend geltend. × Der Direktor des Schöneberger statistischen Amtes Dr. R. Kuczynski veröffentlicht einen mehr als 800 Seiten starken Band *Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika, 1870 bis 1908* /Berlin, Springer/. Die statistischen Daten des 1. Teils sind Erhebungen des amerikanischen Arbeitsamtes, die sich auf Lohnbücher stützen, außerdem für Deutschland, Belgien und Frankreich handschriftlichem, gleichfalls aus Lohnbüchern extrahiertem Material entnommen. Der 2. Teil gibt eine Übersicht über Arbeitslohn und Arbeitszeit in Deutschland und Amerika nach den dort bis zu dem Jahr 1908 abgeschlossenen Tarifverträgen. Ein enormes Material ist rein statistisch deskriptiv durchgearbeitet worden. Die Frage, ob und wie weit dieses gewisse vorwiegende Bewegungstendenzen, etwa eine allgemeine Hebung der Arbeiterlage, erkennen läßt, wird nicht mehr erörtert. × Von Theodor Hertzka, dem Verfasser der weiland viel diskutierten Utopie *Freiland* liegt jetzt ein neues Buch *Das soziale Problem* /Berlin, G. Reimer/ vor. Die utopistische Denkart ist vielleicht noch verschwommener geworden. Breiten Raum nimmt der Versuch ein die Religion als psychologischen Entstehungsgrund der Knechtschaft aufzuzeigen. Sie und nur sie könne »die geistige Potenz gewesen sein, der es gelungen das von Natur freie Lebewesen Mensch fremden Zwecken dienstbar zu machen, zu domestizieren«.

×

×

Literatur Im Wiener Parteiverlag Ignaz Brand erschien ein kleines Propagandaheftchen *Karl Marx, der Mann und sein Werk*, in dem M. Adler, O. Braun, R. Danneberg, G. Eckstein, K. Kautsky, L. Winarsky und andere die verschiedenen Seiten des Marxschen Lebenswerks in knapper, sehr faßlich populärer Darstellung dem Verständnis, vor allem dem der jugendlichen Arbeiter näher zu bringen suchen. X Die bisher im Auftrag des Internationalen Instituts für Sozialbibliographie von Dr. Beck herausgegebene *Bibliographie der Sozialwissenschaften* wird nunmehr im Auftrag des Reichsamts des Innern von Professor Maas und Dr. Waldschütz in Sonderheften im Verlag von Julius Springer in Berlin fortgeführt. Die Einleitung der 1. Doppelseite skizziert die Richtlinien, die sich das Unternehmen in Anknüpfung an seine früheren Formen setzt.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Philipppe Neulich schon erwähnte ich in dieser Rundschau (1912, 2. Band, pag. 945) den Pariser Romanschriftsteller Charles Louis Philippe. Als er gestorben war, kannten ihn nur wenige, liebten ihn nur einzelne Freunde. Er starb im Elend und im Hunger, noch sehr jung, noch ehe er die Werke vollenden konnte, an denen seine Seele hing. Dann besannen sich die Freunde Philippes, die zusammen mit ihm gebungert und gelitten hatten. Einen bescheidenen Einfluß, ein Wort in literarischen Dingen hatten sie gewonnen und nutzten die kleine Macht, um Frankreich auf einen vergessenen, beinahe verlorenen Dichter aufmerksam zu machen. Die treue Erinnerung waltete um Charles Louis Philippe, man blätterte in seinen ungedruckten Tagebüchern, man vertraute sich seine Briefe an. Sie erschienen mit den Tagebüchern in der tapfern *Nouvelle Revue Française*. Welche Freude: Da hatte ein Menschenherz geschlagen, dessen Innigkeit apostolische Größe besaß. Dieser Dichter ließ sich nicht verführen Sternensymbole, historische Tragödien und ähnliches Tandwerk für Reim und Rhythmus zu besingen. Das Allerschlichteste, das Allerniedrigste, sogar das sittlich Verschrüene empfand er, feierte er. Seine schönsten Bücher sind *Mère et enfant* und *Bubu du Montpar-*

nasse. In dem Mutterbuch wird eigentlich so wenig Stürmendes erzählt, wird von den Sorgen der jungen Frau berichtet, die ihr Jüngstes nährt, wäscht, kleidet, liebkost. Was kann für den Erzähler känglicher sein als ein Kapitel über Zahnschmerzen und Kieferngeschwulst? Nun werden diese Alltagsgeschicke, die sich tausendmal in jeder Stunde wiederholen, unter der Feder Philippes fast ein Heiligtum. Gewiß verdient die Tatsache, daß eine Mutter ihren Säugling trocken legt, nicht an sich den Spruch des Dichters. Aber Philippe schmückt mit poetischer Rede, die sehr keusch und aufrichtig ist, das Gemüt der Mutter. Im *Bubu du Montparnasse* ist Philippe reifer geworden; da ergibt er sich nicht mehr einem rührenden Lyriismus, da greift er schon stark an die Wirklichkeit, und die Ahnung schließt sich dem Leser auf, daß dieser Poet bei einem längern Leben sehr groß geworden wäre. Von ihrem Zubälter Bubu wird Berthe Méténier auf die Straße geschleppt und ermordet. So endet der Roman. Aber sie hat in den Armen ihres Geliebten geruht, von dem warmen Bett des Geliebten wird sie auf die kalte, nächtliche Straße gezerrt. In ihrem Geschäft war sie syphilitisch geworden; dem Geliebten hat sie die Krankheit zugebracht. Gemeinsame Leiden, gemeinsame Seuche, das verbindet die beiden. Die Männer, die jungen besonders, können ja ohne tiefere Rührung viele, viele Frauen umarmen. Sie tafeln mit ihnen, sie führen sie heim in ihre Junggesellenwohnung, sie genießen. Es begegnet ihnen, daß sie nicht einmal die Zahl der Frauen zählten, deren Liebesdienerei sie sich erkaufen. Und nun schläft der junge Mann mit einer Kranken, von der er selber angesteckt worden ist, die sich ihm nicht einmal gibt, die er auch mit seinem armen Geld entlohnt. Und doch ist diese Liebe nicht minder gut und zu rechtfertigen als wenn Romeo und Julia unter dem Schutz der achtsamen Wärterin Hochzeit machen. Diese Liebe ist gut, weil der Dichter sie in Güte und goldene Menschlichkeit verwandelt hat. In dem *Raskolnikow* des Dostojewskij sinkt ein Mann in die Knie und küßt die Füße der Dirne. Das ist ein Zug, der in dem russischen Buch gewaltig ergreift, der aber dann sehr oft nachgeahmt ist. Die Dirne als Heilige zu verehren, die In-sassianen der öffentlichen Häuser als das Beste und Glückbringende der Männer zu preisen, das war jahrelang eben-

so dogmatische Mode wie das Gegenteil des Verlästerns und Ächtens bei den Philistern. In dem Roman der *Prostituierten* der Brüder Margueritte, in der *Nana* Zolas ist die Dirne fast nur als soziales Geschöpf angesehen. Ihr Gesellschaftswert wird berechnet. Zum erstenmal wohl gönnt Philippe ihr eine eigene Seele. Es wird alles gesagt, was sich in dem Herzen der Berthe Méténier bewegt. Eines Tages geht sie in die Kirche; zum Altar wankt sie, sie legt das Gesicht in die Hände und beichtet: *J'étais une vadrouille, eine Herumtreiberin bin ich gewesen, Jungfrau Maria.* Das ist nicht eine Frömmelerei des Dichters. Er nimmt das Leben nur vorsichtig, ergebungsvoll, gehorsam, und er wiederholt es in seiner Sprache. Denkt, daß Berthe vom Totenbett ihres Vaters sich aufmacht, um das Trauerkleid zu verdienen. Sie muß zwei Männern gehören, ehe die nötige Summe beisammen ist. Und der Dichter verleugnet es nicht, daß sie sogar Zärtlichkeit bei dem zweiten Mann verspürte. Ein Schicksalslied auf die Syphilis hat Philippe gedichtet. Er hat sie nicht nur als Verwüsterin und Vergifterin gesehen, sie erschien ihm auch als Macht, die Mitleid, Hilfsbereitschaft, Opferwillen, Untertänigkeit bei den Menschen erweckt. Sie erschien ihm auch als die Mahnerin, daß kein Mensch zu stolz werde und immer sich erinnere, wie viele Wunden auf der Erde den Balsam der Nächstenliebe verlangen. Dies Lied auf die Syphilis ist vielleicht das schönste Gedicht des Verstorbenen. Niemand, auch nicht der schärfste Zelot wird es wagen dürfen diesen Aufruf zum Erbarmen unheilig zu finden.

Eine deutsche Ausgabe der Werke Philipps hat jetzt der Verlag Fleischel in Berlin herausgebracht. Sie besteht in 6 ansprechend ausgestatteten Bänden und wird von Wilhelm Südel gut eingeleitet. Neben diesem Gesamtwerk sind die Bücher auch in Einzelausgaben erschienen. Man kann auf diese Neuerscheinung nur angelegentlichst aufmerksam machen; sie muß dazu beitragen die Kenntnis des französischen Dichters Charles Louis Philippe, die überall erst in den Anfängen ist, bei den Deutschen allgemeiner zu machen.

×
Romane

×
Von Dr. Meienreis ist Sü-
ren Kierkegaards
Tagebuch des Verführers
übersetzt worden /Berlin, Jacobsthal/.

Kierkegaard hegte so Modernes in sich, so Feines, in die Mannesseele Eingrabenendes, daß die Analyse seines Buches den Standpunkt für Schöpfungen unserer Gegenwart sichert. Hier wird der ältliche Mann dargestellt, den das Blut nicht treibt, dessen Adern schon Stein des Todes ansetzen. Die Liebe ist ihm nicht mehr ein blinder, brennender, zu Tollheiten lockender Trieb. Sie ist in ihm ein Rechenexempel, ein Feldzug, der mit Andacht und bedächtiger Geschicklichkeit unternommen wird. Kierkegaard ist hier ein Sprecher für sehr viele Männer, die erst mit diesem Buch ihren wahrhaftigen Charakter entdecken werden. Man erinnere sich: Aller Wille des Verführers geht darauf hinaus die elementare, nicht die von der Konvention herstammende Liebe des Mädchens einzuheimsen. Der Jüngling sieht wohl die Schönheit des Mädchens im allgemeinen, aber nicht die Einzelheiten der Schönheit, nicht ihre besonderen Reize, nicht ihre absonderlichen Flecken. Erst der alternde, erst der gealterte Mann liebt bewußter, er liebt vielleicht auch gar nicht. Denn er weiß ja, daß er, was er liebt. Darum sind, beiläufig bemerkt, auch Dichter und andere Künstler, solange sie schaffen, also über die gewöhnliche Menschenschar hinweggehoben sind, immer schwache und elende Liebhaber. Der schaffende Künstler ist ja ein alter Mann, weil er ein objektiver Mann ist. Daraus entspringen alle Tragödien zwischen dem Künstler und der Frau. Moderne, ironisch gestimmte Menschen sehen in dieser Tragödie sehr viel Komisches. Kierkegaards Verführer ist ein alter Mann auch deshalb, weil er die Liebe und den Genuß nicht festhalten, nicht vielfältig durchkosten will. Er verlobt sich mit Cordelie, aber es ist eben eine kalte Laune (der Franzose sagt *caprice*, und der Deutsche ist *medizinischer* und sagt *Verrücktheit*), daß es ihm auf den wirklichen Besitz des Mädchens gar nicht ankommt. In dem Augenblick, da Cordelie mit aller Sitte bricht, hat er schon genug von ihr, will er sie schon von sich entfernen. Was dem Jüngling die Hauptsache wäre: das Fesseln der Geliebten, das unersättliche Genießen ihrer frischen Schönheit, das ist dem Verführer Kierkegaards beinahe eine Beschwerde. Es kann kein Zufall sein, und es ist doch eine fast abergläubisch stimmende

Tatsache, daß zwei unserer besten deutschen Schriftsteller an Kierkegaards Gedanken weitersinnen. Es sind Jakob Wassermann und Thomas Mann. Schon der Wassermannsche Titel *Der Mann von 40 Jahren* /Berlin, S. Fischer/ meldet das. Das ist Herr von Erfft, der auf seinem Gut im Fränkischen unglücklich residiert. Kinder und Gattin, das bringt ihm eines Tags Verstimmung in Magen und Gemüt. Also fort davon und erst ins Dürersche Nürnberg, wo vor 1866 und 1870 die Wirtshäuser noch romantische Fensterwinkel hatten. Der Baron erblickt von seinem Fenster eine sehr schöne, reine jüdische Jungfrau. Doch der Vater des Erfftschen Liebchens ist härter als der venetianische Kaufmann Shylock. Er rauft die Haare nicht nur sich selbst sondern auch seiner Tochter, und diese Liebschaft kommt sehr schnell zum Bruch. Nach dieser etwas schwachen Romantik folgen tiefere Rätsel. Zu einer genialen Sängerin schwingt das Herz des 40jährigen Herrn von Erfft, und aus Sehnsucht, aus Großherzigkeit und Entsagung spinnen sich Beziehungen, die des Dichters wert sind. Des Dichters Wassermann, der in eine zu belehrende, zu sehr um Abgeklärtheit ringende Form verfällt. Liebe er sich mehr von dem Fabulierhang fortführen, könnte er gewisse, zur Schablone abgeflachte Stilgewohnheiten unterdrücken, so würde er eher in seinem alten Ruhm bestehen. Aber es ist ein sicheres Zeichen seiner sorglosen, seiner allzu sorglosen Arbeit, daß er sehr viel mit indirekten Berichten arbeitet. Er schafft nicht wild und massig, sondern er grübelt, er erklärt. Diese Liebe zur Sängerin wird also eingesargt, und es kommen die Kriegsjahre für Herrn von Erfft, in denen er die Kugeln des Schlachtfelds pfeifen hört. Er wird verwundet, und die Ruhe im Spital, das Fernsein vom bequemen Lebensgetriebe lassen ihn nachdenken. Er findet nach der Heilung auch den Weg zu seiner Gattin zurück. Das Problem dieses Mannes von 40 Jahren ist wohl merkwürdig genug. Einer lebt da im Frieden seines Hausstands und Reichtums, und man sollte meinen, daß im eleganten Vagabundieren sich die jüngeren Herren besser betätigten. Aber hier setzt gerade die These Wassermanns ein, die eine Fortsetzung, eine Verfeinerung der Kierkegaardschen ist. Ist der Rauch des Jünglings frei, ungewollt,

eine Krankheit, die absichtslos, sogar gegen den gesunden Willen verschuldet wird, so nimmt der ältere Mann, hier ist er 40 Jahre und an der Grenze des Alters, sein Herz in die Kur. Er will Rechenschaft über seine Tollheit. Er will sich in die Dinge hineindichten, vor allem in das Frauenherz. Das ist Kierkegaards Ausdruck, und sein Traum, sein religiöses Gebot ist, daß der alternde Mann sich wieder herausdichte. Bei Frauen pflegt der Arzt solche Seelenrevolutionen vom Beginn bis an das Ende der Wechseljahre zu verlegen. Der Fall ist auch möglich, daß es mit dem Herausdichten nicht gelingt, und dann gibt es eine Katastrophe. Thomas Mann schrieb das Buch *Der Tod in Venedig* /Berlin, S. Fischer/, das lebendige Beispiel für den zu beweisenden Satz. Aber schon das Krankhafte muß er aufzeichnen. Denn es ist eine Zwangsvorstellung, die den abgeklärten Dichter Aschenbach treibt sich in den Jüngling zu verlieben. Der alternde Mann, der auch eines Tages mit dem großen Wandertrieb aufwacht, ist in die Klasse der jugendlichen Vagabunden hinabgedrückt. Wohlbekannt sind sie dem Psychiater, jene bedauerlichen, seligen, bald scheiternden bald genial siegreichen Menschen, die sich mit den Halmen auf dem Feld, mit den verstaubten Steinen der Straße befreunden wollen. Sie sind die ewig Sehnsuchtsvollen die bald Religionen stiften bald Hühner stehlen, die sich bald eine Welt erobern bald ins Arbeitshaus eingesperrt werden. Es geschieht Künstlern nach einer Zeit der peinlichen Kräfteanspannung sehr oft, daß dieser Wanderwahnsinn sie anfällt. Viele kommen dann gesund in die Werkstatt zurück. Der Dichter Aschenbach starb auf der Wanderung. Er landete in Venedig, und während er am ersten Tag auf die Lidowellen und den ausgeweiteten Horizont blickt, stellt sich ihm der halb kränkliche, aristokratische, wunderschöne, an antike Statuen erinnernde Junge in das Licht. Langsam, mit Schmerzen, mit Abscheu und dann mit nicht mehr zu dämmender Ergebenheit verliebt sich der Alte in den Jungen. Und die Tragik ist umso tiefer als unser Dichter ja ein hochgebildeter, durchaus in den Weltformen des guten Anstands lebender Herr ist, Sich nicht verraten und darum noch inniger berührt sein, das ist sein Schick-

sal. Darum sind auch die leise ver-räterischen, kaum bemerkbaren Züge im Wesen des Alten nicht minder wichtig als die groben. Eine Kunst des An-deutens will Thomas Mann hier üben, eine Psychologie ohne Weitschweifigkeit und in sparsamen Punktierungen. So will er das Virtuosenstück, nicht das be-quem ausgeschriebene Kapitel. In seiner Arbeit ist zu sehr fühlbar, daß er nicht ruhig aus der Quelle der überreichen Epik erzählte sondern arg sich ein-schränkend, sich bemühend. An die Stelle der Kunst ist das Künstelnde ge-treten.

Ist es nicht aufgefallen, daß für diese leidenschaftlichen oder kalten Verfüh- rer das Schicksal sehr verschwenderisch gewirtschaftet hat? Es hat ihnen allen die Freiheit von dem Größten, von dem am sichersten Erniedrigenden, nämlich von der Lebensnot geschenkt. Wäre so ein Alternder ein vielberannter Minister oder ein Arbeiter mit einem Vierzehn- stundentag, seine Seele würde viel natür- licher verkümmern und dem Tod entge- genfaulen. Romantische Schicksale er- lebt eigentlich nur, wer die Zeit dazu hat: also ein Dichter oder ein Rentier, ein Verbrecher oder ein Prinz. So ist auch der amerikanische Edelmann, der mit der japanischen Nachtigall ein tränenreiches, bis auf die Steine des Friedhofs verschlagenes Schicksal er- fährt, ein gelangweilter Herr. Das Buch *Japanische Nachtigall* /Berlin, Juncker/ ist verdächtig. Es soll von dem Japaner Onoto Watanna stammen, was kaum glaublich ist. Ist dieser Watanna sicher vorhanden, so ist er etwa bei Pierre Loti oder Claude Farrère in die Schule gegangen, das heißt er verfügt über deren halb kolportagemäßigen halb sehr anschaulichen, exotische Vegetation und Städte mit glänzender Geschick- lichkeit ausmalenden Stil. Da die Dampfer heute so schnell laufen, da in Europa so gute japanische Lacks fabri- ziert werden, könnte ja auch ein Japaner in Europa das Romanfabrizieren gelernt haben. Abgesehen von diesem Beden- ken ist das Büchlein ganz unterhaltsam. Ein sehr idealistischer Amerikaner hat seinem japanischen Freund das Wort gegeben, daß er sich niemals im Land Nippon eine Frau kaufen werde. Es ist nicht unbekannt, wie dieser Frauen- kauf in Japan geschieht. Der Fremde, der dort einige Zeit bleiben will, mietet für seine ehelichen Bedürfnisse ein

wohlgeformtes Mädchen, und die Frau Mutter bringt das Mädchen mit Knicksen und lächelnder Unterwürfigkeit, wofür sie den Kaufschilling einkassiert. Und es kommt, daß der Amerikaner trotz seiner sittlichen Vorsätze doch Opfer dieser goldhätigen japanischen Nachti- gall wird. Er kauft sie, er liebkost sie, und siehe, plötzlich hat er sie liebgewon- nen, will sie für sein ganzes Leben. Mond und schneeige Blumen und zwerghohe luftige Lusthäuser, schwankende Barken, zauberruhige Gärten und ähnliche Kost- barkeiten der edlen Poesie helfen zum Willen und kühnen Entschluß des jun- gen Herrn. Da, ein Tag, an dem der japanische Freund des Amerikaners heimkehrt. Der Amerikaner gesteht, er erbittet sich Entschuldigung. Schmerz- liche Aussprache. So soll wenigstens das japanische Fräulein persönlich zei- gen, daß sich der Wortbruch gelohnt hat. Sie erscheint, und ist — die eigene Schwester des japanischen Freundes. Ja, sie hat sich für ihn geopfert, damit er von ihrem Sündengeld studieren kann. Denn sie ist von armen, doch sehr vornehmen Leuten. Aufregung, Tod, Verzweiflung, Flucht. Nach sehr be- wegten Wochen endlich das Wiederfin- den der Geliebten.

× Lyrik ×
Ist es gut Goethe anzu- rufen, der den jungen Poeten empfiehlt sich an einfachen Naturdingen zu versuchen, ehe sie wagen ins Umfassende des Kosmos ihre Augen zu richten? Es ist gut, so- lange der Dichter verraten kann, daß er nicht in dem kindlichen Anfang ver- bleiben wird. Aber er muß, sich be- schränkend in dem kleinen Raum, immer das Auffliegen, das Talent, das sich ver- breitet, spüren lassen. Paul Zech zeigt wohl diese versprechenden Eigen- schaften. In einem der Hefte tritt er auf, die A. R. Meyers Verlag in Berlin- Wilmersdorf als lyrische Musterstücke veröffentlicht. Die Methode ist sehr richtig. Die meisten Lyrikbände sind ja so langweilig, weil sie so ungleich sind, weil neben dem halben Dutzend der ge- lungenen Poesien all das nicht inspirierte, aus der Geduld und dem guten Willen sprossende Zeugs schmarotzt. *Das schwarze Revier* ist Zechs lyrisches Flug- blatt. Ungeschicklichkeiten und Fabrig- keiten verdecken oft das durchaus empordrängende und sicher wachsende Talent Paul Zechs.

Der jetzt schon tote Victor Hadwiger, der bei dem gleichen sehr unternehmenden Verleger sein Heftlein *Wenn unter uns ein Wanderer ist* darbietet, besaß viel größere Formleichtigkeit. Die hätte ihn vielleicht dazu gebracht der flüssigen Banalität zu verfallen. Es wurde aber nur das Anmutigste, sehr Singbare dieses Dichters aufbewahrt.

Aus schöner Begeisterung, aus einem hohen Schwung des patriotischen Empfindens ist Ernst Lissauers Gedichtbuch *1813* /Jena, Diederichs/ entstanden. Der Dichter hat das kernige Wort im Mund, er hat oft sogar den knarrenden Vers, der dem Vorwärtsdrängen dieses preußischen Volksaufstands entspricht. Er gerät aber wenig über das Episodische hinaus. Oft ist der Titel das Stärkste an dem Gedicht, an dem kriegerischen Augenblicksbild, an den Sentenzstrophen, die auf das Grab und die Tat eines großen Mannes gesetzt werden.

Neuausgaben In sehr schönen Ausgaben bringt Richard Benz seiner Nation die deutschen Volksbücher wieder. Nicht nur die Kinder sondern auch die künstlerisch zu erfreuenden Großen sollen im *Fortunatus* lesen. Denn Benz begreift den ganzen kulturhistorischen Reichtum der Volksbücher, die eine einseitige Literaturkritik gern verachtet wissen möchte. Eine wissenschaftliche Propagandaschrift ist seine historische Skizze *Die deutschen Volksbücher* /Jena, Diederichs/. Sie muß als Einleitung zu den Ausgaben der einzelnen Bände aufgefaßt werden, zu denen jetzt schon das Buch von Tristan und Isalde, das Faustbuch, das Buch vom Till Eulenspiegel, das Sultanbuch usw. gehören.

Eine Reihe, meist russischer Erzählungen vereinigt Marie Beßmertay unter dem Titel *Von der Wolga bis zur Donau* /Berlin, Schwetschke/. Sie sind von ungleichem Wert, aber sie geben ein charakteristisches Bild des (ältern und ganz neuen) Slawentums. Wie in verschiedenen Welten lebten Tolstoj und Kuprin, Potapenko und Dymow neben einander; in allen aber lebt die gleiche russische Seele; bei den Jüngeren freilich durch europäische Tüdeleien überdeckt.

Eine Anthologie der jüngsten Belletristik druckt der Heidelberger Saturnverlag. *Flut* ist der symbolische Titel.

Aber ach, man wählte schlecht. Brod, Döblin, Else Lasker-Schüller treten auch auf, und sie retten die meist sehr minderwertigen Beiträge der übrigen. Maximilian Bern hatte das unglaubliche Glück mit einer Sammlung Dichtungen vom Brettli fürs Brettli ins 100. Tausend aufgelegt zu werden (*Die zehnte Muse* /Berlin, Elsner/).

Ein neuer Verlag, der sich *Der Gelbe Verlag* nennt und in Dachau sitzt, hat uns eine neue Ausgabe von Alphonse Daudets *Tartarin von Tarascon* gebracht. Dieses köstliche Buch, das ein für allemal den südfranzösischen Typus (der zu einem großen Teil die Politik Frankreichs macht) in karikierenden, lebensvollen Strichen gezeichnet hat, ist uns seit langem vertraut, und man freut sich ihm wieder zu begegnen. Dem schön gedruckten Buch sind 45 Zeichnungen von Emil Preetorius beigegeben. Der Verlag wird hoffentlich ermuntert werden weitere Neuausgaben dieser Art zu veranstalten.

Kurze Chronik Der siebenbürgische Dichter Teutsch, der deutsche Heimaterzählungen und Dramen verfaßt hat, ist, im Alter von 84 Jahren, in Kronstadt gestorben. Ein Schülerroman *Das dunkle Tor* von Hermann Wagner /München, Langen/ erfreut durch die guten Schilderungen aus dem Gymnasialleben. Ein Bauernroman, der in bunten Bildern das Eindringen moderner Gedanken in ein friedliches Dorf erzählt, stammt von dem trefflichen Alfred Bock: *Die Oberwälder* /Berlin, Fleischel/. All die Elemente eines dörflichen Parlaments, die Grübler und die Draufgänger, werden sehr plastisch und klug geschildert.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Edertalsperre Der Ausbau von Wasserkraften im oberen Quellgebiet der Weser wird jetzt vom preußischen Staat in die Hand genommen. Etwa 7 Kilometer nördlich von Bad Wildungen wird ein Riesenbauwerk, die Edertalsperre, angeführt, durch die ein Stausee von 202 Millionen Kubikmeter Fassungsraum gebildet werden wird. Gleichzeitig wird durch Sperrung der Diemel bei Helminghausen ein anderer Stausee von 20 Millionen

Kubikmeter entstehen. Im Gegensatz zu anderen Staubecken in Deutschland, die in erster Linie dem Schutz gegen Hochwassergefahr dienen, und bei denen nebenher die aufgestauten Wassermassen zur Elektrizitätsgewinnung ausgenutzt werden, dient die Edertalsperre vornehmlich der Förderung der Binnenschifffahrt durch Speisung des Rhein-Hannover-Kanals. Aber auch hier soll das Wasser, so weit es nicht zur Kanalspeisung erforderlich ist, zur Erzeugung elektrischer Energie verwandt werden. Gleichzeitig soll auch noch die Wasserkraft der Weser ausgebaut werden. Die bei Niedrigwasser aus den Talsperren ebenfalls zu speisende Weser wird unterhalb des Zusammenflusses von Werra und Fulda, bei Münden, genügend Wasser führen (40 Kubikmeter pro Sekunde anstatt bisher 22 Kubikmeter), um hier eine Turbinenanlage treiben zu können, die später sogar den Hauptbedarf der Elektrizitätswerke an Wasserkraft decken soll. Die Edertalsperre und die mit ihr im Zusammenhang stehenden übrigen wasserbautechnischen Arbeiten gewinnen eine besondere wirtschaftliche und politische Bedeutung dadurch, daß hier der preußische Staat zum erstenmal mit einem groß angelegten Projekt für die zentrale Versorgung eines bedeutenden Landesteils mit Elektrizität vor die Öffentlichkeit tritt.

Auch in technischer Hinsicht ist die Edertalsperre interessant. Der große Stausee wird in Waldeck, oberhalb des Dorfes Hemfurt, entstehen. Die Gebirge treten hier nahe an einander heran und bilden ein enges Tal, das mit einer verhältnismäßig kurzen Mauer gesperrt werden kann. Der anstehende Fels, Grauwackenschiefer, hat sich als widerstandsfähig und wasserundurchlässig erwiesen, so daß Unterspülungen und Durchquellungen, die für den Bestand der Sperrmauer verhängnisvoll werden könnten, nicht zu befürchten sind. Das Tal erweitert sich oberhalb der Baustelle bedeutend, so daß die gewaltige Wassermenge einen See von nur 27 Kilometer Länge bei einer größten Breite von 1 Kilometer bilden wird. Die Sperrmauer von rund 400 Meter Länge wird bis zu einer Höhe von 48 Meter bei einer Basisbreite von 40 Meter errichtet werden. Auf der Mauerkrone ist eine Fahrstraße vorgesehen. Das erforderliche Baumaterial für die Mauer wird in Steinbrüchen oberhalb der Baustelle im Ederthal gewonnen und durch Kleinbahnen

herangeschafft. Vermittelt besonderer Seilbahnen können die Materialien an jeden Punkt des Bauwerks herangebracht werden. Um die Mauer gegen Unterspülungen zu sichern, ist die Baugrube bis auf den gewachsenen Fels frei gelegt worden. Zu diesem Zweck wurden über 200 000 Kubikmeter Abraumaterialien entfernt. An beiden Talhängen werden zur Abführung des Wassers aus dem Stausee je 6 Stahlrohre von zirka 1,5 Meter Durchmesser eingebaut. Am linken Talhang werden die Turbinenanlagen errichtet. Außer diesen normalen Abflußleitungen wird noch ein 145 Meter breiter Hochwasserüberfall vorgesehen, und weiter werden noch 14 Notauslässe in die Mauer eingebaut, die sich 14 Meter unterhalb der Mauerkrone befinden. Längs des Mauerfußes an der Abflußseite ist ein tiefes Becken angeordnet, das mit seiner dauernden Wasserfüllung von 6 Meter Tiefe als Auffangpolster für die von der Mauer herabstürzenden Wassermassen dient und die Geschwindigkeit des nach dem Edertal abfließenden Wassers erheblich verringert. Nach vollem Ausbau erhält das Edertalkraftwerk 6 Turbinen von zusammen 15 000 Pferdestärken, das Diemelwerk 3 von insgesamt 2400 Pferdestärken und das Mündener Werk 6 Turbinen, die bei 2,5 Meter Gefälle 4000 Pferdestärken leisten werden. Gleichzeitig sollen 20 000 Pferdestärken oder 13 000 Kilowatt erzeugt werden können. Die Jahresabgabe ist zu 41 Millionen Kilowattstunden angenommen, wovon 24 Millionen auf Hemfurt, 2 Millionen auf Helminghausen und 15 Millionen auf Münden entfallen. Die Elektrizität wird als Drehstrom von 6000 Volt erzeugt werden, der für die Fernleitung auf 40 000 Volt herauftransformiert werden wird.

Das Gebiet, in dem die Energie in erster Linie Verwendung finden soll, umfaßt die Kreise Kassel Land, Fritzlar, Homberg, Frankenberg, Melsungen, Wolfhagen, Hofgeismar, Witzenhausen, Kirchhain, Ziegenhain, Marburg in Kassel, Münden, Uslar, Göttingen Land, Brilon, Warburg, Eder, Twiste, des Eisenbergs im Fürstentum Waldeck, sowie die Städte Kassel und Göttingen. Das Stromverteilungsnetz wird eine Gesamtlänge von zirka 350 Kilometer haben. Die Baukosten für die Elektrizitätswerke einschließlich der Fernleitungen werden sich auf rund 9 Millionen Mark belaufen, für die gesamten Baukosten sind

20 Millionen Mark veranschlagt worden. Mit dem Ausbau der beiden Stauseen werden gewaltige Flächen prächtigen Waldes vollständig verschwinden, außerdem aber werden noch 3 Dörfer, Asel, Bringhausen und Berich mit Bericher Hütte und der Stollwerkmühle, vollständig, ferner 2 Dörfer, Herzhausen und Niederwerbe, teilweise in den Fluten untergehen. Die Bewohner haben die Dörfer zum größten Teil bereits verlassen und sich an anderen Stellen angesiedelt.

× **Gasfernversorgung** ×

Seit dem Jahr 1905 wird von der *South Staffordshire Mond Gas Power and Heating Company* mit großem Erfolg eine ausgedehnte Gasfernversorgungsanlage betrieben, deren Leitungen eine Gesamtlänge von 47 Kilometer haben und ein Versorgungsgebiet von 315 Quadratkilometer Fläche umspannen. Die Fernleitungen sind aus geschweißten Röhren von 50 bis 315 Millimeter lichter Weite hergestellt. Das erzeugte Gas wird durch 3 450pferdige Riedlerkompressoren auf etwa $\frac{1}{3}$ Atmosphäre Überdruck komprimiert, die Kompression kann nach Bedarf jedoch bis auf $\frac{2}{3}$ Atmosphären gesteigert werden. Die Anlagen, die seit ihrem Bestehen noch nicht ein einziges Mal versagt und dauernd ein Gas von sehr gleichmäßiger Zusammensetzung und konstantem Heizwert geliefert haben, sind imstande stündlich bis zu 28 000 Kubikmeter Gas zu liefern, was einem Tagesverbrauch von rund 200 Tonnen Kohlen entspricht. Angeschlossen sind an die Anlage bisher 19 Gemeinden mit über 2000 Abnehmern. Der Gaspreis beträgt je nach der abgenommenen Gasmenge 0,44 bis 0,53 Pfennig per Kubikmeter, was unter Berücksichtigung des Heizwerts einem Leuchtgaspreis von 2 Pfennig per Kubikmeter entsprechen würde. Die Anlage hat für die Gegenwart eine um so größere Bedeutung, als die Gaserzeugung an den Produktionsstätten der Steinkohle respektive der Braunkohle und die Gasfernleitung eines der aussichtsreichsten Mittel ist der heutigen Kohlenverschwendung vorzubeugen und die für Großstädte immer unangenehmer werdende Rauch- und Rußplage vollständig zu beseitigen.

× **Gaserzeugung** ×
 aus Abwässern Die Beseitigung der Abwässer gewisser industrieller Etablissements, ebenso die Beseitigung der Spülwasser großer

Städte macht in der Gegenwart nicht geringe Kosten und Schwierigkeiten. Die Anlage von Rieselfeldern zur Beseitigung der Abwässer ist nur ein Nothelf, der in nicht zu ferner Zeit versagen muß, wenn nicht zur Aufnahme der Rieselwässer ein so steriler Sandboden zur Verfügung steht wie in der Umgebung von Berlin. Wo nun die Abwässer reich an Schlamm und anderen Sinkstoffen sind, kann unter Umständen die Vergasung des Schlammes nicht nur die vollkommenste, sondern auch vorteilhafteste Beseitigung darstellen, indem bei der Vergasung Leuchtgas gewonnen wird. Auf diesem Weg sind in der letzten Zeit Frankfurt am Main und Brunn erfolgreich vorgegangen. Die Hauptschwierigkeit bei diesem Verfahren besteht in der umständlichen und kostspieligen Trocknung des Schlammes, die der Vergasung vorausgehen muß. In der Brünner Gasanstalt wird hierzu folgendermaßen verfahren: Die Abwässer werden durch Klärtürme und Klärbecken geleitet und sodann über Vorfilter geführt, wo sich der Schlamm in einer dünnen Schicht auf den Filterflächen absetzt. Indem auf diese Filterflächen ein Vakuum einwirkt, wird der Schlamm so weit getrocknet, daß in seiner Oberfläche Risse und Sprünge entstehen, durch die dann Außenluft hindurchgesaugt wird. Hierbei wird die Schlamm-schicht ziemlich vollkommen von Wasser befreit. Die getrocknete Schlamm-schicht wird dann von den Filterflächen und aus diesen heraus durch Preßluft entfernt. Zur Durchführung eines kontinuierlichen Betriebes dienen rotierende Trommeln, deren Mantelfläche aus zahlreichen, leicht auswechselbaren Filterzellen besteht. Diese rotierende Trommel taucht bis zu etwa einem Drittel ihres Durchmessers in einen mit feuchtem Schlamm gefüllten Behälter. Verdünnt man nun die Luft im Innern der Trommel, so bedeckt sie sich außen mit einer dichten Schlamm-schicht, aus der der Wassergehalt teilweise abgesaugt wird. Während die mit Schlamm angefüllten Filterzellen aus dem Behälter heraustreten, wirkt auf sie Preßluft ein, die den Schlamm auf ein Transportband befördert. Auf diesem wird der Schlamm durch Einwirkung der Abhitze der Retortenöfen weiter getrocknet, bis er nur noch 5 bis 10 % Wasser enthält. Dann wird er in Gasretorten der trockenen Destillation unterworfen. Hierbei erhält man aus 100 Kilo Schlamm rund 24 Kubikmeter Gas von ähnlicher

Zusammensetzung wie das Steinkohlengas, ferner fast 1 Kilo Ammoniak und 63 Kilo Koks.

In Brünn werden täglich etwa 37 Tonnen Schlamm vergast, und daraus werden 8190 Kubikmeter Leuchtgas und 277 Kilo Ammoniak gewonnen. Da gleichzeitig die Abwässer durch die Entfernung des Schlammes geklärt sind, und ihre weitere Reinigung keine Schwierigkeiten mehr macht, so muß in der Tat diese Art der Beseitigung der Abwässer als ein großer technischer und hygienischer Fortschritt begrüßt werden. Der bei der Vergasung entstehende Koks liefert fast die ganze Betriebskraft für die Schlammförder- und Trockenanlage, deshalb arbeitet diese Anlage auch noch mit einem beträchtlichen Gewinn. Beim Bekanntwerden der Brünnner Anlage auf der Versammlung von Gasfachmännern in Marseille wurde sofort auch der erste Vorschlag gemacht in allen Städten Frankreichs mit über 15 000 Einwohnern diese Art der Abwasserbeseitigung und Schlammverwertung einzuführen. Dieser Vorschlag ist sehr einleuchtend, wenn man bedenkt, daß hierbei täglich 1 Million Kubikmeter Leuchtgas und 170 000 Kilo Ammoniumsulfat gewonnen werden könnten, was einem Gewinn von täglich 160 000 Mark entspricht. Ganz besonders beachtenswert bei dieser Art der Abwasserbeseitigung ist die Erhaltung des gebundenen Stickstoffs, dessen Wert als Düngemittel nicht verloren geht, vielmehr in der Form von Ammoniumsulfat in vollkommener Weise ausgenutzt werden kann.

× **Autogene Schweißung** Das autogene Schweißen vermittelst einer Acetylen-sauerstoffflamme (siehe diese Rundschau, 1912, 3. Band, pag. 1396 f.) bürgert sich in der Technik immer mehr ein. Doch sind die Schweißungen bisher nur auf einfachere Gegenstände, wie Wellen, Schienen, Keiselbleche usw. beschränkt geblieben. Daß das autogene Schweißverfahren aber erheblich mehr zu leisten vermag, zeigt die kürzlich ausgeführte Schweißung eines in 3 Teile zerborstenen Hochdruckzylinders einer 3000pferdigen Walzenzugmaschine. Der ganze Zylinder wog 10 Tonnen, die abgebrochenen Gußstücke 2,5 Tonnen und 50 Kilo. Eine Ausbesserung durch Verlaschen und Verschraubungen war nicht durchführbar, da die Maschine bei einer derartigen Reparatur nicht mehr voll be-

anspruchbar gewesen wäre. Zum Auswechseln des Zylinders hätte die Maschine aber auf Monate still gesetzt werden müssen. Deshalb entschloß man sich der Firma Friedrich Werner in Köln das Schweißen des Zylinders an Ort und Stelle zu übertragen. Die ganze Arbeit, einschließlich der Vorarbeiten, beanspruchte nur 14 Tage, obwohl zahlreiche kleine Stücke, die herausgebrochen waren, ersetzt werden mußten, und obwohl der ganze Guß nicht von einwandfreier Beschaffenheit war. Sofort nach Fertigstellung der Schweißung konnte die Maschine wieder mit voller Belastung in Betrieb genommen werden. Die zirka 7 Meter lange Schweißnaht wies keine porigen Stellen auf, und als die Maschine infolge eines Unfalls an den Walzen plötzlich unter Vollast stillgesetzt werden mußte, flog nur die Packung des Zylinderdeckels heraus, ohne daß der geschweißte Zylinder irgendeinen Schaden nahm.

× **Kurze Chronik** Die größten Gleichstromgeneratoren erhält eine neue Anlage der *Southern Aluminium Company* in Whitney (Südkarolina). Es werden stehende Dynamomaschinen für 240 Volt und 20 000 Ampère aufgestellt. Die Stromerzeuger haben 6,7 Meter Durchmesser und wiegen rund 140 Tonnen. × Der Ausbau der Niagarakraftwerke wird im Jahr 1915 vollendet sein. Die Gesamtleistung der Werke auf dem kanadischen Ufer und an dem Ufer der Vereinigten Staaten wird dann rund 1 Million Pferdestärken betragen. × Der Staudamm bei Assuan ist um 7 Meter erhöht worden. Durch diese Erhöhung wird die angestaute Wassermenge $2\frac{1}{4}$ mal so groß wie bisher, und neues, bisher unbebautes Land kann bewässert und nutzbar gemacht werden.

Kolonisation / Ludwig Quessel

Chinesische Kolonisation Am Vorabend der Eröffnung des chinesischen Parlaments, dessen überwältigende Mehrheit aus Imperialisten, das heißt aus Männern besteht, die die Herrschaft der Chinesen über die dem chinesischen Imperium unterworfenen fremden Völker unter allen Umständen, selbst mit Waffengewalt, aufrechterhalten wollen, hat der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion ein Begrüßungstelegramm an die chinesischen

Volksvertreter abgehen lassen, in dem er den Wunsch ausdrückt, daß »die Riesenrepublik China einen würdigen Platz in der Familie der Nationen einnehmen« möge. Die »Riesenrepublik China« ist aber nichts weniger als nur von Chinesen bewohnt. China ist ein Weltreich alten Stils, das seine Herrschaft durch fortgesetzte Eroberungen über zahlreiche fremde Völkerschaften beständig ausgedehnt hat. Und die überwiegende Mehrheit des Parlaments scheint fest entschlossen zu sein die vieltausendjährige imperialistische Tradition des chinesischen Volkes aufrechtzuerhalten. Die Meldungen von der Truppenkonzentration an der mongolischen Grenze, die den Zweck haben die Mongolen wieder der Herrschaft der Chinesen zu unterwerfen, reden in dieser Beziehung eine deutliche Sprache. Von noch größerer Bedeutung als jene Truppenkonzentration ist aber die Annäherung Chinas an Japan, die sich in den letzten Wochen vollzogen hat, und zwar zu dem ausgesprochenen Zweck gegen die russisch-slawische Kolonisation in Asien ein Bollwerk zu errichten. Dr. Sunyatsen, Chinas großer sozialistisch gesinnter Imperialist, der das alte Regime gerade deshalb mit glühendem Haß verfolgte, weil es sich unfähig erwies das chinesische Weltreich gegenüber Japan und den europäischen Großmächten unversehrt zu erhalten, predigt jetzt den japanisch-chinesischen Zusammenschluß unter der Devise *Asien den Asiaten!* Was dieser Wahlspruch weltpolitisch bedeutet, erkennt man am besten daraus, daß Asien heute 25 bis 30 Millionen europäische Kolonisten, zumeist slawischer Rasse, zählt, deren landwirtschaftlicher Tätigkeit für die Versorgung der proletarischen Haushaltungen Westeuropas eine erhebliche Bedeutung zukommt. Wenn die chinesischen Imperialisten sich gegen die Losreißung der ihrer Herrschaft unterworfenen Nebenländer zur Wehr setzen, so verteidigen sie ihre historischen Erobererrechte gegen europäische Ansprüche, die durch keinen Rechtsgrund legitimiert werden können; wenn sie aber ganz Asien für die Asiaten reklamieren, verletzen sie die historischen Rechte der slawischen Völker, die die einst fast menschenleeren Gebiete des nördlichen Asiens der europäischen Kultur erschlossen. Man darf eben nicht übersehen, daß das unter russischer

Herrschaft stehende nördliche Asien zwar russisches Kolonialland ist, aber (durch keine natürliche Grenze vom Mutterland getrennt) nur ein *erweitertes Rußland* vorstellt. Wie dem nun auch sei, jedenfalls liegen die Dinge im fernen Orient heute so, daß die slawische und die gelbe Kolonisation hart auf einander stoßen. Diesen Sachverhalt müssen selbst unsere radikalen Parteigenossen, die ja sonst mit Vorliebe alle kolonialen Gegensätze unter den Völkern auf kapitalistische Interessen zurückführen, unumwunden zugeben. So schreibt ein anonymes Genosse in einem Artikel der *Neuen Zeit* betitelt *Die Kriegsgefahr im fernen Osten*, nachdem er vorher die Ansicht bekämpft, daß die russische Regierung bei der Losreißung der Mongolei von China lediglich kapitalistische Handels- und Industrieinteressen fördern will, daß das »wichtigste Moment« der Politik Rußlands im fernen Orient, »wie es scheint, das Bestreben bildet die Mongolei für die russische Kolonisation zu erhalten. Wie Professor Kaufmann konstatiert, ist der für Kolonisation geeignete Landvorrat in Sibirien fast erschöpft . . . Man begreift deshalb, was die Annexion der Mongolei für die russische Regierung bedeuten würde, die den Auswandererstrom dorthin ableiten könnte.«

Asien den Asiaten! Das ist der Ruf, der zurzeit durch China und Japan ertönt, und der die republikanisch gesinnte Oberschicht des chinesischen Volkes wie mit Zaubermacht ergreift. Daß die Republik, die aus der vom alten Regime kraftlos preisgegebenen imperialistischen Tradition geboren wurde, weitgehende Rücksicht auf das imperialistische Denken der Oberschicht und das nationale Fühlen der Massen nehmen muß, ist wohl kaum zu bezweifeln. Dieser Ruf gewinnt aber um so größere Bedeutung als er die Interessensolidarität der chinesischen und der japanischen Kolonisation gegenüber der russischen betont und aus dem Nebel populärer, rassenideologischer Agitation bereits in den Gesichtskreis der republikanischen Staatsmänner getreten ist. Die Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik im Sinn einer Annäherung an Japan, die sich mit einer erstaunlichen Plötzlichkeit vollzogen hat, richtet sich aber nicht nur gegen die russische Kolonisation der nördlichen und westlichen chinesischen Nebenländer sondern auch

gegen die industrielle und kommerzielle Erschließung des eigentlichen China durch das westeuropäische Kapital. Die europäische Diplomatie wird daher gut tun sich beizeiten auf Überraschungen im fernen Orient einzurichten.

In welcher Richtung sich diese bewegen werden, wird man am besten aus der Geschichte der chinesischen Kolonisation ersehen, die sich seit Jahrtausenden im Zeichen imperialistischer Politik vollzieht. In einer Rede, die der Vorsitzende des Professorenrats des hamburgischen Kolonialinstituts, Dr. O. Franke, Professor für Sprachen und Geschichte Ostasiens, bei der Feier der Übergabe des Vorsitzes im Professorenrat über die *Grundzüge chinesischer Kolonialpolitik* gehalten hat, und die jetzt im Druck vorliegt, werden wir in dankenswerter Weise mit dem Wesen des chinesischen Imperialismus bekannt gemacht, der auf eine 4 Jahrtausende umfassende Geschichte zurückblicken kann. Im Grund ist der chinesische Staat »nur ein einziges riesiges Kolonialreich«. Franke steht nicht an die Chinesen als eins der größten und erfolgreichsten Kolonialvölker der Erde, wenn nicht gar als das größte, zu bezeichnen. Der Typus des chinesischen Kolonisators ist immer der gleiche: der handeltreibende Landmann. Ein erfahrener, wetterharter Bauer, der rasch die Eigenart jedes Bodens und jedes Klimas erkennt, dabei ausnahmslos mit einem wunderbaren Handelsinstinkt begabt, so schiebt sich der chinesische Kolonist ruhig und langsam vorwärts. Wie zurzeit die chinesische Republik nicht vor der Anwendung von Gewalt zurückschreckt, um ihre Herrschaft über Mongolen und Tibetener aufrechtzuerhalten, so war auch in früheren Zeiten die Gewalt überall das Mittel, mit dem man den eingeborenen Völkern schafften, die sie nicht gutwillig unterwarfen, den Boden streitig machte. »Es war immer nur eine Frage der Zeit, daß das Chinesentum den Sieg davontrug: Sobald es genügend stark war, überrannte es das feindliche Volk, vernichtete es oder drängte es weiter und weiter in die Berge und Wälder zurück, bis es sich fügte oder zugrunde ging . . . Völlig abgeschlossen ist diese Entwicklung bis auf den heutigen Tag noch nicht überall. Wir können sie noch in den Südwestprovinzen, auf der Insel Hainan und auf dem jetzt zu Japan gehörigen

Formosa beobachten. Auch die Mongolei sowie die nördliche Mandschurei bieten uns lebendige Bilder von der chinesischen Kolonisation, von dem Kampf des Ackerbauers und Kaufmanns mit dem Jäger und Viehzüchter.«

Auf den weitem Inhalt der Rede, die auf nur 16 Druckseiten uns ein reiches, recht übersichtliches Material bietet, brauche ich an dieser Stelle nicht weiter einzugehen. Ich kann aber ihre Lektüre allen denen warm empfehlen, die dem Zwist zwischen dem modernen russischen und dem alten chinesischen Imperialismus Interesse entgegenbringen. Rußland ist bestrebt sich die Mongolei zur Kolonisation offenzuhalten, um den Auswandererstrom dorthin ableiten zu können. Das selbe Ziel verfolgt aber auch die chinesische Republik, die ähnlich wie das Zarenreich unter relativer Übervölkerung leidet. Der Umstand, daß ein militärischer Zusammenstoß des russischen und des chinesischen Imperialismus, der durch die Konzentration chinesischer Truppen an der Grenze der Mongolei in bedenkliche Nähe gerückt ist, eine weltpolitische Tragweite erlangen müßte, gibt der Frankeschen Rede eine aktuelle Bedeutung.

✕ **Kurze Chronik** Zu Verhandlungen über die Durchführung der dem *Kolonialwirtschaftlichen Komitee* aus den Vereinbarungen mit dem Kolonialamt zufallenden *Baumwollunternehmungen*, ferner zur Begründung einer Maschinistenschule für Farbige begibt sich der Vorsitzende des genannten Komitees, Karl Supf, in diesen Tagen nach Deutsch Ostafrika. ✕ In der *Kolonialen Rundschau* behandelte Professor Dr. G. Kampffmeyer (Berlin) die Entwicklung *Marokkos* unter dem französischen Protektorat. Das französische Kapital entfaltet dort eine fieberhafte Tätigkeit, die sich zunächst darauf richtet das Land durch moderne Hafenanlagen dem Verkehr zu erschließen. 46 Millionen Mark sind für den Großhafen von Casablanca ausgeworfen. Außerdem sollen Hafenanlagen in Rabat, Mogador, Masagan und Saï geschaffen werden. »Das französische Protektorat hat die Tore geöffnet für eine gewaltige wirtschaftliche Entwicklung, wie sie in der Kolonisationsgeschichte schwer ihresgleichen finden wird.«